

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

31. Jahrgang. Wien, Freitag, 1. Februar 1918. Nr. 32.

Kerzenabgabe. Im Monat Februar werden an Kerzen ausgefolgt: Für Wohnungen ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung 1 Kerze im Gewichte von 1/32 kg; für Wohnungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, 3 Kerzen im Gewichte von 1/32 kg; für Aftervermietungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, 3 Kerzen im Gewichte von 1/32 kg. Als Bezugskarten gelten wie bisher der amtliche Einkaufschein und die Petroleumbezugskarte für Wohnungen und Aftervermietungen. Beim amtlichen Einkaufschein ist im Monat Februar die auf der rechten Seite befindliche Ziffer 24 abzutrennen.

Petroleumabgabe. In der Zeit vom 3. Februar bis einschliesslich 2. März d.J. werden auf Grund der Petroleumbezugskarten nachstehende Mengen ausgefolgt: Für Wohnungen $\frac{3}{8}$ Liter, Aftervermietungen $\frac{1}{4}$ Liter, Heimarbeiter, Geschäftslokale und Waschküchen $\frac{5}{8}$ Liter und für die Beleuchtung der Flure, Stiegen und Gänge für jede Flamme $\frac{3}{8}$ Liter pro Woche.

Kohlenausgabe. Auf Grund der Verordnung des Statthalters vom 11. September 1917 wird angeordnet: Die auf die einzelnen Abschnitte der Kohlenkarten entfallende Wochenmenge wird für die 14. bis 17. Woche des Jahres vom 3. Februar 1918 bis 2. März festgesetzt wie folgt: für einen ganzen Küchenbrand mit 25 kg Steinkohle oder 32 kg Braunkohle, für einen halben Küchenbrand mit $12\frac{1}{2}$ kg Steinkohle oder 16 kg Braunkohle, für einen ganzen Zimmerbrand mit 25 kg Steinkohle oder 32 kg Braunkohle, für einen halben Zimmerbrand mit $12\frac{1}{2}$ kg Steinkohle oder 16 kg Braunkohle. Auf Grund von Bezugsscheinen ist in der 14. bis 17. Woche für Betriebszwecke die unter dem Buchstaben B festgesetzte Monatsmenge, für Heizzwecke die unter dem Buchstaben C festgesetzte Monatsmenge abzugeben.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $1\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes D der neuen Kartoffelkarte.

Abgabe von Sauerrüben. In der kommenden Woche werden vom 6. Februar bis einschliesslich 10. Februar wieder Sauerrüben nach den Bestimmungen der Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien Stelle 6, vom 18. Jänner 1918 abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufs Scheines mit der Ziffer 21. Auf jede Person entfällt $\frac{1}{4}$ kg. Der Preis beträgt 1 K 24 h für 1 kg.

Abgabe von Kondensmilch. In der kommenden Woche vom 4. bis einschliesslich 9. Februar gelangt bei denjenigen städtischen Mehlabgabestellen, bei welchen Reis aus der italienischen Beute an Kinder bis zu 6 Jahren sowie Nährmittelzubussen an schwangere und stillende Mütter erhältlich waren, Kondensmilch zur Abgabe und zwar nur für jene Personen, welche hinsichtlich des Bezuges von Mehl bei den städtischen Abgabestellen rayoniert sind. An Haushaltungen dagegen, welche ihr Mehl von den Konsumentenorganisationen beziehen, wird die Kondensmilch durch diese Organisation abgegeben werden. Bezugsberechtigt sind schwangere und stillende Frauen, sowie Kinder von 2 bis 6 Jahren. Die Abgabe erfolgt für die erste Kategorie gegen Vorweisung der Nährmittelzubussen

Bezugskarte sowie Abtrennung des Buchstaben U der Mehlabzugskarte, für die städtischen Mehlabgabestellen (ross oder gelb), für die zweite Kategorie gegen Vorweisung dieser Mehlabzugskarte und Abtrennung des mit 2 Querstrichen versehenen Abschnittes der Milchkarte für Kinder von 2 - 6 Jahren. Auf jede schwangere beziehungsweise stillende Frau sowie auf jedes Kind im Alter von 2 - 6 Jahren entfällt je eine Dose. Der Preis beträgt per Dose Vollmilch 2 K 94 h, per Dose Magermilch 2 K 50 h.

Linie 58 der Strassenbahn. Um eine bessere Anschluss - Möglichkeit gegen Hietzing an der Linie 65 zu erreichen werden ab Montag, den 4. Februar die Züge der Linie 58 in beiden Richtungen ab Schwendergasse nicht mehr über die Mariahilferstrasse und vierfache Hofallee sondern über die Winkelmannstrasse und Hadikgasse geführt.

Verbot der Erwerbung oder Veräusserung ärarischer Montursorten. Der Magistrat hat an die Genossenschaft der Trödler nachstehende Zuschrift gerichtet: Dem Kriegsministerium ist zur Kenntnis gelangt, dass sich bei Händlern, Trödlern und dergleichen namhafte Vorräte von Bekleidungsarten befinden. Da die Veräusserung ärarischer Montursorten und dergleichen verboten ist, konnten Montursorten ärarischer Herkunft nur dadurch in den rechtmässigen Besitz von Trödlern, Händlern, Privaten etc. gelangen, dass sich Gagisten der aus ärarischen Beständen angekauften Sorten durch Verkauf oder auf sonstige Art entäusserten. Um jedoch alles noch irgendwie verwertbare Material zu sammeln, hat das Kriegsministerium verfügt, dass die von Gagisten aus ärarischen Verlägen angekauften Montursorten und dergleichen an Händler oder Trödler nicht verkauft werden dürfen, sondern bei Entbehrlichkeit gegen Entschädigung wieder an die Ersatzkörper abgeführt werden können, ferner dass in Zukunft jeder Bezug von ärarischen Sorten an die Bedingung geknüpft wird, dass dieselbe bei Entbehrlichkeit wieder dem Aerar gegen Vergütung abzuführen sind. Es können somit ärarische Montursorten und dergleichen nach dem Erscheinen des obigen Erlasses rechtmässig nicht mehr in den Besitz von Trödlern, Händlern etc. gelangt sein, bezw. gelangen.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im Jänner wurden bei der Ersten Oesterreichischen Sparkasse im Spar und Scheckverkehre von 48.955 Partelen K 34.842.637 eingelegt, von 22.208 Partelen K 20.047.607 rückgezahlt; der Einlagenstand belief sich am 31. Jänner auf K 703.332.727. Hypothekar Darlehen wurden zur Zeichnung von Kriegsanleihe K 1.024.500 zugezahlt, dagegen K 1.140.657 rückgezahlt; der Stand der Hypothekar Darlehen stellte sich Ende Jänner auf K 326.313.382. Die Pfandbrief Darlehen beliefen sich am 31. Jänner auf K 18.241.823 und waren an 60 jährigen Pfandbriefe im Umlaufe K 18.659.200. Wechsel wurden K 19.696.987 eskomptiert und K 14.263.108 einkassiert; der Stand des Wechsel- und Salinen Portefeuilles betrug am 31. Jänner 1918 K 53.911.632.

Wohlfahrtsfleisch. In der kommenden Woche gelangt wieder die übliche Menge Wohlfahrtsfleisch zur Ausgabe und zwar gegen Abtrennung des Buchstaben R. Am Montag von A - F, Mittwoch G - K, Donnerstag L - R, und Samstag S - Z. Möglicherweise wird an Stelle von Rindfleisch gepökeltes Hammelfleisch verabfolgt werden müssen.

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch 6. d.M. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 24 Geschäftstücke darunter Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbebestand, Rechnungsabschluss des Brauhauses der Stadt Wien, Entschliessung in Angelegenheit der Invalidenversorgung Subventionen, Bauangelegenheiten etc. - Der Stadtrat tritt Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

21. Jahrgang, Wien, Montag, 4. Februar 1918. Nr. 33.

Vereinigung der städtischen Kassenämter. Wir haben vor kurzem berichtet, dass über Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Wiener Magistrate das städtische Kassenwesen in der Art reformiert werden soll, dass die städtischen Steueramts- und die städtischen Hauptkassenabteilungen vereinigt werden. Zur Erprobung der Reform wurden die bezeichneten Kassenämter im 8. und im 16. Bezirke bestimmt. Mit der Erprobung wurde am heutigen Tage begonnen. Zum Leiter der vereinigten Kassenabteilung für den 8. Bezirk wurde der Steueramtskontrollor Richard Oellacher, zum Leiter der vereinigten Kassenabteilung für den 16. Bezirk der Hauptkassenkontrollor Alfred Gabriel bestellt.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte legte Oberstadtphysikus Dr. Böhm den Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate Dezember 1. J. vor. Der Krankenstand ist entsprechend dem Fortschreiten der kalten Jahreszeit im allgemeinen Anstieg begriffen. In die armenärztliche Behandlung sind 10214 Fälle gegen 9665 im Vormonat und 10318 im Dezember des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2613 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1537, auf Lungentuberkulose und Scrophulose 824 Fälle. Bei den Infektionskrankheiten ist durch ziemlich starke Rückgänge beim Scharlach, der Diphtherie, dem Typhus etc. eine verhältnismässig bedeutende Abnahme der Gesamtzahl der Anzeigen gegen den Vormonat zu verzeichnen gewesen. Aus der Zivilbevölkerung ließen 1475 Anzeigen ein, hievon entfielen 502 auf Scharlach, 397 auf Diphtherie, 55 auf Eruptyphus, 61 auf Ruhr, 1 auf Blattern und 436 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 28 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war grösser als im Vorjahr, dagegen viel niedriger als in den ersten zwei Kriegsjahren, sowohl mit, als auch ohne Ortsfremde berechnet. Insgesamt starben 2984 Zivil- und 471 Militärpersonen, zusammen 3455 Personen gegen 3267 im Vormonat und 2935 im Dezember des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Krankheiten der Kreislauforgane mit 605 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 54.82 %, das weibliche mit 45.18 % beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 40 gerichtliche und 149 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 3255 Transporte, darunter 567 Leichentransporte durchgeführt.

Kinderkriegsküchen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR- Tomela die Einführung der Ausspeisung in den Kindergärten 12. Häbergasse 1 und 16. Brüsslgasse 31 genehmigt. Die Speisen werden in Kinderkriegsküchen nach einem auf Grund der Nahrungsmittelleinheiten verfassten Küchensettel zubereitet. Die Kinder erhalten ein zweites Frühstück, eine Hauptmahlzeit und eine Jause. Die Kosten stellen sich für Kinder von 2 - 3 Jahren auf K 1.20, und für Kinder von 4 - 7 Jahren auf K 1.80 täglich. Von den Eltern wird grundsätzlich dieser Betrag eingehoben in berücksichtigungswürdigen Fällen findet eine Ermässigung oder Befreiung statt. Diese Fehlbeträge werden nach Zusage des n.ö. Statthalterei aus dem Fonds für Unbemittelte bestritten.

21. Jahrgang, Wien, Montag 5. Februar 1918. Nr 34.

Einlösung der Zuckerausatzkarten. Der Magistrat gibt bekannt, daß die Zuckerausatzkarten für gewerbliche Arbeiter ununterbrochener Betriebe bzw. Betriebszweige und für Kranke, die Zuckerausatzkarten für schwangere und stillende Frauen und die an den Kindermilchkarten befindlichen Abschnitte für Kinder-Zucker nur bei jenen Zuckerabgabestellen zur Einlösung zu bringen sind, bei welchen die Besitzer der Zuckerausatzkarten, bzw. der Kindermilchkarten für den normalen Zuckerbezug auf Grund des amtlichen Einkaufsscheines in der Kundenliste eingetragen sind.

Hundswut. Im Jänner wurden im 18. Bezirk wieder mehrere Fälle der sogenannten stillen Wut, einer besonderen Art der Wutkrankheit, festgestellt. Bei dieser treten dem Laien gewöhnlich auffallende Erscheinungen wie verändertes Benehmen, Verschlucken unverdaulicher Gegenstände, Reißsucht etc. nicht so sehr in den Vordergrund, es stellt sich vielmehr das Unvermögen Futter zu verschlucken und Unterkieferlähmung ein, welche Anzeichen leicht ganz übersehen oder für unbedenklich gehalten werden. Gerade die Unterkieferlähmung bildet ein Hauptmerkmal bei der stillen Wut und ist dadurch leicht zu erkennen, daß der Hund das Maul nicht vollständig zu schließen vermag, d.h. der Unterkiefer hängt etwas herab. Auf dieses Symptom wird besonders aufmerksam gemacht. Ueberhaupt soll jeder Hundebesitzer im eigenen Interesse seinem Tiere erhöhte Beachtung schenken und jede verdächtige Erkrankung sofort beim städtischen Amtstierarzte seines Wohnortes zur Anzeige bringen, wozu er nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 6. August 1909 auch verpflichtet ist. Schließlich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Speichel wutkranker Tiere schon zwei bis drei Tage vor dem offensichtlichen Ausbruche der Wut den Ansteckungsstoff enthält, eine Infektionsmöglichkeit daher schon besteht, wenn das Tier scheinbar noch gesund ist.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Währing hält am 15.D. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Gemeinde-Vermittlungskämter. Die Verhandlungen der Gemeindevermittlungskämter Mariahilf und Josefstadt finden in diesem Monate am 6., 13., 20. und 27. statt.

Anerkennung für die städtische Feuerwehr. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des StR. Schwer dem Branddirektor Hugo Jenisch für die ausgezeichnete Leitung der Löscharbeiten der städtischen Feuerwehr bei den zahlreichen Bränden im Jahre 1917 die vollste Anerkennung und den Dank des Stadtrates, den Oberinspektoren Richard Mayer, Ernst Schifter und Anton Wagner, dem Inspektor Karl Orleth und den Brandmeistern Johann Stanzig und Rudolf König die volle Anerkennung ausgesprochen und den Bediensteten der Feuerwehr Ehrengeschenke bewilligt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michew,
Wien. I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 6. Februar 1918. Nr. 35.

Gemeinderätliche Wahlen. In das Kuratorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens wurden vom Gemeinderate die GR. Angermayer, Körber, Leitner, Panosch, Roth und Leopold Schmidt als Mitglieder, in die Donauregulierungs-Kommission die GR. Melcher und Skaret als Ersatzmänner gewählt.

Städtische Strassenbahnen. Vom Freitag, den 8. d.M. an wird die Haltestelle Versorgungshelmstrasse in der Lainzerstrasse zur Breuergasse (Verbindungsbahn) verschoben. Von diesem Tage an gilt der Ausnahmestarif für eine Fahrt nach Mauer nur für die Strecke Haltestelle "Verbindungsbahn - Mauer Langegasse".

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Brigittenau hat die für den 6. d.M. anberaumte Sitzung auf Freitag, den 8. d.M. 1/6 Uhr abends verschoben.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hierhammer, Hoss und Rain fand heute die 90. gemeinderätliche Obmännerkonferenz statt, in welcher ein Bericht des Magistratsrates Dr. Festenbauer über die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle zur Kenntnis genommen wurde. Magistratssekretär Dr. Rosskopf berichtete hierauf über die Schaffung eines städtischen Landwirtschaftsamtes, dem die Verwaltung der landwirtschaftlichen Güter und Betriebe, die Leitung der Anbau-Aktionen, die Aufsicht über die Schreiber- und Kriegsgemüsegärten, über die Fischzucht der Gemeinde Wien etc. obliegt. Die Konferenz nahm den Bericht mit einmütiger Zustimmung zur Kenntnis. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte hierauf mit, dass er mit der provisorischen Leitung dieses neuen Amtes den Landwirt und städtischen Ober-Tierarzt Dr. Steflik betraut habe. Zum Schlusse nahm die Konferenz einen Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg über die Einleitung einer grosszügigen Gemüse- und Kartoffelanbau-Aktion der Gemeinde Wien im Görzischen und in Teilen des besetzten Venetiens zur Kenntnis.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung am 6. Februar 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen. Es drängt mich vom ganzen Herzen zwei Kollegen zu gedenken, welche Ende dieser Woche ihren 80. Geburtstag begehen. Es sind dies Dr. von Dorn und kaiserl. Rat Wessely. Beide blicken auf ein reiches Leben der Arbeit zurück und ich glaube im Sinne aller zu sprechen, wenn ich beiden verehrten Herren den herzlichsten Glückwunsch des Wiener Gemeinderates ausspreche und den Wunsch beifüge, der liebe Gott möge ihnen noch viele Jahre segensreichen Schaffens schenken. (Lebhafte Zustimmung) Der Bürgermeister legt eine Zusammenstellung der Ende 1917 bei der Stadtbuchhaltung unerledigt gebliebenen Kontrahentenrechnungen vor. Der Einlauf betrug im Vorjahre 52.516 Stück, erledigt wurden 54.268 Stück, unerledigt blieben 3.469 und zwar 3.061 aus dem Jahre 1917 und der Rest aus dem Jahre 1912 - 16. Diese Rückstände betreffen zum grössten Teil geringfügige Restzahlungen, die im Einvernehmen mit den Kontrahenten liegen geblieben sind oder blieben wegen unausgetragener Rechnungs-differenzen oder weil sie von feindlichen Ausländern ausgestellt sind unerledigt.

Journalisten und Schriftstellerverein Konkrete richtet an mich eine Zuschrift, welche sich mit der Rede des Kollegen Seabovsky befasst und in welcher gegen die Belästigung der Publizistik-Verwaltung eingelegt wird.

Der unbekannte Wohltäter „Wilhelm“, welcher seit einer Reihe von Jahren den Schulen des 10. und 20. Bezirkes namhafte Beträge zuwendet hat ausserdem bereits in der letzten Gemeinderatssitzung verlaublich 10.000 Kronen noch 22.000 Kronen für die Schulen des 10. und 20. Bezirkes gewidmet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner spricht dem unbekanntem Wohltäter den herzlichsten Dank aus und versichert ihm der besonderen Dankbarkeit der Gemeinde für sein Kinder- und Schulfreudliches Wirken.

Gräfin Marie Salm spendet 100 Kronen für arme und kranke Kinder von gefallenen oder im Felde stehenden Soldaten.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat zur Abhaltung des Fachkurses für Jugendfürsorge eine Subvention von 2000 Kronen bewilligt.

Gespendet haben: Die Erben des verstorbenen Grossindustriellen Ignaz Bleier 2000 Kronen für die Armen des 19. und 500 Kronen für die Armen des 4. Bezirkes. - Karl Bundschuh 500 Kronen für die Armen der bestandenen Gemeinde Hietzing. - Hans und Fanny Nawratil 200 Kronen für Arme des Bezirkes Wieden. - Louise Quapil 200 Kronen für Arme des Bezirkes Währing. - Alfred Herzl 100 Kronen für die Arme. kaiserl. Rat Heiling 3 Waggons Dünger für die Kriegsgemüsegärten. - Johann Horak 3000 kg Brennholz für Arme des 17. Bezirkes. - Herr und Frau kaiserl. Rat Michew 8 Bände der Liedersammlung Orpheon und mehrere Bände musikalischer Handschriften von Opernarien aus altem Wiener Familienbesitz.

Schriftführer GR. Stanglberger verliest den Einlauf GR. Reiter stellt folgende Anfrage: Zeitungs- und Nachrichten zufolge hat Staatssekretär Dr. Elemer Hantos in einer Besprechung folgendes erklärt: „Im königl. ungarischen Handelsministerium wird schon seit geraumer Zeit für die Zukunft Ungarns gearbeitet. In den einzelnen Abteilungen sind die Arbeiten schon so weit gediehen, dass die Vorarbeiten anfangs 1918 beginnen können. Wir können schon heute mit Sicherheit darauf rechnen, dass unsere Kriegsgefangenen in Russland bis dahin zu Hause sein werden und an den Arbeiten teilnehmen können. Ich rechne auf etwa 30.000 Kriegsgefangene, die sich nur mit Erdarbeiten befassen werden. Würde ein Rückkehr unserer Kriegsgefangenen bis Frühjahr noch nicht erfolgen können, so werden halt Russen und Italiener arbeiten, doch die Arbeit muss begonnen werden. Sämtliche Steinbrüche Ungarns werden während des Krieges durch den Staat ausbeutefähig gemacht. In der Abteilung für Fluss- und Seeschiffahrt des königl. ungarischen Handelsministeriums ist der Plan zum Ausbau einiger Flüsse (Theiss, Maros, Aluta), Hafenanlagen und Kanäle bereits fertig und harrt der Verwirklichung. Auch der Ausbau der kleineren Seen und Binnenmeere ist fertig. Der zweite Punkt unseres Programms ist die Ausgestaltung unseres Eisenbahnnetzes. Mit zwei Milliarden Kronen wird unser Programm hier verwirklicht werden. Der Zentralbau sämtlicher Bahnhöfe in Budapest wird schon dieser Tage begonnen werden. Der Transitverkehr der Hauptstadt wird in einem separaten Frachtenbahnhof erfolgen, der 30 - 40 km von Budapest entfernt sein wird. Hierfür haben wir 7 Milliarden Kronen in Aussicht genommen. Das Doppelgleis muss in Ungarn Gesetz werden. Sehr viel Linien der Staatsbahnen werden elektrisch betrieben werden.“ Aus dieser Mitteilung kann ersehen werden, in welcher grosszügiger Weise die ungarische Regierung die Ausgestaltung der Verkehrswege, der Wasserstrassen wie der Eisenbahnen in Aussicht nimmt und zugleich vorsorgt, dass reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. In Oesterreich vernimmt man von derartigem

dingen nichts.

„In der Herr Bürgermeister geneigt, bei der Regierung vorstellig zu werden, dass auch in Oesterreich der Ausbau der Wasserstrassen und Eisenbahnen ehestens in Angriff genommen und mit aller Beschleunigung durchgeführt werde.“

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert:

Die angeführten Zeitungsartikel sind mir bereits zur Kenntnis gebracht worden. Es ist bezeichnend, dass bei uns in Oesterreich von derartigen weittragenden Plänen nichts verlautet; in Deutschland wie in Ungarn wird die wirtschaftliche Entwicklung für den Frieden vorbereitet, unsere Regierung scheint trotz aller Entschliessungen und Denkschriften nicht den Willen zu haben, die für die Hebung der Volkswirtschaft so notwendige Ausgestaltung der Verkehrswege zeitgerecht durchzuführen. Der für Wien und ganz Oesterreich so wichtige Donau - Oder - Kanal ist vollständig baureif, er könnte jederzeit in Angriff genommen werden, die österreichische Donau bedarf nur an einigen wenigen Stellen des entsprechenden Ausbaues. Diese Arbeiten dürfen nicht mehr hinauszogeschoben werden, soll nicht die Entwicklung der österreichischen Reichehälfte unwiederbringlich Schaden erleiden. Die Stadt Wien ist an dem Ausbaue der Wasserstrassen in besonderem Masse interessiert, da sie durch ihre natürliche Lage berufen ist, der Mittelpunkt des mitteleuropäischen Wasserverkehrs zu werden.

Ähnlich ist es auch mit der Ausgestaltung der Eisenbahnen. Der Krieg hat zwar die Transitlinien in und bei Wien beschleunigt, es ist aber die von der Stadt Wien seit Jahren betriebene Regelung der Wiener Bahnhofsfragen noch keinen Schritt weiter gediehen, die Elektrifizierung der Stadtbahn, der Bau neuer Stadtschnellbahnen, der elektrische Betrieb auf den Vollbahnen, der Bau verschiedener notwendiger Bahnlinien sind trotz aller Bemühungen, noch immer nicht zur Lösung gebracht worden. Ich habe mich neuerlich an die Regierung gewendet, um alle diese Fragen vielleicht doch endlich einmal ins Rollen und zur Durchführung zu bringen.

BGM. Dr. Weiskirchner fügt hinzu: „Ich werde nicht ermüden und gewärtige hierbei die werktätige Unterstützung des gesamten Gemeinderates, dass das gesamte Verkehrswesen in eine Hand und zwar in die Hand der Gemeinde gelegt werden muss.“ (Lebhafte Beifall)

GR. Schäfer fragt namens der Gastwirte, Hoteliers und Kaffeesieder, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass derzeit in den Betrieben der Genannten Requirierungen und Beschlagnahmen von Lebensmitteln erfolgen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir war in dem Augenblicke als GR. Schäfer vor wenigen Tagen mich besuchte und die in der Interpellation geschilderten Verhältnisse darstellte von den Requirierungen nichts bekannt. Es ist dies eine Angelegenheit, die nicht die städtischen Behörden befasst und die ausschliesslich durch Organe des Kriegswucheramtes (Finanzorgane die der Pblizeibehörde angegliedert sind) durchgeführt wird. Ich habe den Magistrat veranlasst, Erkundigungen einzuziehen und auf Grund der Erhebungen kann ich mitteilen, dass das Kriegswucheramt auf Grund eines Erlasses der Statthalterei vom 28. September 1917 „Der Ankaufstätigkeit aller Gast- und Schankgewerbetreibenden ein besonderes Augenmerk“, in der Richtung zugewendet wird, ob diese nicht durch „Ueberbieten geforderter üblicher oder amtlicher Preise“ Lebensmittel aller Art an sich zu ziehen trachten, dadurch den Schleichhandel fördern und so „Mitschuldtragend an der allgemeinen Knappheit der notwendigen Lebens-

2
mittel werden und durch Bezahlung wahrer Phantasiepreise eines der bedenklichsten Glieder in der Kette des unaufhaltsamen Anschwellens aller Preise bilden. Ich kann nichts anderes machen, als mit dem Statthalter diese Angelegenheit besprechen. Aber eines muss ich hervorheben. Was unsere sesshaften Geschäftsleute in dieser Zeit durch eine Fülle von Verordnungen und eine oft geradezu harte Durchführung derselben gepeinigt werden, geht über das Mass dessen hinaus, was ein patriotischer und gewiss auch ehrlicher und solider Geschäftsmann zu tragen fähig ist. Es ist oft sehr schwer zu differenzieren zwischen Wucher, welcher gewiss der strengsten Bestrafung unterliegen soll, und zwischen dem, was sich vollzieht bei Geschäftsleuten und Privaten, welche um nicht zu verhungern trachten, Lebensmittel für sich und für die Gäste zu bekommen. Ich hoffe., dass meine Rücksprache mit dem Statthalter Wandel in diesen Dingen bringen wird. (lebhafter Beifall)

GR. Schäfer fordert in einer Interpellation die schnellste Aufhebung des Verbotes des Fleischgenusses an fleischlosen Tagen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich habe eine ähnliche Interpellation schon einmal beantwortet und zwar zu einer Zeit, als die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Gemüse noch günstiger war. Was damals zutreffend war, gilt aber heute nicht mehr und die jetzt erlassenen Verordnungen, zeigen bereits den richtigen Stand der Dinge. Ich kann nur dem Wunsche Ausdruck geben, dass die neue Einrichtung sich bewährt. Ich fürchte aber, dass die Verordnung den Erfolg haben wird, dass die Mindestbemittelten und die oberen 10000 Tausend, letztere zu Phantasiepreisen in den Besitz von Fleisch gelangen werden, der Mittelstand aber überhaupt nichts bekommen wird. Vom Mittelstand hängt auch die Existenz vieler Gastwirtschaften ab. Wir haben heute eine Reihe von Verordnungen vor uns und wir müssen abwarten, ob die sich bewähren und jenen Erfolg haben werden, den die Staatsverwaltung sich davon verspricht oder ob nicht im Gegenteil Fleisch nur mehr im Schleichhandel zu haben sein wird.

GR. Dr. Hein stellt fest, dass bei der in der letzten Gemeinderatssitzung vorgenommenen Wahl der Mitglieder der Vermittlungskämter in allen Bezirken die von den Bezirksvertretungen vorgeschlagenen Männer gewählt wurden, während im 2. Bezirk die vorgelegte Liste ganz unberücksichtigt blieb, im ersten Bezirk nur zwei, im zweiten Bezirk nur ein freiheitlicher Vertrauensmann gewählt wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: GR. Dr. Hein hat wiederholt mit mir über diese Sache gesprochen und ich hätte gedacht, dass er bereits genügend informiert ist. Da er mich fragt, was ich in der Zukunft zu tun gedenken werde, so sage ich ihm, dass ich diese Interpellation bis zur nächsten Wahl der Gemeindevermittlungskämter aufheben werde.

GR. Hohensinner fragt, welche Stellung der Bürgermeister zur Institution der Schulärzte einnehme und ob er geneigt sei, schon jetzt die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit bei Friedensschluss städtische Schulärzte angestellt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich stehe der Einführung der Schulärzte sympathisch gegenüber und glaube, dass es eine Notwendigkeit sein wird, Schulärzte anzustellen. Aber gegenwärtig ist es der ungünstigste Augenblick, um diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen, da für die dringendsten Bedürfnisse zu wenig Aerzte vorhanden sind.

GR. Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Gemeinderate einen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen, nach welchem alle Schulkinder vom nächsten Schuljahre angefangen die Lernmittel

unentgeltlich erhalten sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin nicht der Meinung, dass allen Kindern ohne Unterschied unentgeltlich die Lernmittel abgegeben werden, weil ich nicht einsehe, warum auch bemittelten Eltern die Lernmitteln geschenkt werden sollen und sie sich dies auch nicht gefallen lassen werden. Die Gemeinde hat gerade auf diesem Gebiet schon grosse Opfer gebracht, weil die Zahl der beteiligten Kinder sehr stark angestiegen ist. Es ist zweifellos, dass der Kreis der Kinder sich noch mehr erweitern wird, weil ja der Mittelstand vollständig zusammenbricht und es muss getrachtet werden, dass auch die Kinder des Mittelstandes das bezweckte Lehrziel erreichen. Ich werde die Anfrage dem Magistrat zuweisen zur Erhebung, ob und in wie weit eine Erweiterung des Kreises der zu beteiligten Kinder notwendig ist.

GR. Philp fragt, in der Angelegenheit der Kollektiv - Haftpflichtversicherung für die Volks- und Bürgerschullehrer an. Wie weit die Verhandlungen bereits gediehen seien und wann der Bürgermeister diese für die Gemeinde Wien und für die Lehrerschaft so wichtige Vorsorge zur Durchführung zu bringen gedenke.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert die Frage der Haftpflicht und Unfallversicherung für die Lehrerschaft stehe in Verhandlung und werde schon demnächst vom Magistrat an den Gemeinderat geleitet werden.

GR. Rummelhardt richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage:

Sicherem Vernehmen nach wurde in den letzten Wochen öffentlich auf Gassen und Märkten in Krakau in den Kreisen der den Schleichhandel betreibenden polnischen Juden allenthalben der Ruf laut „ Der Friede droht“. Hiedurch gaben dieselben ihrer Befürchtung Ausdruck, dass der Friede nahe sei und sie daher nicht mehr in der Lage sein werden, die zum Zwecke der Preistreiberei von ihnen aufgestapelten Lebensmittel und sonstigen Waren zu so hohen Preisen verkaufen zu können, wie dies bisher der Fall ist. Während mit den Lebensmittelkarten in Krakau fast nichts zu haben ist, bekommt man alles um schweres Geld von den polnischen Juden im Schleichhandel. Im Vormonate hatte die arme polnische Bevölkerung in Krakau 5 Tage lang kein Brot, während dieser Zeit assen die Reichen in den vornehmen Hotels Butterkipfeln zum Oberskaffee. Während in Wien die Mehration verkürzt werden musste, weil angeblich zu wenig Mehl vorhanden ist, werden in Krakau Kaisersemeln, das Stück zu 60 Heller, Stritzeln das Stück zu 70 Hellern verkauft. Ein Kilogramm Griess wird zu 9 K 50 h und 1 Liter Milch zu 3 K 20 h im unerlaubten Handel abgegeben. Die polnischen Juden, von denen die Mahlprodukte zu haben sind, behaupten dieselben aus Russisch Polen zu beziehen und erklärten heimlich die hohen Preise. Wenn tatsächlich Mehl Griess etc. in solchen Mengen aus Russisch Polen zu haben sind, warum nur für die Krakauer Juden im Schleichhandel? Warum werden diese Mahlprodukte nicht aus Russisch Polen auf gesetzlichem Wege nach Oesterreich gebracht und hier auf Wien und die übrigen Gewerbe und Industriezentren verteilt? Weiss das k.k. Ernährungsamt nichts von dem Schleichhandel der polnischen Juden in Krakau und an anderen Orten? Der Ruf „ Der Friede droht“ ist in Krakau auf den Gassen und Märkten erschollen; in Wien dürfte er in gewissen Kaffeehäusern Widerhall gefunden haben. Er erscheint jeden normalen Menschen unfassbar, dass es im vierten Kriegsjahre Leute gibt, die sich vor dem Frieden fürchten, weil er der Befriedigung ihrer unersättlichen Gier nach Geld und Besitz ein Ende machen könnte. Ich richte daher an den Bürgermeister die Anfrage, ob er gewillt ist, den Ernährungsminister auf die geschilderten skandalösen Verhältnisse in Krakau aufmerksam zu machen und ihn zu ersuchen, die aus Russisch Polen stammenden Mahlprodukte der Allgemeinheit und namentlich den Bewohnern der Stadt Wien zuzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er werde nicht ermangeln, diese Anfrage dem Ernährungsminister zu überreichen.

GR. Dr. von Dorn stellt folgenden Antrag: Um sowohl der Bevölkerung, als auch dem Parlamente rechtzeitig die Gelegenheit zu gründlicher Erwägung der für die zukünftige Entwicklung unseres Verhältnisses zu Ungarn zu treffenden Vorkehrungen zu bieten und jedenfalls dem Wiedereintritte einer jener Zwangslagen vorzubeugen, unter deren Drucke schon so oft eine Benachteiligung Oesterreichs hingenommen werden musste, ersucht der Gemeinderat der Stadt Wien die hohe k.k. Regierung die im vorigen Jahre von den beiden Regierungen provisorisch vereinbarte Neuregelung der wechselseitigen Handels - und Verkehrsbeziehungen zwischen dem im Reichsrate vertretenen Königreich und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone ehestens zu veröffentlichen.

Die GR. Gussenbauer und Nagler stellten folgenden Antrag: Die seitens der Gemeinde Wien an die „ deutsche mensa academica“ gewährte bisherige Unterstützung ist bei der „ mensa academica“ mit Rücksicht auf die Höhe der Lebensmittelpreise zu verdoppeln und es ist der entsprechende Teilbetrag für das verflossene Verwaltungsjahr 1917 nachträglich zu bewilligen und auszubezahlen.

Die beiden Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen.

Vize-Bgm. Hierhammer unterbreitet die bekannten Anträge betreffend die Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbebestand. In seinem Berichte bezeichnet es der Redner als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, die zahlreichen wirtschaftlichen Existenzen, die infolge des Krieges niedergebrotten sind und sich aus eigener Kraft nicht wieder aufzurichten vermögen zu stützen und zu fördern. Der Gewerbebestand und der Kaufmannstand haben am meisten in ihrem Wirtschaftsleben gelitten und nicht nur die aus dem Kriege heimkehrenden, sondern auch die Daheimgebliebenen sind der Ungunst der Verhältnisse vielfach zum Opfer gefallen. Der Redner bittet den Anträgen des Stadtrates die Zustimmung zu erteilen.

GR. Hohensinner (kontra): erklärt, der Friede werde noch viel größere Aufgaben stellen, als der Krieg; gewiss sei das Los der Gewerbetreibenden ein sehr trauriges und er stimme deshalb den Ausführungen des Antragstellers aus vollem Herzen zu, nur müsse er sich gegen die parteimässige Zusammensetzung der Kommissionen, welche die Vergebung der Unterstützung zu besorgen haben, wenden. Er stellt den Antrag, daß die staatlichen Verträge in der gleichen Zahl in die Kommission aufgenommen werden, wie die Vertreter der anderen Körperschaften. Die gegenwärtige Mehrheit sagt er hat ja nicht die Gewähr, ob sie im Rathause bleiben wird. Es ist ja auch möglich, daß die Bolschewiki in das Rathaus einziehen (Heiterkeit). Der Staat hat ein Interesse am Gewerbe, ob es die Bolschewiki haben werden, weiß ich nicht und darum glaube ich, daß mein Antrag im Interesse der Gewerbetreibenden gelegen ist.

GR. Bretschneider (pro): Sie haben schon gehört, daß auch von unserer Seite kein Einspruch gegen diese Vorlage erfolgt. Wir kennen die Lage der Gewerbetreibenden und wir wenden uns nur dagegen, daß der Gemeinderat im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo so viele Mandate bereits abgelaufen sind, eine Kreditoperation über 10 Jahre durchführen will. Auch ist die Organisation der Körperschaften, welche die Darlehensgesuche empfangen und die entsprechenden Beschlüsse fassen, vielfach eine rein parteimässige. Die Mehrheit bleibt trotz aller Zusicherungen auch hier wieder auf dem alten Parteistandpunkte und regelt eine große Sache genau so wie dies früher immer der Fall war, ohne die Minderheit zur Mitarbeit heranzuziehen.

GR. Dr. Hein: Wir sind selbstverständlich für die Vorlage, da wir ja seit jeher auf dem Standpunkte stehen, daß dem Gewerbebestande

3
Kredithilfe geboten werden müsse. Ich mache aber aufmerksam, dass zwischen den ursprünglichen Vorschlägen und den jetzigen Anträgen eigentlich ein Widerspruch besteht, indem jetzt in die Bestimmungen die Kleinkaufleute nicht ausdrücklich aufgenommen worden sind. Die Kleinkaufleute haben durch die Zentralen sehr gelitten und wenn das böse Wort gesprochen worden ist, von der Umstellung der Leopoldstadt, so muss ich Ihnen schon sagen, dass gewiss mehr in der Mehlfraße geschahen wäre, wenn diese jüdische Getreidehändler zur Versorgung in richtiger Weise herangezogen worden wären.

(Rufe bei der Mehrheit : " Das glauben Sie aber selbst nicht)

Bezirksvorsteher Dr. Blassl; Besser wie der Ernährungsminister GR. Dr. Hein: Die Organisationen der Kaufleute fehlen auch ganz in den Kommissionen und ich finde, dass diese Vorlage so sehr man ihr zustimmen muss, in Bezug auf die Zusammensetzung der Kommissionen überhaupt ungenügend ist.

GR. Melcher: Die Vorlage kommt in vielen Fällen schon zu spät. Beinahe 2 Jahre hindurch haben über diese Sache Besprechungen stattgefunden, und heute kann den meisten Gewerbetreibenden durch Unterstützungen überhaupt nicht mehr geholfen werden. In Ungarn werden die heimkehrenden Krieger sofort wieder an ihre gewohnte Tätigkeit der Bebauung des Ackerlandes schreiten., in Oesterreich wird es dagegen in dieser Beziehung viel schlimmer aussehen. Redner spricht sein Bedauern darüber aus, dass auch die Schritte, welche seinerzeit vom Bürgermeister in der Angelegenheit der Fertigstellung unvollendeter Bauten unternommen wurden seitens der Regierung nichts geschehen sei und bezeichnet ebenfalls die Zusammensetzung der Kommissionen als eine einseitige, die auch dem Werke das geschaffen werden sollte, nicht vom Vorteil sein könne. Im Uebrigen erklärt er für die Anträge stimmen zu wollen.

GR. Breuer: Alle Stände der Bevölkerung, ausgenommen die Kriegsgewinner und Kriegswucherer haben schwere Lasten zu tragen, zweifellos aber ist der Mittelstand und vor allem der Gewerbestand am schwersten betroffen worden. Der Lehrer, der öffentliche Beamte brauchen keine Sorge tragen, ob sie ihre Plätze nach Kriegsschluss frei finden werden, und sie gehen deshalb einer gesicherten Zukunft entgegen, ganz anders ist dies beim Gewerbestand, und deshalb ist es Pflicht der Gemeindeverwaltung diesen Bedrängten, auch steuertechnisch hochwichtigen Stände helfend beizuspringen. Wenn der Gewerbevereinsverband vom Stadtrat Hohensinner beanstandet wurde, so muss darauf hingewiesen werden, dass die Vorsteher sämtlicher Genossenschaften auf Grund des Gesetzes Mitglieder desselben sind und wenn sie von der Partei des Herrn Hohensinner nichts wissen wollen, dann aber trotzdem als parteiisch bezeichnet werden, so ist dies ein arger Missgriff.

Ich bin der Meinung, dass wir hier ein Werk setzen, würdig der Gemeinde Wien, würdig aber auch des Gewerbestandes, welcher bewiesen hat, dass er nicht nur leistungsfähig ist auf technischen Gebieten, sondern auch in steuertechnischer Hinsicht. Wenn man vom Gewerbestand aber erhöhte Leistungen verlangt, muss man ihn geechterweise auch in die Lage versetzen, diese erhöhten Leistungen tragen zu können. Ich möchte das bekannte Wort umprägen, dass hinter dem Sarge der Autonomie der Gemeinden als erster Leidtragender der Staat gehen wird, in den Satz, dass hinter dem Sarge des Gewerbestandes als erster Leidtragender die staatliche Organisation gehen wird. Der Gewerbestand wird neue Kräfte sammeln und den Beweis erbringen, dass die grosse Zeit ein grosses Geschlecht auch in ihm hervorgebracht hat.

Nach dem Schlussworte des Referenten Vize-Bürgermeister Hierhammer werden seine Anträge einstimmig genehmigt, der Abänderungsantrag Hohensinner abgelehnt.

Nach weiteren Berichten des Vize-Bürgermeisters Hierhammer wird für die Ausstellung des Albrecht Dürer-Bundes ein Ehrepreis von 300 K und dem Kleintierzucht und Schrebergartenverein „Esparsette“ in Wien, XII., für das Jahr 1918 eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

Ueber Antrag des STR. Zatzka wird der Verkauf einer Parzelle im 13-Bezirk nächst der Breitenseer- und Schanzstrasse im Ausmasse von 181 m² um K 8000 genehmigt.

Nach den Berichten des Vize-Bürgermeister Hoß wird dem Verein „Kinderschutzzentren“ für das Jahr 1918 eine Subvention von 110.000 Kronen und für den Betrieb der Tagesheimstätte für 100 Mädchen, XX., Salzachstrasse ein jährlicher Verköstigungsbeitrag von 30.000 Kronen gewährt.

Dem Vereine „Gartenfreunde“ in Wien, XII., Wienerbergstrasse 39 wird nach dem Antrage desselben Referenten eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

GR. Aichhorn legt den Verwaltungsbericht der städtischen Kaiser Franz Josef Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt für das Jahr 1916. (Angenommen).

Nach einem Antrage des V.BGM. Rain wird der Rechnungsabschluss des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie „Wallhof“ vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 genehmigt.

GR. von Steiner legt die Resolution der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an die k.k. Regierung in Angelegenheit der Invalidenversorgung zur Beschlussfassung vor und führt aus: Die Militärversorgungsgesetze, die den berechtigten Ansprüchen der Berufsangehörigen der Armee nicht mehr entsprechen, berücksichtigen vollends in gar keiner Weise die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Kriegsinvalidität und des Heldentodes von Gajisten und Mannschaften der Reserve und des Landsturmes. Das letzte zivile Arbeitseinkommen und die darauf ruhende soziale Stellung bleiben vollkommen unbeachtet. Dieses Unrecht kann nicht bestehen bleiben. Der drohenden Gefahr einer Massenproletarisierung vorzubeugen, ist namentlich für die Interessen der städtischen und großstädtischen Bevölkerung von größter Wichtigkeit. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß angesichts des beschränkten Rekrutenkontingents erst der Krieg die unumschränkte Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet.

Nun sind alle wehrfähigen Staatsbürger aufgeboten, nun ist die Armee ein Volksheer. Seit Jahren vernachlässigen wir bei jedem Wechsel der Regierung Enunziationen der neuen Regierung, bei jeder Kriegsleihe Erklärungen der einzelnen Minister, daß sie die Versorgung der Invaliden und kriegshinterbliebenen Witwen und Waisen als ihre vornehmste soziale Aufgabe betrachten. Leider hören wir die Botschaft, doch fehlt die Tat. Nachdem schon Tausende und abertausende Kriegsbeschädigte oder durch Kriegsdienst arbeitsunfähig gewordene mit ungenügenden Versorgungsgenüssen entlassen worden sind, ist es daher die Pflicht des Gemeinderates, in energischer Weise zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Der Regierung und den Abgeordneten des Volkes, der Presse und überhaupt allen, die verpflichtet und berufen sind, den Willen der Gesamtheit zu erfassen und zu verwirklichen, obliegt die Pflicht, bei der unumgänglichen Reform der Militärversorgungsgesetzgebung ganz besonders auch der Kriegshinterbliebenen zu gedenken und für die Sicherheit des Existenzminimums der Kriegswitwen und der Kriegswaisen das Möglichste zu tun.

Eine große Schicht, ein wertvolles, staatsbehaltendes Element der Bevölkerung ist, je länger das Ringen währt, umso mehr in Mitleidenschaft gezogen: Der Mittelstand, ganz besonders die Gruppe der selbständig Erwerbstätigen des Gewerbes und Handels, der bäuerlichen Bevölkerung und der freien Berufe.

Die wirtschaftliche Existenz solcher Familien ist auf dem ununterbrochenen Arbeitsfleiß ihres Hauptes aufgebaut.

Unter diesem Gesichtspunkte müssen jetzt die Militärversorgungsgesetze reformiert werden.

Eine allgemeine Aufbesserung der Rentensätze allein genügt nicht; auch nicht die Einführung einer Kriegszulage nach deutschem Vorbilde, obwohl

diese im Interesse der Berufsangehörigen des Heeres auch für uns unbedingt notwendig ist. Zum Grundbetrage, vermehrt um die Kriegszulage, muß für die Reserve- und Landsturmeute noch eine Zusatzrente hinzukommen, die den Invaliden und den Kriegshinterbliebenen für den Verlust des zivilen Einkommens annähernd Ersatz bietet.

Jedermann weiß, daß das Wohnungsfürsorgegesetz novelliert werden muß; es geschieht jedoch nichts. Die Kriegerheimstättenbewegung stockt und eine diese Frage für ganz Oesterreich regelnde Verordnung ist bis heute nicht erschienen, während in Deutschland das Kapitalsabfindungsgesetz nebst Ausführungsbestimmungen schon im Juli 1916 alle diese Fragen ordnet. Ununterbrochen kommen neue Fälle, welche entschieden werden müssen.

Nur Wien hat die Kriegerheimstättenfrage geordnet und ist alles vorbereitet, um zeitgemäß mit dem Baue zu beginnen.

Die Errichtung der k.k. Arbeitsvermittlung bewährt sich zwar, die Fürsorgestelle der Gemeinde Wien steht hilfreich und unterstützend den Invaliden und Kriegshinterbliebenen bei Erlangung ihrer Ansprüche zur Seite; doch ist es dringend geboten, daß die Forderung, welche seit Jahren erhoben wird, ein k.k. Invalidenamts zu errichten, welches jetzt im Rahmen des Ministeriums für soziale Fürsorge angegliedert werden könnte, endlich einmal zur Durchführung gelangt. Und dieses Invalidenamts hätte sich auf Jahrzehnte hinaus eingehend und ausschließlich mit der Frage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu beschäftigen.

Bei dieser Gelegenheit muß noch das Augenmerk auf ein wichtiges Thema gelenkt werden, das der Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge besonders empfohlen werden soll. Es ist das die Frage der Vermissten im Felde. Die Zahl der Militär- und auch Zivilpersonen im Gefolge der Armee, welche als vermisst galten, weil sie ihren Angehörigen durch längere Zeit keine Nachricht gegeben haben und über ihr Schicksal den zuständigen Behörden und Kommanden nichts Gewisses bekannt ist, ist außerordentlich hoch. Die Heeresverwaltung hat für die Nachforschung nach Vermissten eine Organisation im Frieden nicht vorgesehen, was ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, weil es in früheren Kriegen nur sehr wenig Vermisste gegeben hat.

Die oesterreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz hat in Erkenntnis der außerordentlichen Wichtigkeit des Problems der Vermissten, für die Nachforschung mustergiltige Einrichtungen geschaffen, welche auch von der Militärverwaltung vollinhaltlich anerkannt werden.

Was wird aber in dieser Hinsicht nach dem Friedensschluß geschehen? Abgesehen davon, daß die quälende Ungewissheit über das Schicksal eines Angehörigen unerträglich und die traurigste Sicherheit noch immer dieser Ungewissheit weit vorzuziehen ist, befinden sich unter den Vermissten viele Männer in vorgerückten Jahren, die mitten aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herausgerissen und jetzt verschollen, eine Unmenge gelöster Beziehungen, Personen und Sachen rechtlicher Natur zurückgelassen haben, die unbedingt einer Regelung bedürfen.

Es ist daher Pflicht des Gemeinderates, insbesondere mit Rücksicht auf die große Zahl der in russischer Kriegsgefangenschaft mit Tod Abgegangenen die Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge auf dieses wichtige Gebiet zu lenken und zu empfehlen, daß rechtzeitig mit der Heeresverwaltung Vereinbarungen getroffen werden, wie das Vermissten-Problem nach dem Kriege weiter behandelt werden soll und welche Kompetenz sich damit zu befassen haben wird.

Der größte Teil der Forderungen, welche heute in dieser Resolution zum Beschlusse erhoben werden sollen, ist in Deutschland bereits durchgeführt, in Ungarn besteht seit Jahren ein königl.-ungar. Invalidenamts.

Es ist daher dringend geboten, daß sich auch in Oesterreich die verantwortlichen Faktoren nicht auf Worte beschränken, sondern ihre Pflichten den Männern gegenüber, welche ihre Staatsbürgerpflicht rückhaltslos erfüllt haben, auch durch Taten beweisen.

4

GR- Dr. Hein erklärt, dass die gestellten Anträge wärmstens zu begrüßen sind und dass die Angehörigen seiner Partei für sie stimmen werden. Die Versorgungsansätze sind geradezu lächerlich. Es ist aber die Frage ob der Staat selbst wenn er ausreichend vorsorgen will dies auch im Stande ist- Sicherlich ist, die blosse Geldversorgung für den Staat unmöglich, um die Invaliden zu befriedigen. Nach der Abrüstung wird es sich darum handeln nicht nur die Arbeit der Vollgesunden, sondern auch jene der Invaliden in die richtigen Bahnen zu lenken- Die Volkswirtschaft wird der Arbeit der Invaliden nicht entraten können.

Die Tendenz die Invaliden in ihrem früheren Berufe zu beschäftigen, ist sehr lobenswert. Es wird aber oft nicht möglich sein dass die Invaliden mit den Gesunden konkurrieren. Es wird deshalb eine Vorzugstellung der Invaliden notwendig sein. Ein Kriegsbeschädigten Recht muss entstehen für die Invaliden muss der Uebertritt von einem Gewerbe in das andere erleichtert werden, der Befähigungsnachweis wird sich, wenn er in voller Strenge gehandhabt wird, als hinderlich erweisen-. Es müssen also Erleichterungen für die Invaliden geschaffen werden.

Sehr zu begrüßen ist ferner die Einsetzung der gemischten Kommissionen, es ist anzustreben, dass nach der Abrüstung alle die Invaliden betreffenden Angelegenheiten den Militärischen Instanzen entzogen werden und dass Leute, die im praktischen Leben stehen, die erforderlichen Entscheidungen treffen.

Wir verlangen eine öffentliche Rechnungslegung über alle gesammelten Fonds und die Verwendung derselben- Das sollte eigentlich eine Sache des Parlamentes sein, denn die Spenden sind von Zivilisten gegeben worden für das gesammte Volksheer- Die Art wie heutzutage manchmal diese Angelegenheiten behandelt werden, entspricht mir nicht ganz. Diese Paradeversammlungen, die manchmal stattfinden, und in denen ein General einen sehr wohlwollenden Vortrag hält, machen bei der Grösse dieser Sache eigentlich einen komischen Eindruck. Derartige Unternehmungen sind nichts für Jours und dergleichen, Wir müssen auch an die militärischen Behörden das Ersuchen stellen, dass sie nicht mehr Invaliden züchten, als unbedingt der Krieg erfordert, dass sie bei den Musterungen doch mit einer gewissen Reserve vorgehen. Die militärischen Behörden müssen doch einsehen, dass die wirtschaftliche Verteidigung heute beinahe schon die militärische Verteidigung an Bedeutung überragt und da dürfen nicht Leute aus dem wirtschaftlichen Leben herausgerissen werden, um dann eine Abwehrkanone zu bedienen, wo niemals ein Flieger hinkommt. Ich stimme den Anträgen zu und kann nur wünschen, dass die Frage der Invalidenversorgung von uns allen in jedem Geiste durchgeführt wird, welcher der grossen Aufgabe entspricht, im Geiste wahrer Menschlichkeit, aber auch im Geiste der Brüderlichkeit- Jedem Tüchtigen muss die Bahn frei gemacht werden, das sollten auch Sie bei der Gemeinde beherzigen, niemand darf aus einem anderen Grunde, als dem, dass er nicht geeignet ist, zurückgewiesen werden. Nur dann, wenn alle Kräfte entsprechend herangezogen werden, können wir die grosse Aufgabe lösen, die uns allen noch bevorsteht.

GR- Reumann: Die gegenwärtigen Invalidenrenten sind vollständig unzulänglich, das ist eine Tatsache über die sich auch die Regierung keiner Täuschung hingibt und es schweben auch Verhandlungen mit Ungarn, von denen wir aber leider nicht wissen, ob sie auch zum Ziele führen werden. An der Regelung der Invalidenversorgung, hat auch die Gemeinde ein sehr grosses Interesse, weiß sie ja durch die Unzulänglichkeit der Renten sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn ein Mann heute etwas mehr als 29 Kronen an Invalidenrente erhält, so muss er doch unbedingt der Armenfürsorge zur Last fallen- Ich glaube, dass wir die Forderung zur Schaffung eines ganz neuen Gesetzes über die Versorgung jener Invaliden erheben müssen, welche aus diesem Kriege hervorgegangen sind. Die uns vorgelegte Entschliessung erscheint vollkommen ungenügend- Warum soll erst ein Verlust an Arbeitsfähigkeit von mehr als 10 % entschädigt werden? Eine derartige Bestimmung könnte für die Invaliden die verderblichsten Folgen haben und die Gemeinde Wien hat auch gar keine Ursache zu sagen, dass diejenigen, welche bis zu 10 % Erwerbsfähigkeit verloren haben, keine Entschädigung bekommen sollen. Redner tritt für die Abstufung bis zu 20 %, 20 bis 49, 50 bis 75, und 75 bis 100 % ein, doch dürfe nicht die Charge massgebend sein, sondern die Rente müsse einzig und allein, nach dem Verluste an Erwerbsfähigkeit zu bemessen sein. Redner wendet sich auch dagegen, dass die Entschliessung in den mildesten Ausdrücken gehalten wurde und erklärt, die Gemeinde habe ein Recht zu fordern. Es müsste auch direkt das Gemeinderatspräsidium an das Ministerium für soziale Fürsorge herantreten und Erkundigungen einziehen, wie weit die Verhandlungen in der Frage der Invalidenversorgung mit Ungarn gediehen sind und welche Vorlage ausgearbeitet werde, sowie mit welchen Mitteln die Forderung durchgesetzt werden soll. Der Redner beantragt einen diesbezüglichen Zusatz zur Entschliessung und verweist noch darauf, dass auch die Gewerbebehörde instruiert werden müsse, damit sie den Kriegsinvaliden das grösste Entgegenkommen zuwende, damit diese in die Lage kommen ihre Existenz fristen zu können.

GR- Dr. Löwenstein: Ich bin ebenfalls der Meinung, dass das gegenwärtige Invalidengesetz nicht mehr zeitgemäss ist und dass ein vollständig neues Gesetz von neuen Grundsätzen durchzuführen geschaffen werden muss. Der Redner wendet sich dann gegen die Behauptungen des Abgeordneten Winter in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Jänner, dass einzelne Personen durch die elektrische Behandlungen gemartert worden seien.

Dreierlei müssen wir anstreben: Die Invaliden wiederum der Familie zurückzugeben, sie im Interesse der Volkswirtschaft wieder erwerbsfähig zu machen; zu trachten, daß durch die Versorgungsgenüsse, das Budget des Staates nicht zu stark belastet werde, weil wir ja auch dafür durch Steuern aufkommen müssen. Der Redner weist sodann auf die grosse Zahl der „Zitterer“ hin, es gibt deren ungefähr 150.000, welche durch eine 4 wöchentliche bis dreimonatliche Behandlung wieder vollkommen erwerbsfähig gemacht werden können. Der Redner nimmt sodann gegenüber den Angriffen des Reichsratsabgeordneten Winter, Oberstabsarzt Dr. Frisch und Hofrat Dr. Wagner von Jauregg in Schutz und protestiert namens der gesamten Aerzteschaft dagegen, daß die Handlungsweise der Aerzte in so unrichtigen Lichte dargestellt werden.

GR. Angeli führt aus, daß bezüglich der Entlassung von Kriegsschädigten kein System herrsche. Es werden Leute entlassen, welche zuhause das Elend vorfinden, weil sie selbst nicht verdienen können, und den Angehörigen der Unterhaltsbeitrag entzogen wird. Andererseits werden Leute zurückbehalten, welche aus besseren Kreisen stammen und als Aufsichtspersonen oder in sonstiger Stellung brauchbare Dienste leisten könnten. Er fordert, daß die Regierung darauf dringe, daß gewisse Anstalten und Institute, namentlich Banken und Versicherungsanstalten, Invalide in ihre Dienste aufnehmen. (Beifall).

Die Referentenanträge werden hierauf einstimmig genehmigt, der Antrag Reumann wegen des Fortfalles der 10% Entschädigung abgelehnt, seine übrigen Anträge aber genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Ueber Antrag des STR. Schneider wird die Herstellung einer Gleisschleife in der Endstation Franzensbrückenstrasse am Praterstern mit dem Kostebetrage von 163.000 Kronen beschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Donnerstag, 7. Februar 1918. Nr. 36.

Wohnungsfürsorge. In Fortsetzung der Beratung über die Wohnungsfrage nach dem Kriege hat sich der städtische Wohnungsfürsorgeausschuss mit der Frage der zweckmässigen Verteilung von Baustoffen und hiermit auch mit der Angelegenheit einer baugewerblichen Hauptstelle befasst. Nach längerer Beratung, wobei die Vertreter des Ingenieur- und Architekten-Vereines, der Baumeistergenossenschaft, der Zentralstelle für Wohnungsreform, der Hausbesitzer- und der Mieterschaft das Wort ergriffen, wurden die Vorschläge des Wohnungsamtes mit einigen Ergänzungen genehmigt. Die Beschlüsse gehen dahin, dass eine einheitliche Regelung nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen (bevorzugte Zuweisung von Baustoffen für Wien, besondere Berücksichtigung des Kleinwohnungsbaues) zu empfehlen wäre; wenn eine solche Hauptstelle nicht vollständig diesen Bedingungen entsprechen könnte, wäre der freien Betätigung der Weg offen zu lassen, wobei gegen alle Vereinbarungen, welche der Einschränkung der Erzeugung von Baustoffen, der Hochhaltung deren Preise oder der Erzwingung ungünstiger Lieferungsbedingungen dienen sollen, schärfstens einzuschreiten wäre. Demnächst wird sich der städtische Wohnungsfürsorgeausschuss noch mit dem letzten Punkt der Vorschläge des Wohnungsamtes, der Errichtung einer städtischen Kreditstelle für Kleinwohnungsbau zu befassen haben, worauf der ganze Komplex der Frage im Gemeinderate zur Erledigung kommen wird.

Achtzigster Geburtstag des Stadtrates Wessely. Am 8. Februar begeht kaiserl. Rat, Stadtrat Vinzenz Wessely sein achtzigstes Geburtsfest. Er ist der älteste Mandatsträger im Wiener Gemeinderate, dem er als Vertreter des 6. Bezirkes seit dem Jahre 1886 ununterbrochen angehört. Seine politische Tätigkeit beginnt mit den ersten Anfängen der christlichsozialen Partei und hängt mit deren geschichtlicher Entwicklung innig zusammen. Bereits im Jahre 1882 wurde er zum Armenrate gewählt. Als der kleine Kaufmann Wessely auf dem grossen Genossenschaftstage der Kleingewerbetreibenden Oesterreichs im Jahre 1885 in der Volkshalle des Wiener Rathauses ein eingehendes gewerbliches Referat erstattete, fiel seine starke Betonung des Antisemitismus allgemein auf und lenkte die Aufmerksamkeit auf ihn. Ein Jahr darauf wurde Wessely als antisemitischer Kandidat im sechsten Bezirk aufgestellt. Sein schlichtes Wesen, seine überzeugenden Reden zum Schutze des Kleingewerbes, brachten ihm so grosse Volkstümlichkeit, dass er als erster offizieller Antisemit im Jahre 1886 als Gemeinderat gewählt wurde.

Dr. Lueger gehörte schon Ende der siebziger Jahre dem Gemeinderate an. Schon in dieser Zeit bestand im Wiener Gemeinderate unter Führung Dr. Luegers eine etwa 20 Mann starke demokratische Partei mit antisemitischem Programm, von der aber ein Teil wegen zu starker Betonung des Antisemitismus abfiel und Dr. Lueger den Rücken kehrte. Der junge Gemeinderat Wessely trat gleich im ersten Jahre in engste Fühlung zu Dr. Lueger. Nach der Vereinigung der Vororte mit der Stadt Wien bildete sich unter Führung Dr. Luegers eine etwa 40 Mann starke Opposition, da ein Teil der Vororte bereits antisemitische Vertreter hatte. Von dieser Zeit an bekleidete Gemeinderat Wessely durch vierzehn Jahre hindurch die Obmannstelle im gemeinderätlichen Bürgerklub. Die nächsten Gemeinderatswahlen, nach der Einverleibung der Vororte, brachten dann der inzwischen „christlichsozial“ benannten Partei einen glänzenden

Sieg mit fünfundneunzig Sitzen. Mit den ersten christlichsozialen Stadträten wurde Gemeinderat Wessely im Jahre 1895 in den Stadtrat entsendet, wo er Referate über die Strassenpflege, das Armenwesen, das Approvisionnementwesen und über gewerbliche Angelegenheiten erstattete.

Für seine Verdienste wurde er mit der grossen goldenen Salvatormedaille ausgezeichnet. Später erhielt Stadtrat Wessely das goldene Verdienstkreuz mit der Krone, das Ritterkreuz des preussischen Kronenordens 3. Klasse und den Titel Kaiserlicher Rat. Er ist auch Besitzer des Ehrenkreuzes pro Eccl. et Pont.

Von den Bezirksämtern. Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den Magistratsrat Dr. Ernst Krieg, bisher Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den 10. Bezirk, zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den 14. Bezirk und den bisherigen Leiter dieses Amtes Magistratsrat Dr. Karl Solterer zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den 10. Bezirk bestellt.

Aus dem Stadtrate. Zur Wasserversorgung der geplanten städtischen Gemüsegründen auf den Gründen der Bodenkredit-Anstalt in Leopoldau

wird die Verlegung von Wasserleitungsrohren mit den Kosten von 65 450 Kronen genehmigt. (Berichterstatte StR. Knoll). - Der Umtausch von 500 Stück gebrauchsfähigen Wechselstromzählern der städtischen Elektrizitätswerke gegen 916 Stück gebrauchte Gleichstromzähler wird genehmigt. (Referent StR. Schmid). - Für dringende Instandsetzungen im Seehospiz San Felagio wird ein Betrag von 15.000 Kronen bewilligt. (Berichterstatte StR. Dr. Haas). - Nach einem Antrage des StR. Tomola wird der Ankauf des Buches „Der Volksschulunterricht“ von Johann Josef Wolf für die Bezirkslehrerbibliotheken und der Ankauf des „Pädagogischen Jahrbuches 1916“ für die Wiener Lokal-Lehrerbibliotheken genehmigt. - Der Stadtrat hat eine Beileidskundgebung an StR. Heindl anlässlich des Heldentodes seines Enkels an der italienischen Front beschlossen.

Maler Klimt + . Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schner beschlossen, für Gustav Klimt ein Ehrengrab in der Kapellenstrasse des Zentralfriedhofes zu widmen.

Errichtung eines städtischen Landwirtschaftsamtes. Infolge des Krieges ist die Approvisionnementstätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung in neue Bahnen gedrängt worden. Die geänderten Verhältnisse haben es notwendig gemacht, dass die Gemeinde, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, selbst Nahrungsmittel herbeischafft und erzeugt, um die Versorgung der Bevölkerung zu erleichtern. Die Gemeinde wird daher insbesondere auch genötigt sein, in ausgiebigem Masse Landwirtschaft zu betreiben. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat zu diesem Zwecke die Errichtung eines städtischen Landwirtschaftsamtes verfügt, dem es insbesondere obliegen wird, Milchwirtschaften, Viehzuchtanstalten und Schweinemastanlagen der Gemeinde einzurichten und zu betreiben, Landwirtschaften zu erwerben, sowie Anbau- und Lieferungsverträge über landwirtschaftliche Bodenerzeugnisse abzuschliessen. Einen breiten Raum der Tätigkeit des neuen Amtes wird die landwirtschaftliche Ausnützung der Lobau einnehmen. Im Uebrigen wird das Landwirtschaftsamt die Zentralstelle der Gemeinde überhaupt für alle landwirtschaftlichen Angelegenheiten bilden. Mit der provisorischen Leitung des städtischen Landwirtschaftsamtes wurde der städtische Obertierarzt Dr. Josef Stehlik, der selbst ein erprobter praktischer Landwirt ist, vom Bürgermeister betraut. Das neue Amt wird seinen Sitz im neuen Rathause haben

und seine Tätigkeit spätestens am 1. März d.J. aufnehmen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Errichtung des neuen Amtes, welche vom Stadtrate zur Kenntnis genommen wurde.

Grossschlachtungs-gesellschaft. Im Stadtrate erstattete heute VB-Hoss einen eingehenden Bericht über den Beitritt der Gemeinde Wien zu der zu gründenden Grossschlachtungs-gesellschaft m.b.H. mit einer Stammeinlage von 100.000 Kronen. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die StRe. Knoll, Dechant, Angermayer, Spalowsky, Dr. Hein, Müller, von Steiner, Hötzel und Dr. Weiskirchner beteiligten wurden die Anträge des Magistrates einstimmig genehmigt.

Bibliothek. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Dechant den Armenräten des Armeninstitutes Währing Heinrich Jaitner, Josef Kral, Franz Sauer, Rudolf Solterer, Johann Weiser und Josef Zehmann für der mehr als 10 jährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

Bestätigung von Armenräten. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Grünbeck die Wahl der Armenräte Friedrich Stengel und Eugen Billisch zum Schriftführer beziehungsweise Schriftführer Stellvertreter der Ersten Sektion des Armeninstitutes Hernalis und nach einem Antrage des StR. Schneider die Wahl des Johann Kölbl zum Obmann des Armeninstitutes Brigittenau bestätigt.

Beförderung. Der städtische Arzt Dr. Ferdinand Baumgartner wurde nach einem Antrage des StR. Dr. Haas zum städtischen Arzt 1. Klasse ernannt.

Gehrte Schriftleitung!

Kollege Reischl ersucht höflichst um Aufnahme nachstehender Notiz:
Das zerstörte Sexten. Der Dolomitenort Sexten in Tirol mit seinem einzigartigen Fischleintal ist längst schon in weitesten Kreisen als einer der herrlichsten Tiroler Punkte bekannt. Im Kriege mit Italien hat Sexten als erste aller deutschen Ortschaften und am aller grimmigsten das Kriegesgeschick erfahren. Sozusagen die ganze Ortschaft wurde in Brand geschossen, 8 Hotels, an 50 Häuser, schöne Kirchen mit nahezu der ganzen Einrichtung wurden ein Raub der Flammen. Ueber zwei Jahre musste die arme Bevölkerung in der Verbannung leben, hat selbst von etwa 1500 Seelen gegen 500 Krieger gestellt und an 40 bis 50 sind davon bereits den Heldentod fürs Vaterland gestorben. Jetzt endlich kann an Sextens Wiederaufbau gegangen werden. Um der verarmten Gemeinde zu helfen, hat sich eine „Hilfsaktion für die Dorfgemeinde Sexten (Tirol)“ gebildet. Präsident ist Landeshauptmann Schraffl, Aktionsleiter Dr. Rudolf Granichstäden - Ozeawa (Wied., I. Reichsratsstrasse 5), Hilfsbereite Teilnehmer: Hofrat Dr. Graf Hartig, Gräfin Sophie Attens, Univ. Professor Dr. Max Dvořak, Hofrat Dr. Paul Baurat A. Weber, Sekretär des Oesterr. Alpenvereines Hess, Chefredakteur Dr. Funder, Redakteur Reischl und P. Innerkofler. Was immer zu einem derartigen Wiederaufbau dienlich ist, wird herzlich erbeten. Zuschriften u. dgl. an Herrn Dr. Granichstäden - Ozeawa; Geldspenden an den von Sexten stammenden nahe Verwandten des Heldenstandschützen und berühmten Bergführers Sepp Innerkofler, P. Adolf Innerkofler, Schriftsteller, Kirchschlag (Ob. Salitz) N.Oe.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Freitag, 8. Februar 1918. Nr 37.

Verkauf polnischer Gänse. Morgen (Samstag) findet der Verkauf polnischer Gänse zum Preise von K 11.60 per kg an folgenden Stellen statt: Bubitsch, 2. Markt Volkertplatz, Dechant und Endres Grossmarkthalle, Rechberger, 4. Naschmarkt, Gugitscher, 5. Hundstürmerplatz, Hannecker, 7. Burggasse; Starnbacher, 9. Nussdorferstrasse; Vallentin, 10. Enckplatz; Nowack, 12. Markt Meidling; Damborsky, 13. Zehentnergasse; Gass, 14. Meisselstrasse; Stritzl, 15. Reithoferplatz; Farkas, 15. Mariahilferstrasse, Palmgasse; Moser, 16. Brunnengasse; Barilitsch, 16. Nep. Bergerplatz; Hrodeck, 18. Kutschkergasse; Grimm, 21. Markt am Spitz.

Aus dem Stadtrate- Nach einem Antrage des StR. Schwer wurde die Anschaffung von 500 m Flachdruckschläuchen mit dem Kostenbetrage von 6300 Kronen genehmigt.- Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird der Magistratsbericht, betreffend die Einführung einer ganzjährigen Abrechnung der Wassergebühren neben der vierteljährigen vom 1. Viertel 1918 genehmigend zur Kenntnis genommen.- Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird die Sicherstellung des Leders für 30 Gleitschutzdecken für die städtischen Dienstkraftwagen mit dem Kostenbetrage von 18.000 Kronen genehmigt.- Nach einem Antrage des StR. Schwer wird dem Oberleutnant Regierungsrat Dr. Willibald Nagl behufs Drucklegung seiner Schrift „Deutschslawisch“ ein Kostenbeitrag von 1000 Kronen gewährt. Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird für die Entfernung der Lastenabteile der Personenaufzüge im Kaiser Jubiläums-Spitale ein Betrag von 13.200 Kronen genehmigt.-

Änderung der Besuchszeit in den städtischen Bädern. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka die Besuchszeit der städtischen Bäder, wie folgt geändert: Städtische Brausebäder Montag und Dienstag geschlossen, Mittwoch und Donnerstag von 1 Uhr bis 8 Uhr abends, Freitag von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, Samstag von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, nach Bedarf auch von 12 bis 2 Uhr nachmittags, Sonn- und Feiertage von 7 Uhr früh bis $\frac{1}{2}$ 1 Uhr nachmittags; Theresien- und Kaiser Franz Josefs - Bad Montag und Dienstag geschlossen, Mittwoch von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends, Donnerstag von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, Freitag von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, Samstag von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends, Sonn- und Feiertage von 7 Uhr früh bis 12 Uhr Mittags; Dampf-, Wannen- und Brausebad im 21. Bezirk, Kretzgasse Montag und Dienstag geschlossen, Mittwoch und Donnerstag 1 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Freitag 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, Samstag von 8 Uhr früh bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends, Sonn- und Feiertage von 7 Uhr früh bis $\frac{1}{2}$ 1 Uhr mittags.

Vertrauliche Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des StR. Hötzel dem Armenräten des 16. Bezirkes Franz Kronberger und Anton Schuldesfeld die goldene Salvator-Medaille verliehen. Ferner wurde nach einem Antrage des StR. Zatzka dem StR. Sebastian Grünbeck für seine verdienstvollen Bemühungen um das Zustandekommen des Kaiser Franz Josef - Bades der Dank des Gemeinderates ausgesprochen. Nach einem Antrage des VB. Hoss wurde dem Exekutorsamts-Direktionsadjunkten Edmund Scherer der Titel Vizedirektor verliehen. Die Kontrolloren der städtischen Hauptkassa Karl Zmesskal, Eduard Maschek, Karl Resch und Alois Knobloch wurden zu Oberkontrolloren extra statum ernannt. Dem Hof und Gerichtsadvokaten Dr. Zdenko Zalfart wurde gestattet den Titel „Rechtsanwalt des städtischen Jugendamtes“ zu führen.

8
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
 Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek,
 Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Samstag, 9. Februar 1918. Nr. 38.

Entfallender Empfang. Infolge dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters entfällt der Empfang am Montag.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat hält am Donnerstag eine Sitzung ab.

Landwirtschaftliche Betriebe der Gemeinde Wien. Das durch Beschluss des Stadtrates geschaffene Landwirtschaftsamt der Gemeinde Wien findet bereits ein reiches Betätigungsgebiet vor. Ueber Initiative des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner hat die unter der Leitung des Magistratsrates Dr. Roszkopf stehende Bezirkswirtschaftsstelle 3 bereits umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um einerseits Fett und Fleisch zu produzieren, andererseits durch Einstellung von Melkkühen eine nicht unbedeutende Milchmenge für die Bevölkerung sicher zu stellen.

Im August 1917 wurden 500 Stück Ferkel auf dem Gute Pernhofen an der niederösterreichisch-mährischen Grenze für Rechnung der Gemeinde Wien eingestellt. Die Tiere mit einem Anfangsdurchschnittsgewicht von 10 kg wurden auf 135 kg in Trockenmast aufgefüttert, eine beachtenswerte Leistung, wenn man bedenkt, dass die aus Ungarn heute einlangenden Fettschweine ein Gewicht von höchstens 110 kg haben. Die bei diesen ersten Versuchen gewonnenen Erfahrungen und Einblicke veranlassten die Gemeindeverwaltung, diese Aktion auszubauen, umso mehr, da die zur Auffütterung der Schweine aus dem Ferkelzustand bis zur Mastreife erforderlichen Futtermittel nicht der menschlichen Nahrung entzogen werden. Dagegen wird das zur Fettaufzucht erforderliche Körnerfutter in kürzester Zeit und auf rationellste Weise in das so wertvolle Fett umgesetzt.

In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. von Steiner über die weitere Ausgestaltung dieser Aktion. Nach seinem Antrage wird mit der Gutsverwaltung Pernhofen ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem beide Vertragsteile auf diesem Gute eine Mastanlage mit allen dazu gehörigen Baulichkeiten und Maschinen errichten. Diese Anlage ist für Mastung bzw. Auffütterung von 5- bis 6000 Schweinen für eine Mastperiode, also zur Produktion von vorläufig 10- bis 15.000 Fettschweinen jährlich bestimmt. Die Kosten der Anlage, die sich auf ungefähr 1.5 Millionen Kronen stellt, werden von beiden Teilen je zur Hälfte getragen. Nach einer genau aufgestellten Kalkulation werden sich die Kosten für 1 kg Fettschwein voraussichtlich niedriger stellen, als die amtlich festgesetzten Höchstpreise.

Im Stadtrat berichtete ferner StR. von Steiner über den Ausbau der Aktionen zur Behebung der Milchnot. Der zwischen der Gutsverwaltung Sachsengang und der Gemeinde Wien Ende 1915 auf 2 Jahre abgeschlossene Milchwirtschafts- und Zuchtvertrag wurde auf weitere 1½ Jahre erneuert. Mit der Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie in Goding wurde ein Vertrag über die Einstellung von 150 bis 240 Melkkühen der Gemeinde Wien auf dem Meierhofe Rotensee bei Laa an der Thaya zum Zwecke der Milchgewinnung abgeschlossen.

Mit den auf dem Gute Pernhofen eingestellten Kühen verfügt nunmehr die Gemeinde über einen Melkviehstand von mehr als 1200 Stück; die gewonnene Milchmenge reicht nicht nur aus, um sämtliche eigenen Anstalten der Gemeinde Wien (Jubiläumsspital, alle Versorgungshäuser,

Waisenhäuser und die dem städtischen Jugendamt unterstehenden Anstalten) zu decken, es ist ausserdem noch möglich, ein Quantum von 7000 Litern täglich also 56.000 1/8 Liter - Portionen dem freien Verkehr zuzuführen. Die städtische Milchgewinnung ist also ein nicht unbedeutender Faktor in der Wiener Milchlieferung geworden.

Die Gemeinde Wien betreibt jedoch nicht reine Abmelkwirtschaft, da hochwertiges Jungvieh, das auf den verschiedenen Gütern gewonnen wird, auf dem von der Gemeinde Wien im Vorjahre gepachteten Gute „Weisser Hof“, wo bereits eine Almwirtschaft für Jungrinder besteht, weiter gezogen wird.

Die bisher erzielten Erfolge der Wiener Gemeindeverwaltung auf landwirtschaftlichem Gebiete sind umso höher zu bewerten, als diese Tätigkeit der städtischen Beamtenschaft ziemlich ferne lag und Vorbilder in dieser Art nicht zur Verfügung standen. Die juristischen Grundlagen für die Verträge mit den Gutsverwaltungen, welche vom Magistratsrat Dr. Roszkopf und vom Magistratsoberkommissär Hölblinger geschaffen wurden, bieten auch für die Kommunalpolitiker beachtenswerte Neuerungen für die Bildung solcher gemischt-privat-wirtschaftlicher Betriebe.

Dr. von Dorn 80. Geburtstag. Aus Anlass des 80. Geburtstages des Gemeinderates Dr. von Dorn veranstaltete der Verband der freiheitlich bürgerlichen Gemeinderäte gestern im Ratsstüberl des Wiener Rathauskellers eine intime überaus stimmungsvolle Feier, an welcher fast sämtliche fortschrittliche Gemeinderäte und eine Abordnung des deutschfreiheitlichen Verbandes im Abgeordnetenhaus bestehend aus den Abgeordneten Dr. Ofner, Friedmann, Dr. Neumann und Zenker teilnahmen. StR. Dr. Hein hob die unerschütterliche Gesinnungstüchtigkeit des Jubilars hervor, welcher seit einer stattlichen Reihe von Jahren mit unermüdlichem Eifer und mit grösster Selbstverleugnung die freiheitlichen Anschauungen im Wiener Rathaus und ausserhalb desselben vertritt. Dr. von Dorn ist ein Altliberaler im besten Sinne des Wortes der alle modernen Ideen in sich aufnimmt, wie dies seine hervorragende Stellung in der Gesellschaft der Volkswirte, im n.ö. Gewerbeverein, in der Friedensbewegung, in der freien Schule, bei dem Verein „Flamme“ u.s.w. beweist. Dorn ist nicht alt geworden, sondern er ist immer der Alte geblieben. Reichratsabgeordneter Dr. Ofner beglückwünschte den Jubilar namens der freiheitlichen Wiener Abgeordneten. Seit vielen Jahren kenne und schätze er Dr. von Dorn als Volkswirt und freiheitlichen Politiker. Wo immer sich eine moderne freiheitliche Bewegung gezeigt habe, sei Dr. von Dorn einer der Ersten gewesen, welcher sich anschloss. Dr. von Dorn, welcher hierauf das Wort ergriff, sprach in bewegten Worten seinen herzlichsten Dank für die ihm zuteil gewordene Ehrung aus und schilderte in launiger Weise seinen Lebenslauf, insbesondere seine seinerzeitige Tätigkeit in Budapest und Triest und den Hergang des Attentates, dessen Opfer er dort geworden war. Er habe stets vor allem nach Gerechtigkeit gestrebt, welche er als Grundprinzip des wahren Liberalismus betrachte. Zum Schlusse hob noch Bezirksvorsteher Dr. Blasel die Vorzüge des Jubilars hervor. Der Journalisten- und Schriftsteller-Verein Concordia, zu dessen langjährigen Mitgliedern der Jubilar gehört, entsandete eine aus dem Präsidenten Dr. Sigmund Ehrlich und dem Mitgliede des Vorstandes kais. Rat Ludwig Basch gebildete Abordnung in die Wohnung des Dr. von Dorn. Präsident Dr. Ehrlich betonte in seiner Ansprache die Verdienste des Dr. von Dorn um die Stadt Wien und würdigte dessen Treue für seine Kollegen im schriftstellerischen Berufe. Der Jubilar dankte für die ihm bewiesene Ehrung.

Zum Friedensschluss mit der Ukraine. Bürgermeister Dr. Weiskirchner

hat aus Anlass des Friedenschlusses mit der Ukraine die Beflaggung sämtlicher städtischen Gebäude bis morgen abends angeordnet.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird für die kommende Woche wieder mit 1 1/2 kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes E der neuen Kartoffelkarte.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 10. Februar bis 23. Februar werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlachtereien gegen Abtrennung des Abschnittes T des amtlichen Einkaufscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Wohlfahrtsfleisch. Trotz der überaus schwierigen Fleischaufbringung konnte die Fleischabgabe an die Besitzer der grünen, blauen und braunen amtlichen Einkaufscheine auch für die 47. Woche vom 11. bis 16. d.M. sichergestellt werden. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung werden Haushalte bis 2 Personen 1/2 kg, bis 3 Personen 3/4 kg und Haushaltungen mit 4 und mehr Personen 1 kg an den bekannten Verkaufsstellen und Tagen (Montag A - F, Mittwoch G - K, Donnerstag L - R und Samstag S + Z) gegen Abtrennung des Buchstaben S erhalten. Da zur Deckung des Bedarfs aber schon verschiedene Reserven herangezogen werden müssen, wird nicht nur Rindfleisch, sondern voraussichtlich auch Schaf- und Schweinefleisch, alle Fleischgattungen aber zum Einheitspreise von 3 K 60 h für 1 kg abgegeben werden.

Abgabe von Sauerrüben. In der kommenden Woche werden vom 14. bis einschliesslich 17. Februar 1918 wieder Sauerrüben nach den Bestimmungen der Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 6 abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes 20 des amtlichen Einkaufscheines.

Gänsepreise. Die Preise für ungarische Fettgänse und Fettenten wurden mit Wirksamkeit vom 11. d.M. abändertwie folgt: En-gros Preis höchstens 23.50 bis 24.50 Kronen, Detailpreis höchstens K 24.25 bis 25.25.

Fastenmarkt in Hernalz. Sämtliche Interessenten werden zu der am Montag, den 11. d.M. um 3 Uhr nachmittags 17. Kalvarienberggasse 14 stattfindenden wichtigen Besprechung eingeladen.

+ + +
 Der Genossenschaftsvorsteher der Marktfahrer in N.Ö. bittet höflichst um Abdruck vorstehender Notiz.

Armenloterie der Stadt Wien. Die Ziehung der von der Gemeinde Wien veranstalteten 103. Lotterie zu Gunsten der Armen Wiens findet am Faschingsdienstag 6 Uhr abends im Steinernen Saal des neuen Rathauses statt. Die Lotterie ist mit 5950 Treffern im Gesamtwerte von 200.000 Kronen ausgestattet, der erste Haupttreffer beträgt 20.000 K. Lose zu einer Krone sind in den Tabaktrafiken, Lottokollekturen und Wechselstuben erhältlich.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Montag, 11. Februar 1918. Nr. 39.

Die Kredithilfe für das kriegsbetroffene Gewerbe. Dieser Tage fand in Wien eine Versammlung der Landesverbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften statt, in welcher die Verbände der Kronländer Niederösterreich, Steiermark und Kärnten, die deutschen und tschechischen Verbände Böhmens, Mährens und Schlesiens vertreten waren. Ferner waren erschienen: Vom Ministerium für öffentliche Arbeiten Ministerialsekretär von Pfersmann und Regierungsrat Rehligg, vom k. k. Gewerbebeförderungsamt kaiserlicher Rat Stratzkaney, von der Handels- und Gewerbekammer Professor Dr. Wrabetz, vom niederösterreichischen Landesauschusse Landesoberinspektor Lunzer, vom Wiener Magistrat Obermagistratsrat Langthaler und Magistratssekretär Dr. Schwarz.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung „Die Hilfsaktion zu Gunsten des kriegsbetroffenen Gewerbebestandes und die Verbände gewerblicher Kreditgenossenschaften.“

Der Berichterstatter Landesinspektor Heinl gab zunächst eine geschichtliche Darstellung der Entstehung der Hilfsaktion, welche vom Landesauschusse Niederösterreichs schon im Jahre 1916 beschlossen wurde, konstatierte, dass auf Grund dieser Anregung das Abgeordnetenhaus einen Kredit von 100 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt habe und gab sodann eine eingehende Schilderung über die in Niederösterreich vorbereitete Organisation der Kredithilfe. Die Grundzüge, welche die Genehmigung des Landesauschusses, der Gemeinde Wien und der n.ö. Handels- und Gewerbekammer gefunden haben, lauten der Hauptsache nach wie folgt: Der Gegenstand der Aktion bildet die Zuwendung von Darlehen behufs Wiedereröffnung oder Weiterführung kriegsbetroffener niederösterreichischer Gewerbebetriebe an deren Inhaber und zwar in erster Linie an jene, die als Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne verwendet worden sind, weiters an Witwen oder minderjährige Kinder, auf deren Rechnung das Gewerbe fortgeführt wird, soferne der betreffende Gewerbeinhaber in Ausübung der Kriegsdienstleistung verstorben ist, sodann in besonders beachtenswerten Fällen auch an solche Gewerbeinhaber, die infolge der durch den Krieg bewirkten aussergewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Erwerbe schwer betroffen sind. Die Höhe der Darlehen soll in der Regel den Betrag von 4000 Kronen nicht übersteigen. Die Tilgung hat innerhalb 11 Jahren zu erfolgen. Die Hilfsaktion wird durchgeführt durch die Landes-Kreditkommissionen für kriegsbetroffene Gewerbeinhaber, durch die n.ö. Bezirks-Kreditausschüsse durch Zahlstellen. Die beiden ersteren sind dem Landesgewerbeförderungsamt angegliedert, deren „Amtsstelle zur Fürsorge für Kriegsinvalide aus dem selbständigen Handels- und Gewerbebestande Niederösterreichs“ auch die Berufsberatung aller rückkehrenden n.ö. Gewerbeinhaber bei der Wiederaufnahme ihrer Erwerbstätigkeit einzuleiten hat. Die Hilfsaktion hat im allgemeinen erst mit Wiedereintritt des Friedens zu beginnen und zwar sind Gesuche um Kredithilfe innerhalb einer Frist von längstens 2 Jahren nach dem Uebertritt des Gesuchstellers in das bürgerliche Erwerbsleben bzw. nach vollständiger Beendigung der allgemeinen Abrüstung und seitens jener Gewerbeinhaber, die inzwischen ins bürgerliche Erwerbsleben zurückgekehrt sind, in einer Frist von höchstens einem Jahre nach Verlautbarung der Bestimmungen der Kredithilfe einzubringen. Ihren Abschluss findet die Aktion mit der Tilgung aller Darlehen bzw. der allfälligen Abschreibung uneinbringlich

gebliebener Darlehen. Nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses sind die Landesverbände zur Durchführung der Organisation berufen. Es werde nun Aufgabe der Verbände sein, neue Kreditorganisationen im Bereiche ihres Wirkungskreises zu schaffen, damit ähnlich wie es bei den landwirtschaftlichen Raiffeisenkassen der Fall ist, in den entferntesten Teilen des Kronlandes eine Art Filiale dieser Verbände sich befinde.

Eine ausserordentlich wichtige Frage sei die Aufbringung der für diese Aktion notwendigen Geldmittel zu einem entsprechenden Zinsfuss. Es sei wohl hauptsächlich Aufgabe der Regierung, einzugreifen, da man von den meisten gewerblichen Verbänden nicht verlangen könne, dass sie ihre bescheidenen Geldmittel in den Dienst dieser grosszügigen Aktion stellen.

Der Berichterstatter beantragte eine Entschliessung, in welcher dem Abgeordnetenhaus und dem Ministerium für öffentliche Arbeiten der Dank ausgesprochen und an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet wird, den berufenen Vertretern der gewerblichen Kreditverbände jene Einflussnahme auf die Organisation der ganzen Angelegenheit zu sichern, welche im Interesse der glatten und raschen Durchführung der Aktion unbedingt notwendig erscheint. Schliesslich wird der dringende Wunsch ausgesprochen, es mögen von der Regierung unverzüglich jene Massnahmen getroffen werden, welche den Beginn dieser Hilfsaktion für

den durch den Krieg so schwer in Mitleidenschaft gezogenen Gewerbebestand in kürzester Zeit ermöglichen.

An den Bericht schloss sich eine längere Debatte, an welcher sich der Präsident des Zentralverbandes der deutschen gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Mährens und Schlesiens Stadtrat Lustig, Ministerialsekretär von Pfersmann (Ministerium für öffentliche Arbeiten) und Landtagsabgeordneter Krebs (Verband der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für Steiermark und Kärnten) beteiligten.

Die beantragte Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Armenlotterie. Die Ziehung der Armenlotterie der Stadt Wien findet heute ^(Donnerstag) um 6 Uhr abends öffentlich im Steinernen Saal des Neuen Rathauses statt. Auf jeden der gezogenen 350 Haupttreffer entfallen 8 Vor- und 8 Nachtreffer. Der erste Haupttreffer beträgt 20.000 Kronen bar ohne Abzug. Die Ziehungslisten erscheinen diesmal erst Donnerstag vormittags, nachdem sie seitens der Druckerei unter den jetzigen Verhältnissen nicht über Nacht fertiggestellt werden können. Ihre Ausgabe erfolgt für den 1. Bezirk im Neuen Rathause durch die Armenlotteriekanzlei, für die übrigen Bezirke durch die Hauptkassen-Abteilungen der magistratischen Bezirksämter.

Bezirksratssitzungen. Die Bezirksvertretung Neubau hält Donnerstag, den 14. d. M. um 5 Uhr nachmittags, die Bezirksvertretung Floridsdorf Donnerstag, 14. d. M. um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Butterpreise. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden mit K 2.15 für 12 dkg ausgeschaltene und mit K 2.17 für paketierte Ware festgesetzt.

Aus dem Rathause. Am Donnerstag wird der Bürgermeister den Armenräten des 16. Bezirkes Franz Dittrich, Franz Eigner, Andreas Madl, Franz Morawa, Franz Schroll, Johann Seidl, Heinrich Steinruck und den Armenräten des 18. Bezirkes Heinrich Jaitner, Josef Kral, Franz Sauer, Gemeinderat Rudolf Solterer, Johann Weiser und Josef Zemann Diplome überreichen und den Mitgliedern der Berufsfeuerwehr Karl Schiener und Franz Dietz Ehrengeschenke einhändigen.

21. Jahrgang, Wien, Dienstag, 12. Februar 1918. Nr. 40.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Stände der rechtskundigen Beamten die Titular-Magistratsräte Josef Gräf, Dr. Adolf Rucka, Dr. Adolf Wanschura, Dr. Hans Fastenbauer und den Magistrats-Sekretär Dr. Hans Roßkopf zu Magistratsräten extra statum; im Stände der Buchhaltung Johann Schmid, Friedrich Leischner, Josef Baumgartner, Rudolf Barbora, Viktor Krejci, Karl Kubanek und Eduard Pitterhof zu Rechnungs-Offizialen; im Stände der städtischen Hauptkassa Franz Weber, Max Adami, Karl Esselt, Gustav Seehak, Karl Schiffer, Franz Fischer, Franz Anderl, Johann Richard Müller, Karl Georg Zwerenz, Anton Stelzer, Rudolf Rack, Friedrich Wessely, Josef Kern, Rudolf Soucek, Franz Hütter, Christian Fischbach, Franz Hwizst, Günter Fehr und Richard Schmid zu Kontrolloren, Josef Skripal und Adolf Frost zu Adjunkten, Gustaf Rößler zum Akzessisten; im Stände des Steueramtes Heinrich Husch, Ferdinand Schödl, Oskar Iatsch, Josef Fiertner, Mauritius Klieber, Ernst Müllner, Josef Kubik, Alfred Smetacek, Karl Wolf, Karl Mörtz, Herrmann Linhart, Ludwig Kupka, Gerhard Beitzl, Josef Schallaböck, Rudolf Fuchs, Viktor Zimmermann, Johann Kraus, Alexander Weinmann, Karl Albert Herfort, Johann Kraut, Ferdinand Göbl, Ludwig Mikura, Jakob Dungal, Heinrich Ott, Arthur Hansauer und Richard Maurus zu Kontrolloren, Anton Büttner und Stefan Lukaschik zu Adjunkten, August Plachy und Viktor Mick zu Offizialen; im Stände des Exekutionsamtes Karl Lichtenecker, Johann Mayer und Franz Barzal zu Oberoffizialen; im Stände des Zentral - Wahl - und Steuerkatasters Oskar Gröschl und Karl Adam zu Oberoffizialen, Max Eckstein zum Offizial, Franz Schwanzler zum Akzessisten; Dr. Karl Wagner zum Adjunkten in den städtischen Sammlungen; Theodor Tirolid zum Bauaufsichts-Revidenten; bei der Ueberlandzentrale der städtischen Elektrizitätswerke Rudolf Nowak zum Oberelektriker, Johann Nentwich und Theodor Matzkowitz zu Obermaschinenisten.

Der älteste Beamte der Stadt Wien. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung dem dem magistratischen Bezirksamte für den 9. Bezirk zugeordneten Kanzlei Offizial Josef Ehrengruber den Titel Kanzlei Oberoffizial mit den Bezügen der 9. Rangklasse verliehen. Ehrengruber ehemaliger Offizier trat im Jahr 1900 im Alter von 68 Jahren als Diurnist in den städtischen Dienst. Infolge seiner Verlässlichkeit und seines Fleisses rückte er allmählich vor und trotz seines hohen Alters von 86 Jahren erfreut er sich einer staunenswerten körperlichen und geistigen Frische und seine dienstlichen Leistungen sind nach der Angabe seiner Vorgesetzten nach wie vor mustergiltig.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Im Monat Jänner ist ein gegen die Vormonate etwas verringerter Rückgang der leerstehenden Wohnungen auf 1551 oder 0'28 % des gesamten Wohnungsbestandes gegen 1717 oder 0'31 % im Dezember 1917 zu verzeichnen. Von den mit Ende Jänner ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 1368 (0'32 % aller Kleinwohnungen), kleinere Mittelwohnungen 152 (0'29 % aller kleineren Mittelwohnungen), grössere Mittelwohnungen 66 (0'09 % aller grösseren Mittelwohnungen) und auf die grossen Wohnungen 25 (0'09 % aller grossen Wohnungen).

Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale betrug Ende Jänner 1918 5464, gegenüber 5646 im Vormonate. Die Besucherzahl ist von 1155 im Dezember auf 1929 im Berichtsmonate gestiegen. In der allgemeinen Lage des Wohnungsmarktes hat sich infolge der schon längere Zeit andauernden grossen Beständigkeit der Mietverhältnisse keine Änderung ergeben.

Silberne Hochzeit. Der Rathauskellermeister Josef Lechner beging heute mit seiner Gattin Betty das Fest der silbernen Hochzeit. Aus diesem Anlasse wurde bei den Piaristen im 8. Bezirk eine stille Messe gelesen. Lechner, welcher seit dem Bestande des Rathauskellers in den Diensten der Stadt Wien steht, erfreut sich allgemeiner Sympathien und dem Jubelpaare wurden anlässlich der silbernen Hochzeit zahlreiche Glückwünsche übermittelt.

Hebammenkurs. Am 1. März l.J. beginnt an der k.k. Hebammenlehranstalt in Wien ein fünfmonatlicher Kurs zur Ausbildung von Hebammen, in welchen Frauen aufgenommen werden, welche das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten und, wenn sie ledig sind, das 24. Lebensjahr vollendet haben. Die näheren Bedingungen für die Aufnahme in den Hebammenkurs sind bei der Direktion der Hebammenlehranstalt im 1. Bezirk, Herrengasse 11 (Sanitäts-Departement der Statthalterei) einzusehen und auch über schriftliches Ansuchen erhältlich.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Wieden hält am 19. d.M. 1/5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Zur Errichtung von Abendheimen. Frau Helene Granitsch hat im Gemeinderatsausschuss für Wohnungsfürsorge die Errichtung von Abendheimen für den Mittelstand angeregt. Ueber diese Angelegenheit legte StR. Angermayer in der letzten Stadtratsitzung einen längeren Bericht vor, in welchem er die Ausserungen und Erhebungen der Frauen-Arbeitskomitee sämtlicher Bezirke, der Bezirksvorstehungen und des Bezirksschulrates zur Kenntnis brachte. Es wurde festgestellt, dass die gesperrten Kaffee- und Gasthauslokalitäten grösstenteils in festen Händen sich befinden und für die Wiedereröffnung nach Kriegsende bereitgestellt sind. In den Bezirken stehen keine geeigneten Lokalitäten zur Verfügung, auch ist es schwierig Heizmaterial zu beschaffen. Der Stadtrat beschloss, dass für den Fall des neuerlichen Eintretens besonderer Kälte geeignete Räumlichkeiten in den städtischen Schulen der peripheren Bezirke bereitgestellt werden, um dort Kinder mittelloser Eltern in den Nachmittags- und Abendstunden unter entsprechender Aufsicht Gelegenheiten zur Erwärmung zu geben. Die Bestimmung der Lokale hätte die Magistrats Abteilung 15 im Einvernehmen mit dem k.k. Bezirksschulrate treffen und sich wegen allfälliger Beistellung einer Abendkost mit Herrn Obermagistratsrat Dr. Don't namens der Ausspeisungsaktion ins Einvernehmen zu setzen. Von der Errichtung und Instandhaltung besonderer Abendheime durch die Gemeinde für Erwachsene wolle Abstand genommen werden. Sollte noch eine Kälteperiode von besonderer Strenge und Dauer eintreten, dann wären als einzige Hilfsmöglichkeit die Schulen in erweitertem Masse für Kinder und Erwachsene als Notwärmestuben heranzuziehen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang - Wien, Dienstag, 12-Februar 1918. Nr. 41.

Die Stadt Wien und der Friedensschluß.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Leiter der Kabinetts-Kanzlei nachstehendes Schreiben gerichtet:

Der hochherzige Friedenswille unseres geliebten Kaisers hat den ersten gewaltigen Erfolg aufzuweisen, indem der Kriegszustand im Osten beendet worden ist.

In diesem denkwürdigen Momente blickt die Bevölkerung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien voll innigster Ehrfurcht und Dankbarkeit zum Throne ihres gütigen Monarchen empor und preist mit ihm den Allmächtigen, dessen Walten den Bestand und die Freiheit des Vaterlandes gegen eine erdrückende Uebermacht von Feinden gerettet hat.

Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß die Herbeiführung des Friedens, indem wir uns nun mit einem Teile unserer früheren Feinde befinden, nächst Gott dem Geiste der Menschlichkeit zu danken ist, von dem Seine Majestät und Allerhöchstderen Regierung beseelt ist, und unvergessen in der Geschichte werden die Worte der Thronrede bleiben, in welcher angekündigt wurde, dass unsere Mächtegruppe gerne bereit bleibt, den Streit zu begraben und jedem gegenüber, der es aufgibt, uns zu bedrohen und wieder bessere menschlichere Beziehungen anknüpfen will, ein bereitwilliges vom Geiste der Versöhnlichkeit getragenes Entgegenkommen erweisen wird. Der Geist der Versöhnlichkeit hat gesiegt und uns der Hoffnung näher gerückt, daß unserem Vaterlande bald die Segnungen einer uneingeschränkten friedlichen Entwicklung beschieden sein werden.

Mit diesem zukunftsfrommen Ausblicke entbietet die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in den Tagen des ersten Friedensschlusses ihrem geliebten Monarchen den ehrfurchtsvollsten Gruß und den innigsten Dank und unterbreitet Allerhöchstdemselben die aus den Herzen aller kommenden Glück- und Segenswünsche.

Ich gebe mir die Ehre Euer Exzellenz zu ersuchen, diese Kundgebung an die Stufen des Allerhöchsten Thrones gelangen zu lassen.

x

x

x

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird morgen (Mittwoch) 3 Uhr nachmittags den Minister des Aeußeren Grafen Czernin bei seiner Ankunft am Nordbahnhof an der Spitze der Gemeindevertretung begrüßen und ihm den Dank der Wiener Bevölkerung für seine erfolgreiche Tätigkeit in der Friedensfrage zum Ausdruck bringen.

42

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.

Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 12. Februar 1918. Nr. 42.

Beerdigungen auf dem Zentralfriedhof. Im Jahre 1917 wurden auf dem allgemeinen Teile des Wiener Zentralfriedhofes 25.665, auf der israelitischen Abteilung 2731 zusammen 28.396 Leichen beerdigt, um 3879 mehr als im Vorjahre. In Ehrengräbern wurden im Jahre 1917 Hofbildhauer Franz Schönthaler, Schriftsteller Dr. Ludwig Psenner, akademischer Maler Johann Michael Kupfer und die Wohltäter Edmund Gratz, Katharina, Franz und Anna Smejkal bestattet. In der von der Gemeinde Wien gewidmeten Kriegergrabstätte wurden im Vorjahre in Offiziersgräbern 126, in Mannschaftsgräbern 3058, zusammen 3184 Krieger beerdigt. Insgesamt sind seit Kriegsbeginn dort 9499 Krieger (414 Gagen und 9085 Mannschaftspersonen) begraben worden.

Tod eines Fliegers. Der der Fliegergruppe zugeteilte Oberleutnant in einem Artillerieregimente Josef Lifka ist am 31. Jänner in Fortebuffole im Luftkampfe gefallen und wurde dort beerdigt.

Anerkennung. Der Stadtrat hat dem Feuerwehrinspektor Cornelius Holler für seine verdienstvolle Tätigkeiten bei den Bränden im Jahre 1917 die volle Anerkennung ausgesprochen.

Gräberausschmückung. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die bedeutende Steigerung der Preise der Pflanzen, welche zur Gräberausschmückung verwendet werden, die für die Ausschmückung und Beleuchtung der Gräber und Gräfte in den Eigenregie - Friedhöfen festgesetzten Beträge bis auf weiteres um 100 % zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in der Durchführung des Gräberausschmückungsdienstes wurden die Friedhofsverwaltungen angewiesen, Ausschmückungen von Grabstätten nur insoweit zu übernehmen, als die rechtzeitige Ausführung der Bestellungen im Hinblick auf die verfügbaren Arbeitskräfte und das vorhandene Pflanzen- und Werkzeugmateriale voraussichtlich möglich ist.

II/81

43
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michew,**
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 13. Februar 1918. Nr. 43.

Die Begrüssung des Grafen Czernin.

Dem Minister des Aeussern Grafen Czernin, welcher heute nachmittags 3 Uhr aus Brest-Litowsk auf dem Nordbahnhofe einlangte, wurde seitens der Bevölkerung ein ausserordentlich herzlicher Empfang bereitet. Auf der Strasse vom Nordbahnhofe bis zum Tegetthof-Denkmal hatte sich zahlreiches Publikum angesammelt. Auf dem Anknüpfungsperson hatte sich die Wiener Gemeindevertretung mit dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den VB. Hierhammer, Hoss und Rain zur Begrüssung eingefunden. Die Mitglieder des gemeinderätlichen Bürgerklubs und der freiheitlichen Partei waren fast vollzählig erschienen. Ferner hatten sich eingefunden: ^{Landmarschall Prinz Liechtenstein} der Obmann des Vollzugsausschusses der deutsch-nationalen Partei Dr. Waldner, vom christlich-sozialen Reichsratsklub Abgeordneter Jodok Fink, ferner Polizeipräsident Gayer, sämtliche Bezirksvorsteher mit vielen Bezirkräten, die Oberbeamten des Magistrates unter Führung des Magistratsdirektors Dr. Nüchtern und viele andere Gemeindefunktionäre.

Ferner waren erschienen: die Gatfin des Ministers des Aeussern Gräfin Czernin mit Grafen Demblin, die Gemahlin des bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawov, die Gemahlin des bulgarischen Gesandten Toscheff, der bulgarische Geschäftsträger Djebaroff und der bulgarische Generalkonsul Stiassny.

Ferner sah man den Nordbahndirektor Sektionschef Dr. von Rudel, Direktor Stellvertreter Hofrat Saurau, Betriebsinspektor Oberstaatsbahnrat Zahradnik, den Bahnhofsvorstand Oberinspektor Sausele, Oberstaatsbahnrat Blumenthal und kaiserl. Rat Ingenieur Richard Beck, vom Bahnhofkommando die Oberleutnants Herzfeld, Hauser und Reichsfeld,

Punkt 3 Uhr fuhr der Sonderzug in die Halle, Bürgermeister Dr. Weiskirchner ging dem Grafen Czernin, der als erster ausgestiegen war, entgegen und hielt an ihn nachfolgende Ansprache:

Nach weltgeschichtlichen Tagen in Brest-Litowsk sind Eure Exzellenz in die Reichshaupt und Residenzstadt zurückgekehrt. Sie sehen hier um sich versammelt die Vertreter der Gemeindeverwaltung als Vertreter der gesamten Wiener Bevölkerung. Wir haben uns hier eingefunden, um Eure Exzellenz dankbar herzlichen Willkommgruss zu entbieten, denn Sie bringen uns den ersehnten Frieden mit der Volksrepublik der Ukraine, Sie bringen das Ende des Krieges mit Russland, Sie bringen uns den Brotfrieden des Ostens, der den oferwilligen Duldern des Hinterlandes das Ende der Entbehrungen verheisst.

Für all Ihr Mühen und Sorgen, für das, was Sie getreu den edlen Intentionen unseres erhabenen Monarchen im Vereine mit den treu bewährten Bundesgenossen am Friedenswerke gewirkt, geschaffen und erreicht haben, wollen wir Bank sagen. Aus übervollem Herzen finde ich nur das einfache schlichte Wort: Vergelte es Ihnen Gott, Graf Czernin! Sie haben den armen kriegsgepeinigten Völkern einen unschätzbaren, unsterblichen Dienst erwiesen. Dem Dank darf ich eine Bitte namens der Bevölkerung anfügen: Ich bitte Eure Exzellenz, mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass unsere Söhne und Brüder, welche durch Monate ^{zurück} Jahre in Kriegsgefangenschaft schmachten, bald in unsere Arme zurückkehren mögen zur heimatlichen Erde.

Möge Gott Ihre weiteren Wege segnen. Wir haben erst nur einen Teil des Friedens erlangt, wolle der Herr Sie aber stärken, damit es Ihnen gelinge, auch den allgemeinen Frieden den Völkern Europas zu bringen. Mit unbegrenztem Vertrauen blicken wir auf ^{Eure Exzellenz} Sie sind

der Volksdiplomate, der die Seele des Volkes erfährt und der nicht nur treu seinem Kaiser und Herrn dient, sondern auch dem Volke gibt, was des Volkes ist.

Sie, meine Herren, lade ich ein, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser Minister Graf Czernin, der Friedensbringer, er lebe hoch!

Die Versammelten, welche die Rede des Bürgermeisters wiederholt mit lebhaftem Beifall unterbrochen hatten, brachten ein stürmisches Hoch auf den Minister des Aeusseren aus.

Minister des Aeussern Graf Czernin erwiderte: Gestatten Sie, dass ich Ihnen herzlichsten Dank dafür ausspreche, dass Sie die Liebenswürdigkeit hatten, mich hier zu begrüßen und ich danke Ihnen, Exzellenz, für die wohlwollenden Worte, die Sie an mich zu richten die Güte hatten. Mein erstes Wort auf dem heimatlichen Boden ist heisser unbegrenzter Dank für unsere ruhmvolle, siegreiche Armee, für unsere Völker in Waffen und unserem obersten Kriegsherrn, unseren allgergnädigsten Kaiser. Sie haben den Frieden erstritten, sie ganz allein und ihnen gebührt unser tiefster Dank. (Lebhafter Beifall). ^{Wird Tac. wie historischer Moment, in dem wir uns befinden.} Der Friede von Brest ist in doppelter Beziehung bedeutungsvoll.

Er bringt uns erstens dem allgemeinen Frieden ein bedeutendes Stück näher. Nach langer Nacht beginnt es zu tagen, am Horizonte zeigt sich die erste zarte Morgenröte der kommenden ^{Friedenszeit} Friedenszeit. Das was in Brest geschehen ist, ist noch nicht das Ende des Weltkrieges, aber es ist der Anfang vom Ende. Nicht nur politische Krankheiten sind ansteckend, auch politische Genesungen und auch der Friede wird ansteckend wirken, das wird die Zukunft beweisen. Die Ergebnisse von Brest sind aber auch bedeutungsvoll in wirtschaftlicher Beziehung. Am 9. Februar um 2 Uhr morgens ist durch Unterzeichnung des Friedensvertrages die würgende Blockade durchbrochen worden. Eure Exzellenz haben ganz richtig gesagt, es ist ein Brotfriede, es ist dies das Gegenteil dessen, was gehässiger Weise Hungerfriede genannt wird. Es ist gewiss, dass die Schwierigkeiten des Transportes noch bedeutende sind, aber es ^{findet} alle Vorkehrungen getroffen, das Werk ist im Zuge und wenn sich die Verhältnisse auch nicht rasch ändern, nicht von Tag zu Tag, so wird doch von Woche zu Woche von Monat zu Monat eine Besserung eintreten.

Was unsere in Russland befindlichen Kriegsgefangenen anbelangt, so haben wir die positive Versicherung, dass sie alle freigegeben werden. Wir haben alle Vorkehrungen getroffen und was menschenmöglich ist, wird geschehen, damit sie so rasch als möglich in die Heimat zurückkehren können. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass Russland in den Krämpfen des Bürgerkrieges liegt, es sind dies grosse Erschwernisse, wir hoffen aber auch mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Auch die Ukraine leidet unter einem Bürgerkrieg, das kann und wird noch viele Schwierigkeiten bereiten, trotzdem bin ich durchaus hoffnungsvoll.

Wenn jemals Zuversicht berechtigt war, so ist dies heute der Fall. Ich bin fest überzeugt, noch etwas durchhalten und der ehrenvolle allgemeine Friede wird erreicht sein.

Die Rede des Grafen Czernin wurde wiederholt besonders an ihren markanten Stellen und am Schlusse mit lebhaftem begeisterten Beifall aufgenommen.

Exzellenz Czernin begrüßte sodann Landmarschall Prinz Liechtenstein, worauf Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Minister die Abgeordneten Dr. Waldner und Josef Fink, sowie die VB. Hierhammer, Hoss und Rain vorstellte.

Die Erschienen begleiteten sodann den Minister zum Bahnhofsausgange, wo sie sich mit neuerlichen lebhaften Hochrufen verabschiedeten.

Auf der Fahrt in die Stadt wurde Minister Graf Czernin von der auf den Zufahrtsstrassen zum Nordbahnhofe zahlreich angesammelten Menge mit lebhaften Ovationen begrüßt.

44

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Donnerstag, 14. Februar 1918. Nr. 44.

Aus dem Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner überraichte heute vormittags den Armenräten 16. Bezirkes Franz Eigner, Andreas Madel, Franz Morawa, Franz Schroll, Heinrich Steinruck und der Waisenrätin Alosia Jedlicka, sowie den Armenräten des 18. Bezirkes Heinrich Jeitner, Josef Kral, Franz Sauer, Johann Weiser, Josef Zehmann und Gr. Rudolf Solterer Diplome als Armenräte. In seiner Ansprache dankte der Bürgermeister den Herren für ihre verdienstliche Tätigkeit und fügte bei: Vor Jahren hat mein grosser Vorgänger Dr. Lueger in der geschlossenen Armenpflege bahnbrechende Reformen durchgeführt und an den Hängen des Tiergartens an der Grenze unserer Stadt in herrlicher Lage ist das Versorgungshaus gebaut worden. Leider war es ihm und auch mir bisher durch die Kriegsverhältnisse nicht möglich, auch der geschlossenen Bürgerarmenpflege ein ähnliches Heim zu bereiten. Insbesondere schmerzt es mich, dass ich noch nicht Bürgerhepaaren ein eigenes Heim, Ehepaarpavillons zur Verfügung stellen konnte. Wir hoffen aber alle auf die baldige Beendigung dieses unseligen Weltkrieges und dann wird es eine meiner ersten Sorgen sein, auch für die Bürgerversorgung eine Stätte zu schaffen, auf welcher arme Ehepaare in Ruhe ihr Dasein verbringen und den Lebensabend vereint miteinander führen können. (Beifall).

Der Bürgermeister händigte hierauf dem Exerziermeister der städtischen Feuerwehr Franz Schiener und dem Löschmeister Franz Dietz Ehrengeschenke ein und nahm schliesslich die Beeidigung der neuernannten Wiener Bürger vor. Er betonte in seiner Ansprache, dass das Wiener Bürgerrecht eine Auszeichnung sei, da seine Erwerbung an gesetzliche ^{Bedingungen} geknüpft ist und fuhr fort: Wenn ich auf eine Zeit von 20 Jahren zurückdenke, so kann ich wohl mit Stolz darauf hinweisen, was aus Wien geworden ist, welche mächtige Einrichtung, welche schöne Anlagen geschaffen worden. Es ist das Verdienst des Wiener Bürgertums, daran mitgearbeitet zu haben, zur Grösse, zur Ehre, zum Ruhm und Ansehen unserer geliebten Vaterstadt. Wiens Bürgerschaft hatte gestern Gelegenheit unseren Minister des Aeussern Grafen Czernin am Nordbahnhof zu begrüßen und ihm den Dank für sein Werk des Friedens zum Ausdruck zu bringen. Graf Czernin konnte erwidern, dass doch ein Teil des Friedens erreicht ist und dass er nimmermüde weiterschaffen werde, um auch den lange gepeinigten Völkern Europas insbesondere aber unseren Duldern des Hinterlandes den allgemeinen Frieden zu bereiten. Es hebt doch die Brust der Gedanke, dass dieser unselige Weltkrieg, der so viele Millionen Menschenopfer und Milliarden an Wertverlusten der Welt gebracht hat, ein Ende nehmen wird. Kommen dann Friedenszeiten, dann lade ich Sie ein, mit Ihrem Bürgermeister mitzuarbeiten, damit wir für die Bevölkerung Verdienst schaffen, lang gehegte Projekte zur Ausführung bringen, damit wieder frisches wirtschaftliches Leben durch die Strassen und Plätze unserer Stadt pulsiert. Der Bürgermeister erinnert an den Eid, der nebst Treue zu Kaiser und Reich auch die Pflicht enthält, vor allem den deutschen Charakter der Stadt zu wahren und zu schützen. Ich kann mir Wien, diese alte Kultur- und Kaiserstadt nicht anders denken, als dass sie eine deutsche Stadt ist und bleibt für alle Zeiten. Ich rechne auf Ihre Unterstützung als treue weisse Garde Wiens. (Lebhafter Beifall.)

Städtische Strassenbahnen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schneider, bis zur Schaffung endgiltiger Verhältnisse die Linie 10 über die Hadikgasse bis zum Stockgeleise bei der Nisselgasse nächst der Hietzinger - Brücke zu führen.

Angabe des Mietzinses bei Vermietungen. In der heutigen Stadtrates berichtete VB. Rain über die Eingabe der Vereinigung deutsch-christlicher Mieter Niederösterreichs betreffend die Angabe des Mietzinses an Haus-turen bei Vermietungen. Es wurde beschlossen, die Eingabe dem Ministerium für soziale Fürsorge zur Erwägung bei der Erlassung eines Wohnungsgesetzes vorzulegen.

W I E N E R S T A D T R A T ,

Sitzung am 14. Februar 1918.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die VB. Hierhammer, Hoss und Rain:

Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird die Drucklegung der Schrift „Gesetze, Verordnungen und Erlässe betreffend den staatlichen Unterhaltsbeitrag“ mit dem Kostenbetrage von 1400 Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Schwer wird der Schriftleitung „Velhagen & Klasing Monatsheften“ die angesuchte Wiedergabe des im Besitze des städtischen Museums befindlichen Gemäldes „Arbeitszimmer der Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach“ von Aláis Hähnisch zur Veröffentlichung in ihrer Zeitschrift bewilligt.

Anlässlich des 80. Geburtstages des Bildhauers Professor Otto König wurde der Professor Julius Schmid mit der Schaffung eines lebensgrossen Bildes für die städtischen Sammlungen betraut.

Nach einem Antrage des StR. Tomola wird die Anschaffung von 910 Paar Schuhen zur Beteiligung armer Kinder an den öffentlichen Kindergärten der Gemeinde Wien mit den Kosten von 18.200 Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Knoll werden die jährlichen Betriebskosten der herzustellenden elektrischen Beleuchtung mit Glühlampen auf dem Bahnübergangsteg, welcher anlässlich der Unterfahrung der Staatseisenbahngesellschaft im Zuge der Erzherzog Karl Strasse in Stadlau zu errichten ist.

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Beschaffung von Spiegelglas für die städtischen Strassenbahnen mit dem Gesamtbetrage von 56.490 Kronen genehmigt.

Zur Kundgebung der Stadt Wien anlässlich des Friedensschlusses. In Erwiderung der vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner anlässlich des Friedensschlusses mit der Ukraine dem Kabinettsdirektor behufs Vorlage an den Kaiser übermittelten Zuschrift hat der Kabinettsdirektor an den Bürgermeister nachstehendes Telegramm gesendet: Seine Majestät haben die tiefinnige Kundgebung aus Anlass des vollzogenen ersten Friedensschlusses mit Freude und Wohlgefallen entgegenzunehmen geruht und danken huldvollst Eurer Exzellenz und der gesamten Bevölkerung für den erneuten Ausdruck oft bewährter Treue und Ergebenheit. Auch geben Seine Majestät sich gerne mit Allen der vertrauensvollen Zuversicht auf Gottes Hilfe für einen baldigen allgemeinen Frieden in Ehren hin.

Wiener Bank - Verein. Mittels Kundmachung wird auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlung und des Administrationsrates vom 12. Februar 1918 den Aktionären des Wiener Bank - Verein das Bezugsrecht für die neu zur Ausgabe gelangenden 75.000 Stück Aktien mit Dividenden - Berechtigung ab 1. Jänner 1918 zum Preise von K 580.- telquel für jede neue Aktie in der Weise eingeräumt, dass auf je 5 alte Aktien eine neue Aktie entfällt.

21. Jahrgang, Wien, Freitag, 14. Februar 1918. Nr. 45.

Ernennung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt: Zu definitiven katholischen Religionslehrern: Ignaz Nowotny, Franz Lang, Johann Dunkel und Friedrich Hauchenwald; zu Bürgerschullehrern für die 1. Fachgruppe Raimund Niedler und Eduard Stürzer; für die 2. Fachgruppe Johann Eisner, Franz Svolba, Georg Feschl, Franz Koschabeck, Karl Wimmer und Friedrich Bertschinger; für die 3. Fachgruppe Franz Topitsch, Richard Wimmer, Franz Zwanziger, Rudolf Kien und Josef Matzenauer; zu Bürgerschullehrerinnen für die 1. Fachgruppe Anna Zwick, Antonie Eglauer, Auguste von Rossek, Eugenie Bauer, Hilda Otto, Anna Guth, Dr-Georgine Holzknecht und Anna Beck; für die 2. Fachgruppe Sophie von Hoisegg, Emilie Blaha, Hermine Altmann, Helene Blaha, Luise Smola, Alice Boschina, Emilie ^{für die 3. Fachgruppe:} Vieser, Friederike Adler, Maria Petershofer, Auguste Neumann, Mathilde von Fulletz, Hedwig Fiala, Anna Hofer und Johanna Linke; zu Volksschullehrern 1. Klasse Rudolf Krenn, Karl Riskam, Franz Waissnix, Josef Körner, Albert Puza, Johann Schösser, Rudolf Heinrich Kopečný, Julius Hula und Johann Provinn; zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse Therese John, Marie Kalusch, Anna Mraz, Anna Maierhofer, Auguste Braun und Angela Steinbach; zu Volksschullehrern 2. Klasse Franz Wurst, Engelbert Holzer, Richard Riess und Leopold Karl Wacek; zu Bezirksaushilfslehrern mit dem Standorte an Knabenbürgerschulen Oskar Tham, Oskar Barta und Karl Siegl; zu Bezirksaushilfslehrern mit dem Standorte an Knabenvolksschulen Julius Edelmann, Friedrich Dankel, Alois Herglotz und Karl Buda; zu Bezirksaushilfslehrerinnen mit dem Standorte an Mädchen Volksschulen Wilhelmine Jerlan, Amalie Eichler, Margarete Vogelhuber, Marie Schranckell, Afra Kroiß und Theodora von Kirnbauer.

Broterzeugung. Das Amt für Volksernährung hat sich mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse veranlasst gesehen, die Mehlausbeute bei der Broterzeugung einheitlich für Brotfabriken und Kleinbäckereibetriebe im Verhältnisse von 5 : 7 festzusetzen. Demnach erhalten nunmehr Bäcker wie Brotfabriken zur Erzeugung des Einheitsbrotes von 840 g nur 600 g an Mehl zugewiesen.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss dem Ansuchen des Kanzlei-Direktionsadjunkten Johann Merio um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Strassenregulierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Dr. Haas die Strassenherstellung in der Schnirchgasse von der Schlachthausgasse bis zum Franzosengraben und längs des letzteren zwischen der Schnirchgasse und der Erdbergerlände im 3. Bezirk als Zufahrt zum Massengüterbahnhofe der k.k. Staatsbahnen mit dem Gesamtkostenerfordernisse von 235.332 Kronen genehmigt. Ein Teil der Kosten wird von der Direktion für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft und von der Donauregulierungskommission getragen.

450

16/II

Höchstpreise für ungarisches Wild. Die Höchstpreise für ungarisches Wild wurden wie folgt bis auf Weiteres festgesetzt: Hasen über 3 kg ohne Fell K 21.50, Hasenbraten (Rücken und Läufe) K 16.50, Hasenjunge K 5.-, Hasenrücken K 9.-, Hasenlauf K 8.- ; Rehfleisch per kg und zwar Schlägel und Rücken K 21.-, Schulter K 14.80, Hals und Brust K 7.-; Fasanhähnen K 19.-, Hennen K 16.-, Rebhühner K 8.- je per Stück. Hirsch und Wildschweinfleisch per kg Schlägel und Rücken 17.50, Schulter K 13.50, Hals und Brust K 19.50 je per kg in ganzen Stücken; Schlägel und Rücken K 18.20, Schulter K 14.- Hals und Brust K 9.50 je per kg ausgeschrottet; Schlägel K 22.50, Filet K 27.- Schulter K 18.- je per kg ausgelöst ohne Knochen und Zuwage.

Wohlfahrtsfleisch. Um der ärmeren Bevölkerung der äusseren Teile des 13. Bezirkes den Bezug von Wohlfahrtsfleisch zu erleichtern, gelangt jeden Mittwoch und Samstag auch im Stände der Grossschlächterei in der Lainzerstrasse Fleisch für Mindestbemittelte zur Ausgabe.

Kammermusik Abende des Wiener Sängerbundes. Dem Schubert Abende (1. Dezember v.J.) folgte vor Kurzem im Kammermusiksaale des Musikvereinsgebäudes ein Mozart Abend mit schönstem Erfolge. Die Vortragsordnung hatte Vereins-Chormeister Freiherr Wodniansky mit auserlesenen Geschmack zusammengestellt. Die mitwirkenden Kunstkräfte Hedi Kreitä, Trude Zerner und Arthur Feinsinger (Klavier) Paula von Hentke und Martha Holdorff (Gesang), Marie Hilger (Geige), Else Hilger (Cello) und Grete Hilger (Klavier) boten mit dem Vortrage wahrer Perlen aus den Mozart'schen Werken Vortreffliches.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Veransgeber und verantw. Redakteur Franz Michzeu,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Samstag, 16. Februar 1918. Nr. 46.

Abgabe von Dörrgemüse. In der kommenden Woche wird mit der Abgabe von Dörrgemüse begonnen. Zunächst werden Möhren abgegeben, die Abgabe erfolgt gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines und Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 25. An jeden Haushalt bis zu 3 Mitgliedern werden 10 dkg, an die grösseren Haushaltungen 15 dkg abgegeben. Der Kleinhandelspreis beträgt K 1'12 für 10 dkg, K 1'68 für 15 dkg. Die Ware wird in städtischen Abgabestellen, die als solche bezeichnet sind und von den Konsumentenorganisationen abgegeben.

Abgabe von Kondensmilch. In der kommenden Woche vom 18. bis einschliesslich 23. d.M. gelangt bei denjenigen städtischen Mehlabgabestellen, bei welchen Reis aus der italienischen Beute an Kinder bis zu 6 Jahren, sowie Nahrungsmittelzubussen an schwangere und stillende Mütter erhältlich waren, Kondensmilch zu Abgabe und zwar nur für jene Personen, welche hinsichtlich des Bezuges von Mehl bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind. Bezugsberechtigt sind mindestbemittelte Haushalte von mindestens 4 Köpfen. Die Abgabe erfolgt gegen Vorweisung der amtlichen Einkaufscheine für Mindestbemittelte (grün, blau und braun) sowie Abtrennung des Buchstaben Z der Bezugskarte für städtische Mehlabgabestellen (rosa und gelb). Auf jeden mindestbemittelten Haushalt von mindestens 4 Köpfen entfällt eine Dose. Der Preis beträgt per Dose Magermilch K 2'50.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $1\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes F der Kartoffelkarte.

Butterpreise. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden mit K 2'10 für ausgeschnittene und K 2'13 für paketierte Ware festgesetzt.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Die Fleischabgabe an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufscheine konnte auch für die 48. Woche gesichert werden. Da die Transporte aber in Wien noch nicht eingelangt sind, ist eine kleine Verzögerung unvermeidlich gewesen. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird Fleisch in der bisherigen Menge und zwar Schafffleisch zum Preise von 3 K 60 h für 1 kg gegen Abtrennung des Buchstaben U in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschächtereie erhältlich sein und zwar: Mittwoch A - F, Donnerstag G - K, Samstag L - R und Montag, 25. Februar S - Z.

Erzherzogin Isabella in der Dänischen Deckenaktion für die Wiener Kriegerheimstätten. Der Betrieb der seit Jahren erfolgreich tätigen „Dänischen Deckenaktion“ die sich der Organisation der Wiener Kriegerheimstätten angeschlossen hat, wurde vor kurzem durch den

Kriegerheimstättenfonds unmittelbar übernommen. Dank dem besonderen Entgegenkommen des Arbeitsministeriums fand die Aktion im Gebäude der Universitätsinstitute 9. Währingerstrasse 32 einstweilige Arbeits- und Lagerräume, die gestern von der Schutzfrau der Aktion Erzherzogin Isabella eingehend besichtigt wurden. Die Erzherzogin, welche der Unternehmung seit Anbeginn ihre Teilnahme und wirksame Förderung widmet, erschien in Begleitung der Erzherzogin Maria Alice und der Baronin Ludwigstorff und wurde von der Präsidentin des Damenkomitees Frau Medinger und dem administrativen Berichterstatte des Kriegerheimstättenfonds Magistratsrat Dr. Sagmeister empfangen. Nach Vorstellung der Mitglieder des Damenkomitees (der Frauen Professor Fränkl Herdtle, Serema Lederer und Thonet-Wurmb), des Beirates des Kriegerheimstätten Kuratoriums Hofrat Maresch und des mit der Kontrolle betrauten städtischen Rechnungsrates Gheral wurden die eben in Ausführung begriffenen Arbeiten und Lieferungen besichtigt und besprochen. Angesichts der Rohstoffverhältnisse erzeugt die Aktion derzeit neben den sogenannten dänischen Decken noch verschiedene aus den jeweils erhältlichen Stoffen herstellbare Bedarfsgegenstände. Ausser den vielen Tausenden gelieferten Schuhen wird insbesondere an solchen Bekleidungsstücken für Kinder gearbeitet, bei welchen auch kleine Tuchreste und Abfälle nutzbringend verwertet werden können. Erzherzogin Isabella hat persönlich Muster für Kinderstrümpfe aus Tuch entworfen, welche jetzt nach Massgabe der erhältlichen Materialien erzeugt werden. Ebenso werden warme Kinderwesten, Handschuhe etc. hergestellt. Nach Vollendung der Kaiser Karl Kinderheimstätte Asperr werden die bedeutenden Mittel der Aktion (über 600.000 Kronen) als Erzherzogin Isabellenfonds dazu dienen, den angesiedelten Kriegern Arbeits- und Erwerbsgelegenheit zu bieten. Die Schutzfrau sprach jeden einzelnen der in Betriebe tätigen Invaliden und verschiedete sich nach fast zweistündigem Verweilen vom Berichterstatte Dr. Sagmeister und den Damen und Herren der Aktion mit der Versicherung, dem Unternehmen auch fernerhin ihr Wohlwollen zu bewahren.

Die Beschaffenheit des Pferdefutters. In der letzten Stadtratsitzung brachte StR. Körber die überaus schlechte Qualität des Pferdefutters in Wien zur Sprache und verlangte, dass die Futtermittelzentrale den derzeit bestehenden Uebelstand baldigst beseitige, da sonst für den gesamten Fuhrwerksbetrieb Wiens die Gefahr bestehe, dass er den gestellten Anforderungen weiterhin nicht mehr entsprechen könne. StR. Körber sowie StR. Jung hatten Proben des jetzt ausgegebenen Pferdefutters zur Ansicht mitgebracht, die ein Beweis dafür waren, dass die von allen Seiten vorgebrachten Klagen und Beschwerden vollkommen gerechtfertigt sind. An der Wechselrede im Stadtrate beteiligten sich VB. Rain sowie die StRs. Angermayer, Grünbeck, Hötzel und Jung. Die Bezeichnung „Kommunefutter“, die für das Pferdefutter in Gebrauch ist, ist vollkommen unrichtig, da die Gemeinde Wien an der Futtermittelversorgung in keiner Weise beteiligt ist.

Bezirksratsitzungen. Donnerstag, den 21. Februar um 5 Uhr nachmittags halten die Bezirksvertretungen Leopoldstadt und Mariahilf Sitzungen ab.

Silberne Hochzeit. Dieser Tage beging GR. Franz Schwarz, welcher seit dem Jahre 1900 dem 4. Wahlkörper des Bezirkes Mariahilf vertritt, mit seiner Gattin Karoline im engsten Familienkreise das Fest der Silbernen Hochzeit. Dem Jubelpaare sind von der Bezirksvorsteherung, dem Armeninstitute und vielen sonstigen Korporationen und Vereinen Glückwünsche zugekommen.

Aus dem Rathaus. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Zur Einführung der Lustbarkeitssteuer. Heute vormittags fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner aus Anlass des bevorstehenden Beginnes der Wirksamkeit der Gemeindeabgabe von öffentlichen Vorführungen (24. März 1918) eine Besprechung statt, welcher die Direktoren der Wiener Theater und der grossen Varietés sowie Vertreter des Magistrates beiwohnten. In seinen einleitenden Worten dankte der Bürgermeister den Direktoren für die bisherige Einhebung der freiwilligen Abgabe für Armenzwecke der Gemeinde Wien und für Kriegsfürsorgezwecke. Er führte weiters aus, dass die erstere freiwillige Abgabe durch die mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. Dezember 1917 erfolgte Genehmigung der Abgabeordnung nunmehr entfallen. Der freiwillige Beitrag für Kriegsfürsorgezwecke soll aber durch die neue Abgabe nicht gekürzt werden, und er stellte daher an die anwesenden Direktoren das Ersuchen, diese freiwilligen Beiträge auch weiterhin einzuheben. Direktor Dr. Beer gab den gestern einstimmig gefassten Beschluss des Direktorenverbandes bekannt, wonach sich die Direktoren mit der weiteren Einhebung der Beiträge für Kriegsfürsorgezwecke einverstanden erklärten. Er brachte gleichzeitig den Wunsch vor, der Bürgermeister möge sich beim Statthalter für die möglichste Einschränkung der bestehenden Verpflichtung, Freiplätze für die Behörden zur Verfügung zu stellen, einsetzen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sagte seine Unterstützung in dieser Richtung zu und versicherte ausserdem die Direktoren, dass der Magistrat bei der Durchführung der Abgabeordnung den berechtigten Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen und alle strittigen Fragen in möglichstem Einvernehmen mit ihnen zu lösen bestrebt sein werde.

Aus dem Rathaus. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag um 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammen.

47

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang Wien, Montag, 18. Februar 1918. Nr. 47.

Das goldene Hochzeitsfest des bayrischen Königs. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den bayrischen Gesandten Freiherrn von Tucher folgendes Schreiben gerichtet: Die herzlichen, aus den Gefühlen treuer Liebe entsprungenen Wünsche, die das bayrische Volk seinem erlauchten Königspaar zur goldenen Hochzeit darbringt, finden in der Wiener Bevölkerung aufrichtigen Widerhall. Die Wiener Bevölkerung verehrt in der erlauchten Person Sr. Majestät König Ludwig III. den treuen Bundesgenossen ihres geliebten Kaisers und den edlen Landesfürsten des stammverwandten Bayernvolkes, in der erlauchten Person Ihrer Majestät der Königin Marie Theresè Bayerns hochherzige Landesmutter, den edlen Spross unseres Kaiserhauses. Möge der Allmächtige die Regierung Sr. Majestät segnen und möge er das erlauchte königliche Jubelpaar in seinem Schutz behalten! Der ehrenvolle Friede aber, den wir zum Teile schon errungen haben und den auch die übrigen Feinde uns werden zugestehen müssen, möge dem bayrischen Volke und seinem Königshause eine segensreiche Zukunft und den Lohn für die Aufopferung bringen, die es mit dem gesamten deutschen Volke in diesem Kampfe für Recht und Freiheit tausendfältig bewiesen hat. Ich bitte Euer Exzellenz, Ihren Majestäten die tiefstergebenen Glückwünsche der k.k. Reichshaupt und Residenzstadt Wien gütigst unterbreiten zu wollen.

Das Gewerbe und die Uebergangswirtschaft. In der dieser Tage stattgehabten Versammlung der Landesverbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften berichtete der Präsident des deutsch-österreichischen Gewerbebundes über die „Uebergangswirtschaft und Demobilisierungsfragen“. Der Berichterstatter verwies auf die Schwierigkeiten, die jetzt für die Heeresverwaltung tätigen Unternehmungen wieder für die Friedenszwecke dienstbar zu machen. Dem ungeheuren Bedarf an Rohmaterialien, um die während der Kriegsdauer verschobenen Arbeiten auszuführen und dem Ersatz der durch die Kriegsereignisse vernichteten Produkte des gewerblichen Fleisses stehe ein vollständiger Mangel von Rohprodukten gegenüber. Tausende von Kriegsbeschädigten erwarten bei ihrer Rückkehr die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz, welche ihnen gegeben werden müsse. Aber nicht nur vom Standpunkte der menschlichen Anteilnahme an dem Unglücke so vieler Familienerhalter, sondern auch von jenem der Aufrechterhaltung der staatlichen Organisation müsse diese Angelegenheit überprüft werden. Bei der Einsetzung des Generalkommissariates für Kriegs- und Uebergangswirtschaft seien fast durchwegs die verschiedenen Industriezweige berücksichtigt worden, von Gewerben wurde jedoch nur ein Verband für Lederverarbeitende Gewerbe innerhalb des Generalkommissariates errichtet. Eine kräftige Vertretung der gewerblichen Interessen lasse sich infolgedessen kaum erwarten und es sei mit Bedauern festzustellen, dass das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Heranziehung von im praktischen Erwerbsleben stehenden Personen dem Handelsministerium überhaupt nicht vorge-

schlagen habe. Es scheint, dass die grosse Bedeutung des bürgerlichen Mittelstandes zwischen Proletariat und Grossunternehmertum in ihrer ganzen unbedingten Notwendigkeit nicht vollständig erfasst sei. Der Referent beantragte folgende Entschliessung: Die Vollversammlung der Landesverbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften legt energisch Protest ein gegen die geradezu kränkende Nichtbeachtung des Gewerbestandes bei der Bestimmung der Mitglieder der staatlichen Kommission für Kriegs und Uebergangswirtschaft. Sie erwartet und verlangt entschieden, dass die in dieser Hinsicht gemachten Versäumnisse dadurch beseitigt werden, dass in der gedachten Kommission, genau so wie der Industrie und dem Handel auch dem Gewerbe, die seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung und seiner Steuerleistung entsprechende Vertretung zuteil werde. Sie erblickt in der ausgiebigen Heranziehung von Männern aus dem praktischen Gewerbeleben das einzige Gegengewicht gegen alle bürokratischen Verwaltungsmaxime und ist der Meinung, dass die Berufung von Gewerbetreibenden, sowohl im Interesse dieses hochwichtigen Standes, wie nicht minder in jenem des Staates selbst gelegen ist.

Ausserdem erscheint die Errichtung eines Wirtschaftsverbandes der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften als eine dringende Notwendigkeit, da nur hiedurch die wirksame Vertretung der Interessen des Gewerbestandes gewährleistet erscheinen. Die Versammlung beansprucht die angemessene Vertretung der Verbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften im Hauptausschusse des Generalkommissariates für Kriegs und Uebergangswirtschaft. Die Versammlung gibt daher ihrem Bedauern Ausdruck, dass das k.k. Arbeitsministerium es unterlassen hat, rechtzeitig Vorschläge dem k.k. Handelsministerium für eine solche gerechte Vertretung zu übermitteln.

Auch bei der Durchführung der Sachdemobilisierung wird unter allen Umständen die Mitwirkung der gewerblichen organisatorischen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften und Gewerbe-förderungs-institute gefordert. Es ist eine besondere, entsprechend grosse Quote der diesbezüglichen Materialien für den gewerblichen Mittelstand sicher zu stellen. Nach einer Debatte, an welcher sich Landtagsabgeordneter Krebs (Mähren), Ministerialsekretär von Pfersmann Kammerlieferant Zeller und Genossenschaftsvorsteher Wanderer beteiligten, wurde die Entschliessung mit einem Zusatz angenommen, in welchem festgestellt wird, dass das Kleingewerbe sich in Bezug auf Lieferungen für die Heeresbedürfnisse hervorragend betätigt und die vollste Anerkennung aller massgebenden Faktoren in rückhaltsloser Weise und uneingeschränktem Ausmasse erfahren hat.

Bezirksratssitzung. Die Vertretung des Bezirkes Innere Stadt hält Mittwoch, 20. d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Beförderung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des St.R. Tomola die Vorrückung nachstehender Lehrpersonen genehmigt: Irene Kulil, Marie Reither und Marie Trimmel zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Anna Lux, Anna Marchard, Rosa Schlesak, Martha Hörmann, Theodora Neuß, Theodora Faur, Anna Pfannhauser und Anna Zuber zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse, Maximilian Führung, Gustav Widhalm und Franz Badroth zu Volksschullehrern 2. Klasse.

48

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Dienstag, 19. Februar 1918. Nr. 48.

Krankenkostenzuschnitt für städtische Beamte. In der Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober v. J. hat GR. Hohensinner die Errichtung einer Krankenkostzuschusskassa für die städtischen Beamten und Lehrer angeregt. In der letzten Stadtratsitzung wurde hierüber ein eingehender Bericht erstattet, in welchem ausgeführt wird, dass es sich nicht empfehle, der Frage vor vollkommener Erklärung der für die Beurteilung dieser Angelegenheit massgebenden Verhältnisse und namentlich nicht früher näher zu treten, bevor die Stellungnahme des Staates und der Länder hinsichtlich der staatlichen Beamten und der öffentlichen Lehrpersonen bekannt ist. Der Stadtrat beschloss, die Angelegenheit im Auge zu behalten und im entsprechenden Zeitpunkt hierüber zu berichten.

Neubauer Männergesangsverein. Die von diesem Verein im grossen Konzerthaus zum Wohle der Deutschmeister-Witwen und Waisen mit dem besten künstlerischen Erfolg veranstaltete Konzert - Akademie förderte auch in materieller Hinsicht ein so glänzendes Ergebnis zutage, dass eine Abordnung des genannten Vereines, bestehend aus dem Vorstand Gemeinderat Zimmermann, Chormeister Professor Reim und Sangrat Bauer, den Betrag von 4000 Kronen dem Leiter dieses Fürsorgefondes Major Freiherrn von Udelga übermitteln konnte.

Die Wohnungsverhältnisse im Jahre 1917. Dem Stadtrate lag der Jahresbericht über die Tätigkeit des städtischen Wohnungsnachweises im Jahre 1917 vor. Der Nachweis wurde am 2. Mai 1917 eröffnet. Der ausserordentlich geringe Stand der leeren Wohnungen hat die Tätigkeit des Wohnungsnachweises ziemlich eingeschränkt. Die freiwillige Benützung des Nachweises war seitens der Mieter ziemlich lebhaft, seitens der Vermieter naturgemäss gering, weil fast jede gekündigte Wohnung unter der Hand weiter vergeben wird und kaum auf den Wohnungsmarkt gelangt, geschweige denn dass es zu einer Leerstehung kommt. Angemeldet wurden in der Zeit vom 2. Mai bis 31. Dezember 1917 insgesamt 10.897 Wohnungen abgemeldet wurden 8.855. Mehrfach geäusserten Wünschen entsprechend werden auch in jenen Bezirken, welche bisher in der Zentrale vereinigt waren, Filialen im Anschluss an die Dienstvermittlungstellen eröffnet. Die Abmeldung vermieteteter Wohnungen erfolgt trotz der bestehenden Strafandrohung und trotz der wiederholten Mahnung in der Presse sehr lässig. Die Zahl der Wohnungssuchenden betrug 13.084. In der dem Wohnungsamte angegliederten Auskunftstelle für die vermietenden Sommerwohnungen ist die Zahl der angemeldeten Wohnungen von 2496 im Vorjahre auf 900, die Zahl der vermieteten von 668 auf 228 zurückgegangen.

NB. Der heutigen Ausgabe liegt eine Verordnung des Magistrates über den Rindfleischbezug seitens Gastwirtschaften, Kriegsküchen etc. bei.

49

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michow,**

Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 20. Februar 1918. Nr. 49.

Erhebung des Rindfleischbezuges. Freitag, den 22. d.M. beginnt bei den zuständigen magistratischen Bezirksämtern die Anwendung des Rindfleischbezuges. Anmeldepflichtig sind: Rindfleischverarbeitende Selcher und Konservenfabriken, Hotels, Gastwirtschaften, Fremdenpensionen, Speisewirtschaften, Auskochereien, Kantinen, Messen, Klubs, Volksküchen, Kriegs-, Gemeinschafts- und Betriebsküchen, Bildungsanstalten, Klöster, Heilanstalten, Sanatorien, Versorgungshäuser, Waisenhäuser, Gefangenenhäuser u. dgl. Kaffeesieder und Delikatessenhändler, die bisher ~~sonst~~ Massen zubereitetes Fleisch abgegeben haben: die bisher Rindfleisch an ihre Mitglieder ~~abgebenden~~ Konsumentenvereinigungen, Lebensmittelmagazine und dgl. Die Anmeldepflichtigen, bzw. deren Vertreter haben als Legitimation den Gewerbeschein, Konzession, Ermächtigung des Anstaltsvorstandes oder Leiter des Lebensmittelmagazines u. dgl. mitzubringen, sowie auch Fakturen, Bezugsbücher etc. welche den tatsächlichen Rindfleischbezug bescheinigen. Es wird hier bemerkt, dass im Sinne der Verordnung unter Rindfleisch auch die Innereien zu verstehen sind. Die abzugebende Erklärung enthält den Rindfleischwochenbezug (einschliesslich Innereien), die bisherigen Bezugsquellen und die künftig gewünschte Bezugsquelle. Hierbei ist zu beachten, dass ein Anmeldepflichtiger, auch wenn er mehrere Betriebsstellen oder Abgabestellen hat, nur bei einer einzigen Bezugsquelle sein Gesamtquantum decken darf. Es ist daher für alle Betriebsstätten oder Abgabestellen nur am Sitze des Hauptgeschäftes die Anmeldung zu erstatten. Ferner kann ein Anmeldepflichtiger auch wenn er mehrere Betriebsstätten oder Abgabestellen hat, nur für alle entweder Extremfleisch oder Einheitsfleisch anmelden. Da das Volksernährungsamt bestimmen wird, wem Extremfleisch zugebilligt wird, hat jeder, der Extremfleisch zu beziehen wünscht, nebst der gewünschten Extremfleischbezugsstelle auch die Einheitsfleischbezugsstelle anzugeben, die ihm dieses Fleisch liefern soll, im Falle dass das Volksernährungsamt ihm den Extremfleischbezug nicht zuspricht. Fremdenpensionen, Anstalten und auf Mitglieder beschränkte Küchen haben die Anzahl der verköstigten Personen, Körperschaften die Anzahl der bisher Rindfleisch beziehenden Mitglieder anzugeben. Eine Vermehrung dieser Mitglieder darf nicht mehr stattfinden. Die Anmeldung findet beim zuständigen magistratischen Bezirksamte statt und zwar nach den Anfangsbuchstaben des Anmeldepflichtigen (Familienname, Firma, Anstaltsname, Vereinigungsname) u. zw. A - G am 22., H - L am 23., M - S am 25., Sch, St, T - Z am 26. d.M. in der Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Ueber die erfolgte Anmeldung werden Amtsbestätigungen ausgefolgt, die im Interesse des Anmelders gut aufzubewahren sind.

Eröffnung einer Kinderlesestube im 8. Bezirk. Der Reichverein für Kinderschutz in Verbindung mit dem Verein zur Pflege des Jugendspiels im 8. Bezirk eröffnete am 19. d.M. im Hause Florianergasse 33 eine einfache aber überaus hübsch eingerichtete Kinderlesestube. Zu der Eröffnungsfeier hatten sich eingefunden: Ministerialrat Fritsch und Hofrat Fieger vom Unterrichtsministerium, Hofrat Dr. Rieger vom n.ö. Landesschulrat, Dr. Zampis vom Ministerium für soziale Fürsorge, die

Bezirksschulinspektoren Gerstner, Schwalm und Zicker, StR. Schwer, GR. Rotter, kaiserl. Rat Dr. Karell, Dr. Spitzer, Frau Sterzschuß-Barber, der Gauobmann des deutschen Schulvereines Lustig, der Direktor der Tagesheimstätte Moll u. zahlreiche Schuldirektoren des 8. Bezirkes. Exzellenz Grünzweig eröffnete die eingache Feier und erteilte Frau Dr. Belem das Wort, die die Entstehungsgeschichte und den Zweck der Kinderlesestube darlegte. GR. Rotter empfahl die junge Einrichtung der wohlwollenden Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Nach einem wunderschönen Reigen, der von den Kindern der im selben Hause untergebrachten Tagesheimstätte vorgeführt wurde, würdigte Hofrat Dr. Rieger die Errichtung der Kinderlesestube als einen für die Kinder und das Volkstum segensreichen Akt der Jugendfürsorge, welche die Aufgabe übernommen habe, dort, wo die Kräfte der Familie versagen, helfend und rettend einzugreifen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler.
Wien, 1., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Donnerstag, 21. Februar 1918, Nr. 50.

Städtische Dienstvermittlungstelle Margarethen. Die Dienstvermittlung- und Wohnungsnachweisstelle für den 5. Bezirk ist vom Hause 5. Margarethenstrasse 100 in das Haus 5. Ramperstorffergasse 61 (Tel. Nr. 50.419) übersiedelt. Die Vermittlung von Dienstplätzen erfolgt für Dienstsuchende vollkommen unentgeltlich, für Dienstgeber gegen Entrichtung einer Einschreibgebühr von 50 h. Die Benützung des Wohnungsnachweises ist für Mieter und Vermieter kostenlos. Das Amt ist von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags geöffnet.

Zur Anmeldung des Rindfleischbezuges. Vom Wiener Magistrate wird mitgeteilt, dass bei der morgen (Freitag) für Gastwirte, Körperschaften etc. beginnenden Anmeldung des Wochenbezuges von Rindfleisch und Rindsinnereien diese beiden Fleischgattungen getrennt zur Aufnahme gelangen.

Die Interpellation Meixner im Stadtrate. In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen eingehenden Bericht über die vom Abgeordneten Meixner im Reichsrate in einer Interpellation vorgebrachten Ausführungen über die landwirtschaftliche Betätigung der Gemeinde Wien. Nach dem Antrage des Bürgermeisters wurde einstimmig und ohne Debatte nachfolgende Entschliessung genehmigt:

Der Wiener Stadtrat weist die in der Interpellation des Reichsrats-Abgeordneten Meixner und Genossen gegen das Landwirtschaftsamt der Gemeinde Wien erhobenen Anwürfe als den Tatsachen vollkommen widersprechend mit aller Entschiedenheit zurück und verwahrt sich mit allem Nachdrucke dagegen, dass die ernste, von allen Bevölkerungskreisen anerkannte und auch im Interesse der Landwirtschaft selbst gelegene Tätigkeit der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Produktion von Lebensmitteln von dem Interpellanten als „eine der vielen tausend Spielereien und Versuche der Kriegswirtschaft“ bezeichnet wird. Die von der Gemeinde mit grossen Opfern an Arbeit und Kapital unternommenen und erfolgreich betriebenen Aktionen der Selbsthilfe geniessen - und dies sei mit Genugtuung konstatiert - die verständnisvolle Förderung der beteiligten Regierungsstellen.

Es haben jedoch selbstverständlich bei der Einrichtung des Landwirtschaftsamtes keine Staatsbeamten mitgewirkt, die Schaffung dieses Amtes erfolgte vielmehr im autonomen Wirkungskreise durch den Bürgermeister und fand die ungeteilte Zustimmung aller im Gemeinderate vertretenen Parteien. Die Wiener Gemeindeverwaltung beachtet selbstverständlich sowohl bei dem Betriebe ihrer eigenen Landwirtschaften als auch bei vertragsmässigen Viehhaltungen die behördlichen Vorschriften betreffend die Ablieferungspflicht von Brotgetreide und Futtermitteln und unterwirft sich in dieser Richtung der ständigen Kontrolle der massgebenden staatlichen Organe.

Versuche jeder Art, in kleinlich gehässiger, von einseitig agrarischem Standpunkte diktiert Weise die im Interesse einer besseren Versorgung der Verbraucher in dieser schweren Zeit unternommenen Schritte der Gemeindeverwaltung zu stören oder zu durchkreuzen, werden die Gemeindeverwaltung niemals abhalten können, die erfolgreich begonnenen Aktionen unentwegt fortzusetzen und rechnet sie hierbei auf die verständnisvolle Mitwirkung auch der kleinbäuerlichen Organisationen.

Städtische Strassenbahnen. Vom Samstag, 23. d.M. an wird die Linie 10 von der vierfachen Hofallee über die Hadikgasse bis zum Stockgeleise nächst der Nisselgasse weitergeführt.

Die Stellungnahme der Gemeinde Wien zum Donaukraftwerk Wallsee. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Schmid über die in den nächsten Tagen stattfindende wasserrechtliche Verhandlung für die Errichtung eines Kraftwerkes an der Donau bei Wallsee. Die Gemeinde Wien ist an diesem Werk vom Standpunkte der Sicherheit der Stadt, vom Standpunkte der Schifffahrt, ferner der Versorgung Wiens mit Elektrizität und schliesslich vom Standpunkte der städtischen Steinbrüche in Mauthausen und Windegg interessiert. Der Stadtrat beschloss nach dem Antrag des Berichterstatters, gegen das Projekt ein grundsätzliches Bedenken nicht zu erheben. Die enigmatische Stellungnahme der Gemeinde Wien wird aber von den Erklärungen der Schifffahrtsinteressenten und der Donauregulierungskommission abhängen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Freitag, 22. Februar 1918. Nr. 51.

Auszeichnung. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer, der Gräfin Aloisia Fünfkirchen geb. Prinzessin von und zu Liechtenstein, welche neuer ihr 80. Lebensjahr vollendet, die doppelt grosse goldene Salvator - Medaille zu verleihen. Gräfin Fünfkirchen ist Präsidentin des Werkes der katholischen Bahnhofmissionen und des katholischen Fürsorgevereines für Mädchen, Frauen und Kinder, Obervorsteherin des Frauen - Wohltätigkeitsvereines für Wien und Umgebung und hat sich in allen diesen Zweigen der sozialen Fürsorge ebenso wie als Mitglied des Zentralrates für das Armenwesen der Stadt Wienbleibende Verdienste erworben.

Gänsepreise. Für die restliche Dauer der Saison wurden die Preise für ungarische Fettgänse und Fettenten mit Wirksamkeit vom 23. d.M. abgeändert wie folgt: En gros Preis K 25.26 per kg, Detailpreis K 25.75 per kg.

Bürgerkunde für Fürsorgerinnen. Die Gemeinde Wien gibt eine Reihe von Handbüchern für berufliche und freiwillige soziale Arbeit heraus. Den zweiten Band dieser Reihe bildet eine Bürgerkunde für Fürsorgerinnen. Hievon ist der erste Teil, eine Darstellung des österreichischen Verfassungs - und Verwaltungsrechtes von Magistratssekretär Dr. Hornek, eben erschienen. Der zweite Teil, eine Darstellung des Zivil- und Strafrechtes vom Wiener Jugendrichter Dr. Fiala, erscheint in der nächsten Woche. Beide Hefte sind eine Zusammenfassung des Stoffes der Vorträge, die von den Verfassern im städtischen Fachkurs für Jugendfürsorge gehalten worden sind.

Pferdelizitationen im Militär Kommando-Bereich Wien: stabiles Pferdeshpital Wien: 24. d.M.; Stockerau: 26. d.M.; Brunn 24. d.M.; Göding 27. d.M.; Pferdeverwertungsstelle Wr. Neustadt: 27. d.M.; Hart bei Amstetten: 22. d.M.; Spratzern bei St. Pölten: 25. Februar; Purgstall 27. d.M.; Trebitsch: 23. d.M.; Wischau: 25. d.M. Ungarisch Hradisch: 26. d.M.; Znaim: 27. d.M.; Wien, Ersatz-Depot des Train Baons Nr. 2: 28. d.M. und Pferdesammelkommando Wien- St. Marx: 23. d.M.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: im Stande des Steueramtes Johann Sobota und Karl Gilg zu Kontrolloren; im Stande des Konskriptionsamtes Ludwig Kinschner und Rudolf Jelinek - Zechbauer zu Kontrolloren, Karl Dürauer, Alois Spies, Johann Dolezel, Alois Swoboda zu Kommissären, Ernst Jankovsky und Karl Fink zu Offiziellen.

Strassenunterfahrung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Knoll die Unterführung der Erzherzog Karl Strasse und der Fabrikstrasse im 28. Bezirk behufs Beseitigung der Niveaureuzungen der Ostbahn genehmigt.

21. Jahrg. Wien, Freitag 23. Februar 1918. Nr 52.

Fleischversorgung Wiens ^(Freitag) Gestern und heute wurden außer anderen Fleischsorten (gesalzenes und frisches Schweinefleisch) 40.000 kg Rindfleisch an die Stände in der Großmarkthalle und an sämtliche Fleischhauer in Wien abgegeben. Wenn das von den Fleischhauern in dieser Woche durch Schlachtung gewonnene Fleisch, ferner die an die Industrien, Konsumentenorganisationen, Lebensmittellager und endlich an die Mindestbemittelten bereits direkt abgegebenen Rindfleischmengen mitveranschlagt werden, so ist der dringendste Bedarf der Bevölkerung Wiens an Rindfleisch für die nächsten Tage voraussichtlich gedeckt; freilich muß hierbei an den Gemeinsinn jener Konsumenten, die bereits von ihrer Organisation oder ihrem Lebensmittellager Rindfleisch bezogen haben, die eindringliche Aufforderung gerichtet werden, daß sie nicht auch noch den freien Markt belasten.

Durch die in den jüngsten Tagen verlautbarten und durch die weiters noch geplanten behördlichen Maßregeln, deren Durchführung wohl noch einige Zeit erfordert, ist übrigens eine gerechtere Verteilung des Rindfleisches in Wien in die Wege geleitet.

Schwierigkeiten in der Brotversorgung. Die Gemeinde Wien ist bekanntlich hinsichtlich der Meherversorgung vollkommen von den Zuweisungen der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abhängig, da die mit allem Nachdrucke und beharrlich fortgesetzten Versuche der Gemeinde zur Erlangung eines eisernen Vorrates zur Behebung von augenblicklichen Notständen wirkungslos geblieben sind.

Die in den letzten Tagen beobachtete Brotknappheit ist darauf zurückzuführen, daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt nicht in der Lage war, die erforderliche Mehlmenge für die Broterzeugung zur Verfügung zu stellen. Es ist wohl richtig, daß rechnermäßig der Bedarf der Kleinbäckerbetriebe Wiens bis einschließlich Samstag, den 23. Februar, gedeckt sein sollte. Die vom k-k- Amte für Volksernährung angeordnete reduzierte Mehlmenge von 600 g für einen Laib zu 840 g hat offenbar dazu geführt, daß die Bäcker bei der Unmöglichkeit der Einhaltung dieses Mischverhältnisses ein größeres Quantum von Mehl für die Erzeugung des Einheitsbrottes verwendet haben, um Anzeigen wegen mindergewichtigen Brottes zu vermeiden; daher waren sie anscheinend mit ihrem Mehlvorrat früher zu Ende, als rechnermäßig erwartet werden konnte.

Die Zuschübe der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt an die Wiener Mühlen haben in den letzten Tagen derart nachgelassen, daß eine vollständige Befriedigung des Brotkonsums auf Schwierigkeiten stößt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 23. Februar 1918. Nr 53.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien gibt aus ihren Vorräten bis auf weiteres Unterzündholz in beschränkter Masse an die Haushaltungen in den städtischen Holzabgabestellen ab, die als solche gekennzeichnet sind. Die Abgabe von je 3 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 24. d.M. bis 2. März gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 31 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis des städtischen Unterzündholzes (gespalten) beträgt 30 Heller für Weichholz, 22 Heller für Hartholz für 1 kg.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 24. Februar bis 9. März werden bei den kundgemachten Verkaufständen der Grossschlächtereier gegen Abtrennung des Abschnittes V des amtlichen Einkaufscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Wohlfahrtsfleisch. Die Fleischabgabe an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufscheine kann auch in der 49. Woche aufrecht erhalten werden. Knappheit der Vorräte und Transportschwierigkeiten machten jedoch eine kleine Verschiebung unvermeidbar. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird Wohlfahrtsfleisch (Rind- und Schafffleisch) im bisherigen Ausmass gegen Abtrennung der Zahl 26 in den Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier zum Einheitspreis von K 3.60 für 1 kg abgegeben werden und zwar am Samstag, 2. März A - F, Montag, 4. G - K, Mittwoch, 6. L - R und Donnerstag 7. S - Z.

Abgabe von Dörrgemüse. In der kommenden Woche wird vom 28. ds. bis 3. März wieder Dörrgemüse (getrocknete Möhren) nach den Bestimmungen der Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 6, vom 41. Februar d.J. abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes des amtlichen Einkaufscheines mit der Ziffer 33.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes G der Kartoffelkarte.

Aus dem Rathhause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch, 27. ds. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig 18 Geschäftsstücke darunter der Beitritt der Gemeinde Wien zu der zu gründenden Grossschlachtungs-gesellschaft m.b.H., Petition um Neuregelung des Militärtaxwesens, Verwaltungsbericht der städtischen Leichenbestattung, verschiedene Bauangelegenheiten etc.

54

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 25. Februar 1918. Nr 54.

Die Schaffung einer Genossenschafts-Zentralkasse. Im Jahre 1891 brachte der Reichratsabgeordnete ^{Dr.} Steinwender im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Gründung einer Zentral-Genossenschaftskasse ein und urgierte diesen Antrag in den Jahren 1897 und 1899. Im Jahre 1906 berief Finanzminister Dr. Ritter von Korytowski eine Enquete in dieser Angelegenheit ein, 1911 wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher im Jahre 1912 zur Beratung in einem Ausschusse stand, dessen Obmann der agrarische Abgeordnete Dr. Krek war. Dieser Entwurf bevorzugte jedoch insbesondere die landwirtschaftlichen Genossenschaften gegenüber den gewerblichen, obwohl die Mitgliederanzahl der letzteren 4mal so gross war als jene der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Nach dem Entwurf würde der Staat 6 Millionen Kronen als Gründungskapital geben und durch 5 Jahre einen Regiebeitrag von 100.000 Kronen leisten. Der Entwurf ist gegenüber der preussischen Zentral-Genossenschaftskasse und der ungarischen Landeszentralcredit-Genossenschaft ungemein engherzig gedacht. Ein Mangel ist es insbesondere, dass die österreichischen Genossenschaften, welche eine weitaus höhere Entwicklung haben, als die ungarischen, vom direkten Verkehr mit der österreichisch-ungarischen Bank vollständig ausgeschlossen sind, während die ungarischen Kreise die Hilfe der Bank in ausgedehntem Masse in Anspruch nehmen. Die ungarischen Institute geben durch ihre Zentralkasse jährlich bis 20 Millionen an Wechseln der österreichisch-ungarischen Bank zum Escompte, während die Papiere österreichischer Institute, wenn auch durch Vermittlung einer Bank von den Schaltern teilweise zurückgewiesen werden. Nach dem Entwurfe soll ferner die Leitung der Anstalt vollständig in den Händen der Regierung sein, welche dessen ungeachtet keine Haftung für die Schuldverschreibungen übernimmt und nichts für einen Garantiefonds zeichnet. Bei einer eventuellen Auflösung werden erst die schwebenden Verbindlichkeiten geklärt, dann bekommt der Staat seine 6 Millionen und wenn noch etwas übrig bleibt, erhalten die Genossenschaften ihren Anteil.

Hofschneidermeister Decker erstattete in der dieser Tage abgehaltenen Sitzung der Landesverbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften über diese Angelegenheit einen ausführlichen Bericht, in welchem er darauf hinwies, dass der Staat mindestens einen Beitrag von 25 Millionen Kronen der Kasse leisten und die Summe nach Bedürfnis erhöhen müsste. Die Leitung wäre durch kaufmännische bankfähige und genossenschaftlich gebildete Beamte zu besorgen. Der Staat müsste seinen ängstlichen Standpunkt in Bezug auf die Verzinsung, Schuldverschreibungen etc. aufgeben und die Frage in einer grosszügigen Weise lösen.

Die Landesverbände werden nun ihre einzelnen Wünsche stellen, worauf sodann mit einem wohlbegründeten Entwurfe an die Regierung herangetreten werden soll.

Die goldene Hochzeit des bayrischen Königspaares. In Erwiderung der Glückwünsche der Stadt Wien hat König Ludwig an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm gerichtet: Eure Exzellenz haben durch Vermittlung des Gesandten Freiherrn von Tucher der Königin und mir aus Anlass unserer goldenen Hochzeit in herzlichen Worten die Glückwünsche der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Von den zahlreichen Sympathiekundgebungen, die uns in diesen Tagen zugekommen sind, hat uns jene der Kaiserstadt an der Dnau besonders angenehm berührt und in uns freudige Gefühle und Empfindungen ausgelöst. Nachdem wir in der dortigen Burgkapelle vor einem halben Jahrhundert an den Traualtar getreten sind. Der Königin und mir ist es daher ein tiefempfundenes Bedürfnis, Ihnen, Lieber Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner und der gesamten Einwohnerschaft Wiens für die freundliche Anteilnahme an unserem Ehrentage und die herzlichen Glückwünsche unseren aufrichtigsten, wärmsten Dank zu sagen.

Beschlagnahme von Hotels für militärische Zwecke. Bezirksvorsteher Blasel und Bezirksrat Zisarsky erschienen heute vormittags bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Auftrage der Bezirksvertretung Leopoldstadt, um ihn zu ersuchen, neuerdings beim Kriegsministerium vorstellig zu werden, damit von der weiteren Requisition von Hotels im 2. Bezirk Abstand genommen werde. Es besteht nämlich die Absicht, ausser den 6 bereits requirierten Hotels auch noch das Hotel Europa und das Hotel Continental für die Kriegsverwaltung in Anspruch zu nehmen, was eine katastrophale Wirkung für die Geschäftswelt bedeuten, aber auch die bestehende Wohnungsnot ganz besonders verschärfen würde. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der über diese Angelegenheit bereits informiert war, sagte seiner neuerliche Intervention beim Kriegsminister in den nächsten Tagen zu.

Anmeldung des Fleischbezuges durch Gastwirte. Morgen (Dienstag) ist der letzte Tag der Anmeldung des Rindfleischbezuges für Gastwirte, Körperschaften und Anstalten. Die durch die Unterlassung der Anzeige hervorgerufene Verspätung des Fleischbezuges haben säumige Meldepflichtige sich selbst zuzuschreiben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 26. Februar 1918. Nr. 55.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte erstatte Oberstadtdiagnostikus Dr. Böhm den Hauptbericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Jänner 1. J. Der Krankenstand hat gegenüber dem des gleichen Monats im Vorjahre eine geringe Abnahme erfahren. In die armenärztliche Behandlung sind 11343 Fälle gegen 10214 im Vormonate und 11884 im Jänner des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 3100 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1432 Fälle, auf Lungentuberkulose und Scrophulose 881 Fälle. Die Infektionskrankheiten bieten andauernd günstige Verhältnisse dar; der Scharlach und die Diphtherie zeigen einen Rückgang gegen den Vormonat, bei den Blattern ist es bisher gelungen durch rechtzeitige Isolierungen eine Weiterverbreitung in den Bezirken zu verhindern. Aus der Zivilbevölkerung liefen 1328 Anzeigen ein, hievon entfallen 482 auf Scharlach, 342 auf Diphtherie, 51 auf Bauchtyphus, 60 auf Ruhr, 13 auf Blattern und 362 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 51 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war etwas grösser als im Vormonat und in den Vorjahren; hauptsächlich infolge Steigerung der Todesfälle nach Tuberkulose. Insgesamt starben 3293 Zivil- und 468 Militärpersonen, zusammen 3761 Personen gegen 3455 im Vormonat und 3449 im Jänner des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose mit 777 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 53.10 % das weibliche mit 46.90 % beteiligt. Im Berichtmonate wurden 35 gerichtliche und 134 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 4142 Transporte, darunter 578 Leichentransporte durchgeführt.

Vom Arbeiterfürsorgeamte. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss dem Ansuchen des Vorstand - Stellvertreters des Arbeiterfürsorgeamtes Josef Bardorf um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben. Er war seit Gründung des städtischen Dienst- und Arbeitsvermittlungsamtes diesem zugeteilt und zeichnete sich durch unermüden Fleiss und gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten aus. An seiner Stelle wurde Adolf Gehrke zum Vorstand-Stellvertreter des Arbeiterfürsorgeamtes ernannt.

Städtisches Landwirtschaftsamte. Magistratsoberkommissär Anton Hölbling wurde als Stellvertreter des Leiters des städtischen Landwirtschaftsamtes bestellt und ihm der Titel Magistratssekretär verliehen. Er hat bei der Einrichtung und Führung der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebe, welche die Gemeinde Wien in den letzten Jahren infolge der durch den Krieg hervorgerufenen schwierigen Approvisionierungsverhältnisse errichtet hat in verdienstlicher Weise mitgewirkt.

Kleider und Wäsche für die städtischen Kostkinder. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dr. Haas das Kleider- und Wäscheerfordernis für die städtischen Kostkinder für das Jahr 1918 mit einem Kostenbetrage von 300.000 Kronen genehmigt.

Verleihungsurkunde für die eiserne Salvator - Medaille. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer der Norbertine Roth die Ausführung der Verleihungsurkunde für die eiserne Salvator - Medaille zu übertragen. Die Urkunde wird folgenden Text enthalten:
„ In schwerster Zeit, da unsere Söhne im heldenmütigen Ringen die grössten Blutopfer brachten, haben sich auch Männer und Frauen unserer Stadt durch Liebeswerke im Dienste der gemeindlichen Kriegsfürsorge als besonders opferfreudig bewährt. Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beschloss zur Anerkennung solcher Verdienste eiserne Salvator - Medaillen zu prägen. Der Wiener Gemeinderat hat Ihnen in dankbarer und ehrender Würdigung Ihrer Verdienste dieses Ehrenzeichen zuerkannt.“

Anschaffung von Büchern. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola die Anschaffung von 50 Exemplaren des Werkes „ Ruhmeshalle deutscher Arbeit in der Oesterreichisch Ungarischen Monarchie " vom Müller Gutenbrunn für die städtischen Sammlungen und von 15 Exemplaren für die Bezirkslehrerbibliotheken, ferner den Ankauf der „ Geschichte Ottakrings und Neulerchenfelds " von Eduard Jehly für die Lokallehrerbibliotheken des 16. Bezirkes und die Bezirkslehrerbibliotheken genehmigt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 27. Februar 1918. Nr. 56.

Verkaufsvorschriften für ungarisches Schweinefleisch. Die in letzter Zeit immer lauter werdenden Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung über die Misstände bei der Abgabe des Fleisches jener Schweine, welche den Wiener Selchern von der städtischen Schweineübernahmestelle zum Verkaufe an die unmittelbaren Verbraucher zugewiesen werden, haben die Erlassung einer neuen Verkaufsvorschrift nötig gemacht, die am 1. März 1918 in Wirksamkeit tritt. Die wichtigsten Bestimmungen dieser auf Grund der Preistreibeiverordnung erlassenen Verkaufsvorschrift sind folgende: Die Selcher müssen, wie in der Grossmarkthalle, das ihnen zugewiesene Schweinefleisch in Kilopaketen vorrichten und diese den mit der Ueberwachung betrauten Organen des Kriegswucheramtes und des Marktamtes vor Beginn des Verkaufes vorzählen; hiedurch soll verhindert werden, dass die Stammkunden der Selcher - allenfalls durch Gewährung eines höheren Preises - in bevorzugter Weise bedient werden. Um die Kontrolle zu ermöglichen, ist ein bis ins Detail geregelter Avisodienst zwischen der genannten Uebernahmestelle und den Kontrollorganen des Kriegswucheramtes eingerichtet worden. Der Verkauf des Schweinefleisches ist nur an die im Bezirke der Abgabestelle wohnenden, unmittelbaren Verbraucher - mit Ausschluss der Gast- und Schankgewerbetreibenden, Anstalten, Konsumentenorganisationen u. s. w. - gestattet und zu diesem Zwecke an die Vorweisung des Einkaufscheines gebunden; nur in der Grossmarkthalle darf an die unmittelbaren Verbraucher aller Bezirke Wiens solches Schweinefleisch abgegeben werden, jedoch ebenfalls nur gegen Vorweisung des Einkaufscheines.

Die Versorgung mit Brot und Mehl. Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtete in der heutigen Sitzung des Herrenhauses nachstehende Interpellation an den Ministerpräsidenten: Die Bevölkerung der Stadt Wien leidet unter der ungenügenden Versorgung mit Brot und Mehl. Die Mehlquote wurde im vergangenen Monate verkürzt, das Brot wird hauptsächlich - bis zu 80 % aus Maismehl bereitet. Aber auch die Importe von Maismehl dürfen nur mehr durch eine gewisse Zeit noch andauern. Die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung waren auf den Brotfrieden gerichtet, den Graf Czernin mit der Ukraine in Brest Litowsk abgeschlossen hat. Die Bevölkerung ist nun darüber tief beunruhigt, dass die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte versichern, während anscheinend seitens unserer Monarchie bisher keine geeigneten Massnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen von Getreide zu sichern und mit aller Beschleunigung herbeizuschaffen. Diese Sicherung und Herbeischaffung unentbehrlicher Lebensmittel kann billigerweise nicht als ein feindseliger Akt gegen die Republik der Ukraine aufgefasst werden, sondern erscheint als zweckmässige Realisierung des Friedensvertrages. Da nun der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus erklärt hat, dass österreichisch ungarische Truppen nicht in die Ukraine einmarschieren werden, fragen die Gefertigten an, welche anderen Massnahmen hat die Regierung vorgesehen, um im Interesse der notleidenden und geängstigten Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern und innerhalb welcher Zeit sind solche Importe zu gewärtigen.

Verkauf von eingelagerter Geflügel. Am Ende dieser und der nächsten Woche wird von der Wild- und Produkten A.G. eingelagerter Geflügel (Hühner und Indiane) im Gesamtgewichte von rund 60.000 kg nach den Weisungen der Gemeinde Wien ausgegeben werden. Der Preis stellt sich im Detailverkaufe auf 16 Kronen per kg. Der Verkauf wurde in jedem Bezirk an einige Geflügelhändler übertragen, die Verkaufsstelle wird durch eigene Aufschriften ersichtlich gemacht werden.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 27. Februar 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen Gespendet haben: Franziska Leber 8000 Kronen für eine Stiftung zu Gunsten von Schuhmachern und deren Witwen; die Administration der Neuen Freien Presse 3030 Kronen, darunter 3000 Kronen von Alois Lemberger für Arme; der Wohltäter Wilhelm 3000 Kronen für arme Schulkinder des 10. Bezirkes; Johanna Holly 3000 Kronen für Arme; Ferdinand Pierer 1500 Kronen für Arme des 14. Bezirkes; Albin Gehrig letztwillig 1000 Kronen für Arme des 17. Bezirkes; W.E. Kienast 500 Kronen für eine Waisenstiftung; Johann Fürst zu Schwarzenberg 500 Kronen, Fürst zu Fürstenberg 200 Kronen; die Ankerbrotfabrik 100 Kronen anlässlich der Hilfeleistungen der Feuerwehr; anlässlich Ziviltätigkeiten: Kaiserl. Rat Schweinburg und Johann Klinckhoff je 200 Kronen, Emil Eisenstätter 100 Kronen; Ludwig Baumgartner 100 Kronen für die Armen von Penzing; das Stift Schotten 1200 Portionen Wein und 120 Kronen, Hugu Scholz 250 Kronen beide für das Versorgungshaus.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe es für meine Pflicht erachtet, für die heutige Gemeinderatsitzung über die Lage unserer Kriegsgefangenen in Russland an zuständiger Stelle Auskünfte einzuholen. Die Wiener Bevölkerung ist tief beunruhigt über die Vorgänge in Russland und hat grosse Sorge um die Kriegsgefangenen. GR. Handerik hat Ende des Vorjahres eine Interpellation überreicht die ich aber damals nicht zur Verlesung gebracht, sondern unmittelbar dem Minister der Aeussern übersendet habe. Die Erklärung des Ministers des Aeussern, dass unsere Kriegsgefangenen frei sind, hat anfänglich Begeisterung in der Bevölkerung ausgekost, dann aber Beunruhigung wegen der Ungewissheit hervorgerufen. Insbesondere nachdem die Zeitungsnachrichten sehr auseinander gingen und kein klarer Einblick in die wahren Verhältnisse möglich war. Ich habe mich daher vor einigen Tagen an den Freiherrn von Slatin gewendet mit dem Ersuchen, mit genauer Nachrichten zukommen zu lassen. Diese lauten:

Die österreichisch ungarische Kommission in Petersburg, welche aus Vertretern des Kriegsministeriums und des Roten Kreuzes zusammengesetzt war und während der Brest Litowsker Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mit den Delegierten der Bolschewikiregierung verhandelte, drängte darauf, über die Verhältnisse der Kriegsgefangenen eine möglichst genau umschriebene Entscheidung der russischen Regierung zu erhalten. Diese Entscheidung wurde dahin getroffen, dass die Kriegsgefangenen in den ihnen zugewiesenen Lagern und Ubikationen bis auf weiteres verbleiben, dort verpflegt und nach Friedensschluss in ihre Heimat befördert werden. Eine grosse Zahl von Gefangenen, welche nicht unter strenger Aufsicht oder militärischer Bewachung standen, so besonders die als Feldarbeiter verwendeten Gefangenen, haben die Gelegenheit der Unruhen zum Entkommen benützt und sind meist ungehindert durch die militärische Front herüber-

gekommen. Ihre Zahl soll sich auf ca. 60.000 belaufen und sind von unseren und den deutschen Truppen aufgenommen worden. Sie werden nach Durchführung einer gewissen Quarantaine weiterbefördert werden. Die noch in Russland zurückgehaltenen Gefangenen sind vorläufig in den ihnen zugewiesenen Lagern, werden von der Regierung verpflegt und harren des Austausches, über dessen Durchführung die genauen Bedingungen und Modalitäten im Friedensvertrage festgesetzt werden. Vor allem muss hervorgehoben werden, dass bisher keinerlei Klagen über grausames Vorgehen der Bolschewikiregierung und ihre Truppen gegen unsere Gefangenen vernommen wurden. Die rote Garde und die sich ihr anschliessenden Banden, welche das Land durchziehen verüben Gewalttätigkeiten nur gegen ihre politischen Gegner, die bürgerlichen Kreise.

Was die Verpflegung der Gefangenen anbelangt, so kann man auch hierüber beruhigt sein. Die österreichisch ungarische Regierung widmet monatlich einen Betrag von 5 Millionen Rubel, welcher der Schutzmacht Dänemark übergeben wird, und welche diesen Betrag zur Anschaffung von Lebensmitteln oder zur Beteiligung mit Barbeträgen verwendet. Der Hilfsdienst ist ausgezeichnet durch Dänemark organisiert. 20 Delegierte amtieren in den 20 Distrikten, denen viele Hilfskräfte zur Verfügung stehen und welche wieder mit den einzelnen Lagerkommissionen stets in Verbindung sind. Die Lagerkommissionen sind aus Offizieren und Mannschaften gemischt zusammengesetzt, so dass eine gleichmässige Behandlung von Mann und Offizier gewährleistet ist. In den grösseren Stationen sind Labestationen eingerichtet. Die Lebensmittelbeschaffung erfolgt sowohl in Russland selbst, als auch aus China und Japan für die im weiten Osten gelegenen Gebiete. Am schwierigsten gestaltet sich die Lebensmittelbeschaffung im zentralen Russland, wegen des Mangels der Transportmittel. Für die Rückbeförderung der Gefangenen wird bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht genommen werden, dass Invalide und Kranke in erster Linie zum Austausch gebracht werden, dann jene, welche schon lange in Gefangenschaft stehen und dann alle übrigen. Die Rückbeförderung wird unter Aufsicht des Roten Kreuzes stattfinden. Gegenwärtig sind alle Gefangenenlager in Russland von Seuchen frei. Besonders und rühmend hervorzuheben verdient die ausserordentlich fürsorgliche Tätigkeit für unsere Kriegsgefangenen der Organe unserer Schutzmacht in Russland, des Königreiches Dänemark und allen voran die des dänischen Gesandten in Petersburg. Unser Kriegsministerium mit der ihm unterstellten Auskunftsstelle für Kriegsgefangene ist eifrigst bemüht, gemeinsam mit der dänischen Regierung alles wahrzunehmen, was das Wohl und Wehe unserer Kriegsgefangenen berührt und diese Tätigkeit wird eifrigst fortgesetzt, bis die Aufbauaktion vollendet ist.

Ich kann nur den heissen Wunsch nicht nur des Wiener Gemeinderates sondern der ganzen Bevölkerung Ausdruck geben, dass unsere Söhne und Brüder, die schon Jahre lang in der Kriegsgefangenschaft schmachten bald der heimlichen Scholle und ihren Angehörigen zurückgegeben werden. (Lebhafte Zustimmung)

Der Bürgermeister teilt dann mit, dass er die am 16. Jänner vom Gemeinderate beschlossene Resolution bezüglich Herabsetzung der Mehlquote den beteiligten Ministern zugesendet habe und einer Minister Höfer, habe am 21. Jänner in einer Zuschrift die Resolution beantwortet.

2
In der Zuschrift heisst es, dass die dauernde Deckung der vollen Quote nicht möglich war und dass der Minister es für weniger bedenklich gehalten habe, die Quoten rechtzeitig herabzusetzen, als Gefahr zu laufen, dass in absehbarer Zeit Mahlprodukte überhaupt nur in ganz unzureichendem Masse verteilt werden könnten. Der Minister zählt sodann die Massnahmen auf, welche vom Ministerium bereits durchgeführt wurden. Der Bürgermeister bemerkt hiezu, dass die Sachlage sich in der Zwischenzeit wesentlich verschlechtert habe.

Der Bürgermeister benützt die Gelegenheit um den scheidenden Minister für seinen guten Willen und seine Arbeitsmühe den Dank auszusprechen. Er habe wiederholt Gelegenheit gehabt, mit Minister Höfer zu sprechen, an seinem guten Willen dürfe absolut nicht gezweifelt werden.

Bürgermeister Weiskirchner bringt sodann noch folgendes zur Kenntnis: Sowohl Stadtrat als auch Obmännerkonferenz erkannten bereits im November des Vorjahres die Gefahr einer Kürzung der Kopfquote an Brot und Mehl und haben die Regierung rechtzeitig auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht. Bereits in den Jahren 1915 und 1916 wurde immer wieder die Forderung erhoben, dass die Gemeinde einen eisernen Vorrat zur Verfügung stelle.

Nun drohte in der vergangenen Woche allerdings nicht die Gefahr einer Verordnung, sondern tatsächlich die Gefahr einer Kürzung der Brotquote und in den letzten Tagen gelang es der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt nur mit dem Aufgebot aller Kräfte und unter teilweiser Verwendung von Kochmehl und zu Mehl vermahlener Rollgerste den Mehlbedarf für die Broterzeugung von einem Tag auf den andern sicherzustellen. (Rufe: Unerhört!) Dieser Zustand ist unhaltbar und unerträglich, (Lebhafte Zustimmung) Weil die Versorgung einer Bevölkerung von 2 Millionen Menschen nicht auf den Zufall rechtzeitig oder verspätet einlangender Getreidetransporte bestellt werden kann. Die systematischen Beruhigungsversuche, die gewiss Schönfärbereien die wir von Zeit zu Zeit in den Zeitungen lesen, sind wertlos, sie dienen nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen. Es steht vielmehr ausser allem Zweifel, dass das staatliche Getreideregime infolge der verhängnisvollen Fehler und Irrtümer im Aufbringungsdiensste vollständig zusammengebrochen ist. Ueber das Tor der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt könnte ruhig geschrieben werden „Bankrott“. Emswer ist es zu bedauern, dass das Volksernährungsamt gegenüber allen Parteien des Wiener Gemeinderates einmütig aufgestellten Forderungen taub geblieben ist. Während Niederösterreich seiner Abgabepflicht in vollem Umfange nachgekommen ist, sind die Sudetenländer aus Aktivposten in der Getreideaufbringung Passivposten geworden und da trotz aller Versprechungen Ungarns in der Anlieferung von Edelgetreide überaus säumig ist (Rufe: hört!) passiert derzeit die Brotmehlversorgung fast ausschliesslich auf den Maiszuschüssen aus Rumänien (Rufe: Hört welche unter erheblichen Schwierigkeiten heraufgebracht werden.

Wie mir von berufener Stelle mitgeteilt wurde, sind auch die Maisbezüge aus Rumänien nurmehr für einen relativ kurzen Zeitraum sichergestellt und es bleibt zur Vermittlung des Ueberganges bis zur neuen Ernte nur die Erfassung und Aufbringung der in der Ukraine gelagerten Getreidevorräte (neuerliche Hört Hört - Rufe) als ich an der Spitze des Wiener Gemeinderates den Grafen Czernin am Wiener Nordbahnhofe bei seiner Ankunft aus West Litows zu begrüssen Gelegenheit hatte, da konnte ich ihn wohl bezeichnend als den Bringer des von der Wiener Bevölkerung heiss ersehnten Brotfriedens bezeichnen. Nun bin ich wohl genötigt, darauf hinzuweisen, dass die österreichische Regierung die Bedeutung dieses Brotfriedens im Interesse der hungrigen Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat. (Rufe: Die hat nicht dürfen) Während die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches ohne

jede feindselige Absicht gegen die selbstständige Republik Ukraine in das Land marschieren, um die dort lagernden Getreidevorräte zu sichern, und nach Deutschland zu schaffen, hat der österreichische Ministerpräsident erklärt, dass unsere Truppen die Front nicht verlassen und nicht zu dem gleichen Zwecke in die Ukraine einmarschieren würden. (Stürmische PfuiRufe) Ich weiss nun nicht, welche anderen Massregeln die österreichische Regierung ergriffen hat, um das so notwendige Getreide in der Ukraine zu sichern und herauszubringen. Aber ich habe mir erlaubt, im Herrenhause eine solche Anfrage an die Regierung zu richten. (Stürmische Bravo Rufe) Ich gewärtige, dass die Bevölkerung Wiens eine beruhigende Antwort erhalten wird, denn wir haben nichts schön zu färben, wir müssen den Verhältnissen klar entgegensetzen und unsere Bevölkerung muss die volle Wahrheit erfahren. (Lebhafte Beifall) Wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, sind wir nicht imstande, durchzuhalten. Die österreichische Regierung muss wieder Vertreter nach Berlin senden, um Hilfe für die Wiener Bevölkerung zu erbitten. (Rufe: Wer ist schuld daran) Ich glaube daher wohl, dass ich namens aller Kollegen des Wiener Gemeinderates an die Regierung die mahndende Forderung richten muss, alles daran zu setzen, damit die Getreidevorräte, die auch dem Friedensvertrag für uns bestimmt sind, in der Ukraine erfasst und mit möglichster Beschleunigung hergebracht werden.

Ich muss aber schon sagen, dass mich die Zeitungsnachrichten die ich heute lesen konnte, sehr peinlich überrascht haben. Die Wiener Gemeindevertretung fordert seit langer Zeit die Errichtung eines eigenen Ernährungsministeriums mit einem Minister an der Spitze der beiden Häuser des Reichsrates verantwortlich ist. Jetzt soll aber wieder ein Hofrat an die Spitze des Amtes kommen (Hört Hört Rufe) er soll wieder dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Wollen wird denn eine zweite

wir denn eine zweite Auflage der Episode Kochstein erliegen, ich glaube wir müssen heute an den Ministerpräsidenten die Forderung richten, das Ernährungsamt nicht als Experimentierfeld zu betrachten. Dieses braucht ein strenges Strafenregime. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der auch mit jenen Machtmitteln ausgestattet wird, um die Aufbringung zu gewährleisten und die gerechte Verteilung zu sichern. Mit dieser Mahnung an den Ministerpräsidenten will ich meine Ausführungen schliessen. (Lebhafte andauernder Beifall).

GR. Leitner verliest den Einlauf:

GR. Dr. von Schwarz-Hiller interpellierte über die Beschliessung zweier Hotels im Bezirke Leopoldstadt für militärische Zwecke.

In derselben Angelegenheit stellt auch GR. Schäfer eine Anfrage.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner weist in seiner Erwiderung darauf hin, dass er bereits mehrmals dem Kriegsminister eingehend die Verhältnisse auf diesem Gebiete geschildert habe und dass er ihn auch im Finanzausschusse der Delegation auf diesen Gegenstand aufmerksam gemacht habe. Leider seien die Versprechungen nicht im vollen Masse in Erfüllung gegangen und er werde deshalb neuerlich an den Kriegsminister mit der bestimmten Forderung herantreten, die militärischen Büros auf Kosten der Hotels aber auch auf Kosten der Geschäftsleute in der Umgebung dieser Hotels zu vermehren. Er wisse auch nicht, ob nicht bei einer besseren Geschäftseinteilung mit geringerem Personal und weniger Amtsräumen das Auslangen gefunden werden könne.

GR. Schäfer fragt ob der Bürgermeister den berechtigten Wünschen der Grünwaren- und Obsthändler auf Aufhebung der Geos entsprechen will

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt in seiner Antwort, wenn je eine Zentralstelle den Befähigungsnachweis ihrer vollsten Unfähigkeit erbracht habe, so sei dies die Geos (Zustimmung). Wir haben jedes Vertrauen in diese Zentralstelle verloren und wir können nur mit den Marktleuten, deren Klagen mir sehr gut bekannt sind und denen ich immer ein aufrichtiger Freund und Beschützer war, in den Ruf einstimmen: Hinweg mit der Geos! (Lebhafte Beifall)

GR. Rottler fragt, ob der Bürgermeister bei der Regierung vorstellig werden will, damit diese die nötigen Verfügungen auf unversüßliche Heimabfertigung der galizischen Flüchtlinge treffe.

Der Bürgermeister versichert, er werde nicht ermüden und ermahnen, den Minister des Innern an seine Pflicht zu erinnern, endlich die Repatriierung der Flüchtlinge durchzuführen.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller weist darauf hin, dass durch die kaiserliche Verordnung vom 19. März 1916 die Forderungen für Lieferungen und Arbeiten oder sonstige Leistungen in 3 Jahren verfahren. Er fragt, ob der Bürgermeister bei der Justizverwaltung vorstellig werden wolle, dass eine Anpassung dieser Verordnung an die Kriegs- und Uebergangswirtschaft herbeigeführt werde.

Der Bürgermeister erklärt, er werde diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beantworten.

GR. Dr. Hein protestiert in einer Anfrage dagegen, dass nach den Wünschen der Agrarier das Amt für Volksernährung seiner Selbstständigkeit beraubt und zu einer blossen Sektion des Ministerrats Präsidiums herabgedrückt werde.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass diese Anfrage bereits mit seinen Ausführungen zu Beginn der Sitzung erledigt erscheine.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: In den letzten Tagen war der 21. Bezirk der Schauplatz von äusserst unerquicklichen Szenen. Während verschiedentlich im Bezirke Brotverkäufer ihre Geschäfte mangels an Brotmehl gesperrt halten mussten und im übrigen sich die Bevölkerung schon seit längerer Zeit von Maismehl bei der Broterzeugung zufrieden geben musste, wurden in den letzten Tagen ganze Wagenladungen von Weizenmehl an einige Betriebe des 21. Bezirkes zur Herstellung von Mazzoth oder Mazzes von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt beigestellt. Die mit Weizenmehl beladenen Wagen fuhren unter polizeilicher Assistenz zu den Erzeugungsstellen und es ist nicht verwunderlich, dass eine immer grösser werdende Menge von Frauen sich vor diesen Betrieben ansammelte und in mehr als stürmischer Weise die Herausgabe des für die Mazzothherzeugung erforderlichen Mehles verlangte. Erst dem wiederholten Einschreiten der Polizei gelang es, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Bei aller Toleranz gegenüber den rituellen Gebräuchen Andersgläubiger muss die Verwendung von feinem Weizenmehl zur Mazzesherzeugung in dieser schweren Zeit der Brotnot direkt als eine Aufreizung bezeichnet werden und ist die Verbitterung des ganzen Teiles der Bevölkerung, der nur unter den erheblichen Schwierigkeiten sich in den Besitz von reinem Weissbrot setzen kann, nur zu begreiflich.

Ich glaube, dass der beinahe vierjährige Weltkrieg mit allen seinen Entehrungen und Enttäuschungen auch bei dem jüdischen Teile unserer Bevölkerung die Erkenntnis reifen lassen musste, dass bei aller Achtung religiöser Gebräuche gewisse Einschränkungen, welche den Interessen der Gesamtheit dienen, am Platze wären. Es wird gefragt: Was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um derartigen, die Bevölkerung aufreizenden Gebräuchen, welche in der Kriegszeit nicht gerechtfertigt sind, entgegenzutreten?

Durch die Zentralschlachtung ist keine Gewähr geboten, dass wir Vieh aus Ungarn bekommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass die Bildung der Grossschlachtung die Viehpreise ungünstig beeinflussen wird. Die ungarische Regierung hat die Preise für Getreide fast um 100 % erhöht, sie wird ein gleiches Ansinnen der Viehzüchter ebenfalls bewilligen, wird doch die Handelsbilanz Ungarns dadurch günstig beeinflusst. Einer guten Ausblick gewährt der Umstand, dass das Institut gut geleitet wird. Das Unglück der Centralen ist nicht ihr Programm und ihre Tendenz, sondern ihre Verwaltung. Dort sitzen nur Fachmänner in der Entschlagung von der militärischen Dienstpflicht und in der Fähigkeit hohe Gehälter für sich herauszuschlagen. Die Grossschlachtung hat keinen ausgesprochenen privatkapitalistischen Charakter, es sitzen Männer drinnen, die die Bedürfnisse des Konsums und des Gewerbes kennen und die, wie ich hoffe, auch den Mut haben werden, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben.

Bezüglich der Bemerkungen des GR- Reumann muss ich zunächst erwidern, dass man bezüglich der Vorräte in der Ukraine keine Hoffnungen wecken darf, die nicht mit Sicherheit erfüllt werden können. Die Ukraine war jedoch in Friedenszeiten die Kornkammer Russlands und ganz Europas, sie lieferte uns Hülsenfrüchte und hat auch während des Krieges nicht bloss die neutralen Staaten, sondern auch die feindlichen Staaten versorgt. Es ist also, nach-dem seit 2 Jahren ein Export nicht möglich war, ~~das~~ mit Berechtigung anzunehmen, dass noch grosse Vorräte vorhanden sind. Es wurde auch ausgemacht, dass wir diese Vorräte gegen räubersiche Banden sichern und ebenso den Transport schützen. Die Soldaten hätten sich gefreut dort einzumarschieren in der Ueberzeugung, dass sie mit dazu beitragen, die Knappheit der Lebensmittel im Hinterlande zu mildern. Die österreichische Regierung ist gegenüber einer Anfrage der Sozialdemokraten zu der Antwort gelangt, nicht ein Mann wird die Grenze überschreiten. Die Regierung hat gegenüber dieser demagogischen Anfrage pflichtvergessen gehandelt. Wir wollen alle den allgemeinen Frieden. Es ist nur die Frage, wie man zu ihm ~~kommt~~ kommt: Durch den sozialdemokratischen Friedenswunsch oder den Wunsch der russischen Regierung oder aber durch die Energie oder die Charakterfestigkeit des deutschen Volkes und seiner Führer. (Stürmischer Beifall). Ich bin überzeugt, dass hunderte von Männern allenfalls gern ihr Leben opfern, wenn sie mit dem „Bettel“ aus der Ukraine ihre Kinder zuhause retten können. Auch wir geben keinen Heller für den Krieg aber unter der Bedingung, dass auch die französischen Sozialdemokraten mit dem ehemaligen Minister Thomas an der Spitze, wenn Henderson und

Vandervelde keinen Heller für den Krieg bewilligen. Durch die Nichtbewilligung des Kriegskredites wird unser Volk auf die Schlachtbank geliefert. Der Friede kommt nicht, wenn wir unsere eigene Verteidigungsfähigkeit schwächen, er kommt nicht, wenn wir schöne akademische Reden halten, sondern er kommt erst, wenn wir unsere Pflichten gegenüber dem Vaterlande voll bewusst sind, wenn wir als Sieger mit dem Schwerte die Bedingungen diktieren werden. (Lebhafter Beifall)-

Schluss der Debatte und Wahl von Generalrednern wird genehmigt.

GR. von Steiner erklärt, dass ein jeder in den verbündeten Staaten als Vaterlandsverräter erklärt ~~würde~~ ^{feindlichen} würde, wenn die feindliche Armee in unserem Lande stünde und ein Friede ohne Annexionen und Entschuldigungen verlaggt würde. Die Bevölkerung müsste volles Vertrauen zum Kaiser und zum Grafen Czernin, ein glücklicher Anfang sei im Osten gemacht, es sei zu hoffen und zu wünschen, dass der Friede im Westen bald nachfolgen möge!

Nach einem Schlussworte des Referenten, werden die Anträge desselben genehmigt.

BGM. Dr. Weiskirchner setzt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit das Referat des VBGM. Rain wegen der Petition über das Militärtaxwesen von der Tagesordnung dieser Sitzung ab.

Von den Gegenständen der weiteren Tagesordnung wird das Referat des GR. von Steiner über den Ankauf der Liegenschaft „Belluvue“ im XIX. Bezirk im Gesamtausmasse von 147.507 Quadratmeter um den Preis von 700.000 Kronen sammt Möbel für Zwecke des Wald und Wiesengürtels und für die Anlage eines Waisenhauses genehmigt, ebenso der von VBGM. Rain vorgelegte Verwaltungsbericht der städt. Leichenbestattung.

Nach einer Reihe weiterer Geschäftsstücke wird die Sitzung geschlossen.

NE. Auf dem zweiten Bogen 1. Spalte, 3. Zeile von unten ist in dem Satze "im Interesse der hungernden Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat" das Wort "hungernden" auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu streichen.

der Einrichtung direkt agrarisch sei. Redner bittet zum Schlusse, dass die Vertreter der Gemeinde bei den Beratungen dafür eintreten, dass Fleischhauern, welche zwei Geschäfte besitzen, gestattet werde, unter strengster Kontrolle zweierlei Fleisch zu führen, da ja auch bei der Grossschlächtereialle Gattungen verkauft werden. Weiters richtet er an das Präsidium der Wiener Fleischhauer die Bitte, sich in dieser schweren Zeit, wo es sich um die Existenz eines Jahr- hunderte bestehenden Gewerbes handle, seinen Stand tatkräftigst zu unterstützen, damit nicht das eintrete, was von gewisser Seite behauptet werde, dass die Wiener Fleischhauer von der Oberfläche verschwinden. Er versichert, dass mit der vorliegenden Schöpfung eine Zentrale geschaffen werden solle, an der man zum Unterschied von anderen Zentralen, nichts aussetzen können wird (lebhafter Beifall)

GR- Reumann erklärt, er könne den Optimismus den die Ausführungen des GR- Eder gezeigt haben, nicht in allem teilen. Der freie Handel hätte unter den gegenwärtigen Umständen gerade so vor der Fleischnot kapitulieren müssen. Die Christlich Sozialdemokraten stehen deshalb auf dem Standpunkte, dass eine ganze Reihe von Lebensmitteln die zentrale Bewirtschaftung geradezu erfordern und er sei der Ansicht, dass auch die Viehverwertungsstelle nicht nur auf Kriegsdauer, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege geschaffen sei. Deshalb sei es auch notwendig, dass sich die Gemeinde materiell an der Grossschlachtung beteilige, damit der Einfluss der Gemeinde Wien für alle Zeiten aufrecht erhalten bleibe. Redner weist darauf hin, dass es grosse Aufgaben zu lösen gelte, vor allem müsse an den Abbau der Preise gedacht werden. Wir müssen ein Veto dagegen einlegen, dass nur Fleisch aus den Kronländern nach Wien kommt. Wenn die Zentralisierung gut durchgeführt wird und wenn die Organisation ausgestaltet wird, dann ist zu erwarten, dass sie ein Segen für die Bevölkerung und für das Gewerbe bedeuten wird. Wir müssen aber, wenn die Verhältnisse wieder normal sein werden, trachten, uns insbesondere von Ungarn unabhängig machen, namentlich hinsichtlich des Bezuges von Schweinen. Die Bukowina produziert sehr viele Schweine und die alte meine Behauptung, dass dort Säuchen grassieren, ist in der Form sicherlich unrichtig. Der Referent hat auch einige Worte über den Feldzug in der Ukraine gesprochen. Ich möchte dringend davor warnen, der Bevölkerung zu sagen, dass riesige Vorräte in der Ukraine lagern, die dem Consum zugeführt werden können, wodurch eine augenblickliche Besserung herbeigeführt werden kann. Wir haben schon einmal die bittersten Erfahrungen mit Vorräten gemacht, die nicht in unseren Händen sind. Die erste Notwendigkeit für die Bevölkerung ist der Frieden. Wir haben einen Verteidigungskrieg geführt und dürfen keinesfalls uns in den Verdacht bringen lassen, dass wir Annexionen anstreben. (Lebhafte Zwischenrufe: das wollen wir auch gar nicht) Der Einmarsch in die Ukraine kann verderbliche Folgen für die Schlussverhandlungen, für die Schliessung eines allgemeinen Friedens haben. Wir stellen für die Ukraine nicht einen Mann zur Verfügung (Zwischenruf: Wir wollen keinen Feldzug gegen die Ukraine) Wenn VEGM- Boss erklärt, er sei über-

zeugt, dass die Soldaten bei einem an die gerichteten Aufrufe freiwillig in die Ukraine einmarschieren, dann sage ich, er kennt nicht die Stimmung (unter den Soldaten herrscht nur eine Stimme: "Nach Hause") (Lebhafte Widerspruch, Stimmen für das Budget?) GR- David: Keinen Heller für das Kriegsbudget) Wir wollen uns

glücklich schätzen, wenn wir mit Rußland solche Vereinbarungen treffen, welche es ermöglichen, dass die russ- Bodenprodukte uns wirklich zugeführt werden, wir wollen ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland und alles verhindern, dass es gestört wird. Die Gemeinde Wien hat alle Ursache, auf denselben Standpunkt zu stehen, wie wir und alles zu verhindern, was den allgemeinen Frieden verschleppen könnte. Wir bedauern daher, dass solche Worte vom Referententisch aus gefallen sind.

Die Schlussworte des Redners wurden von zahlreichen Zwischenrufen begleitet und es herrschte während derselben eine grosse Unruhe im Saale. GR- Bielohlawek erklärt, dass die Fleischhauer einstimmig der Grossschlachtung zugestimmt haben, wäre die Angelegenheit eigentlich erledigt, man könne nichts anderes tun, als dafür stimmen, weil ja die interessierten Kreise selbst dafür gestimmt haben. Der Redner wendet sich dann den Ausführungen des GR- Rärmann zu und bemerkt: Ich weiss nicht ob auf der Gallerie ein Ententespion sitzt, aber wenn, so muss ihm das Herz im Laibe vor Freude sitzen. Es wird heute so über die Teuerung geklagt, wenn man aber in Wien und anderswo so leben könnte wie im Frieden dann könnte der Krieg vielleicht 30 Jahre dauern. Im Jahre 1911, da hat das kg Rindfleisch K 1.20 gekostet und die Fenster wurden eingehaut wegen der wahnsinnigen Teuerung. Glauben die Sozialdemokraten dass noch einmal im Leben die Zeit kommt, wo das kg Rindfleisch um K 1.20 zu haben ist? Das sei eine Folge der Hetze gewesen, die fortwährend gegen die Produzierenden Stände entfacht wurde. Die Sozialdemokraten haben bisher nichts anderes gemacht, als die Arbeitergeber gegen die Arbeitnehmer aufgehetzt und wenn man heute so viel von der Revolution spricht, so muss man sich fragen, wo sind denn die Folgen der Revolution? Was hat denn die französische Revolution erreicht, sie hat die Menschheit in die Hände einer organisierten Advokaten Diaboli gebracht. Die Milliardehrepublik Amerika hat ebenfalls nicht einen Funken Gefühl für die Arbeiterschaft und jetzt kommt man mit einem neuen System daher, das aber Gott sei Dank jämmerlich verkracht ist. Eigentlich sollten wir eine Dankeskundgebung an die Bolschewiki senden, denn je jetzt hat die Welt gesehen, wie das eigentlich aussieht, was man mit Freiheit Gleichheit und Brüderlichkeit bezeichnet. Eine solche Demokratie soll vielleicht bei den Mittelmächten Platz greifen. Ich glaube dass jetzt wahn dem borniertesten Arbeiter die Augen aufgehen. Wenn heute so gegen den Einmarsch in die Ukraine gewettert wird, so ist dies nur der Zorn weil die ganze Sache so verkracht ist. Ja wenn alle Menschen gleich wären, gleich gewarhnen, gleich gescheit gleich wohlwollend bräuchten wir überhaupt keine Gesetz mehr, am allerwenigsten diejenigen der Sozialdemokraten. Das Wort Brüderlichkeit ist an sich schon ein Schwindel, denn ich kenne genug Brüder, die sich miteinander raueßen. (Zwischenruf: Vielleicht bei Ihnen auch) Ja vielleicht auch aber ich habe einen solchen Unsinn eben nie behauptet (Lebhafte Heiterkeit) Weil sie sehen, dass die Internatio-

nale jämmerliche Schiffbruch erlitten hat, soll das Frauenwahlrecht als letzte Hilfe kommen. Meine Herren Sozialdemokraten sie kennen die Frauen sehr genau. Lassen sie sie nur einmal in diesen Saal hereinkommen und mit beraten, da muss dann immer am nächsten Tag einer mit dem Besen die Haare auskehren. (Stürmische Heiterkeit) Das Ende der Welt ist noch nicht gekommen und ich möchte nur wünschen, dass sich endlich die braven Arbeiter, soweit sie noch denken können und auch die bürgerlichen ermannen und sagen, so kann es nicht weiter gehen. Es ist höchste Zeit, endlich mit der Feigheit eine Ende zu machen, denn ein Blick nach Deutschland zeigt uns, wie man gewisse Leute mit Erfolg zu Paaren treibt. Hier spricht kein Satter, kein Besitztumder zu ihnen, sondern auch nur ein Proletarier, ein gewesener Schlosser- gehilfe, der nichts hat, als sein Einkommen als Landesauschuss. (Lebhafte Zustimmung) Es ist die 12. Stunde dass die bürgerlichen sich daran erinnern sollen, dass sie nicht mehr zu zittern, sondern sich zu wehren haben. Es geht nicht an, dass jeder, der sich sein Brot ehrlich verdient, als Ausbeuter hingestellt wird. Wir müssen hinausgehen in alle Kreise und allen sagen, eure wirtschaftlichen Forderungen wollen wir vertreten, aber das Verbrechen des Hochverrates und des Vaterlandsverrates lassen wir uns nicht mehr länger gefallen.

BGM- Dr. Weisskirchner übernimmt den Vorsitz.

GR- Kunczak sagt, dass es angesichts der einstimmigen und begründeten Meinung der Bevölkerung über die Wirtschaft der Zentralen gewisse nicht leicht sei für die vorliegenden Anträge zu stimmen, denn es wisse heute noch niemand, ob positive Erfolge damit verbunden sein werden.

3
Bürgermeister erwidert: Ich habe schon in der Vorwoche von diesem Vorfall im 21. Bezirk gehört und es hat mich interessiert zu erfahren, wer dieses Weizenmehl bewilligt hat. Ich habe nunmehr die Antwort durch die Statthaltereierhalten, dass die Erzeugung des Mazzes von Ante für Volksernährung bewilligt worden ist und die Bereitstellung des Mehles über direkten Auftrag dieses Amtes durch die Kriegsgüterverkehrsanstalt erfolgt. Die Abgabe des Mazzes an den Konsum wird nur gegen Abtrennung der entsprechenden Brotkartenabschnitte stattfinden; die Mazzesbezieher bleiben während der jüdischen Feiertage vom anderweitigen Bezuge von Brot und Mahlpfprodukten ausgeschlossen.

Der Bürgermeister erklärt, er habe sich auch sonst noch erkundigt und in Erfahrung gebracht, dass das Ernährungsamt anlässlich der jüdischen Osterfeiertage für ganz Oesterreich 100 Waggons Weizenmehl aus einer Budapester Mühle freigegeben hat, hiervon sind 16 Waggons für den Bedarf der Wiener Israeliten bestimmt. Das aus Weizenmehl herzustellende Mazze wird durch 9 Tage und zwar in der Zeit vom 27. März bis 4. April genossen. Im Einvernehmen mit dem Ernährungsamt wird die Wiener israelitische Kulturgemeinde während dieser 9 Tage den normalen Bezug von Brot und Mehl um 38 Markenabschnitte à 50 Gramm Mehl pro Person kürzen. Es ist Vorsorge getroffen, dass der Bezug von Brot und Mehl während dieser Zeit in der normalen Brot- und Mehlverkaufsstelle unmöglich gemacht wird. Es wird auch mitgeteilt, dass während der 9 Tage pro Kopf ca. 1000 Gramm Mazze abgegeben werde, wodurch eine Ersparung von 950 Gramm Mehl pro Kopf während der 9tägigen Periode eintritt, was eine Gesamtersparung von 7½ Waggons Mehl ergeben soll.

Ich stehe nicht an, zu erklären, dass, wenn auch das Mehl für die Mazzeserzeugung aus Ungarn bezogen wird, uns sich gegenüber der normalen Verbrauchsquote an Mehl Ersparungen ergeben, dennoch im 4. Kriegsjahre die Verwendung von reinem Weizenmehl für die Mazzeserzeugung auf die breiten Massen der Bevölkerung, welche nur Brot in unzulänglichem Masse und zu 80 % mit Maismehlzusatz erhalten, eine Deunruhigung hervorrufen muss und dass die ganze Verantwortung für etwaige Störungen der Ruhe und Ordnung von der Polizei beziehungsweise von der Statthaltereier getragen werden muss.

Die Verlesung und die Beantwortung dieser Anfrage wird von der Mehrheit mit stürmischen Unwillenskundgebungen und Protestrufen begleitet. Mehrere Gemeinderäte rufen: Wir Christen dürfen nicht einmal zu Allerheiligen Kerzen brennen.

GR. Müller: Herr Bürgermeister, wird das Morgen in den Judenblättern stehen, es wäre nämlich wünschenswert, dass auch diese Kreise orientiert werden.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VBOG. Hoss legt die bekannten Anträge auf Beitritt der Gemeinde Wien zu der zu gründenden Grossschlachtungs-Gesellschaft G.m.b.H. mit einer Stammeinlage von 100.000 Kronen vor und fügt seinem Berichte bei: „Es ist heute schon vom Bürgermeister der Friedensschluss um der Ukraine erwähnt worden. Wir hören, dass dort Lebensmittel namentlich Getreide und Fleisch in grossen Mengen vorhanden sind. Was wäre daher natürlicher als unter allen Umständen zuzugreifen, damit wir uns diese Vorräte sichern. Unsere Soldaten haben 3½ Jahre unter den ärgsten Verhältnissen Krieg geführt und jetzt, wo es sich blos darum handelt Brot für ihre Familien, für ihre Frauen und Kinder zu sichern und hereinzubringen, nimmt man auf einmal Anstoss daran, sie dort ruhig einmarschieren zu lassen.“

GR. Müller: Die Deutschen führen das Getreide ja schon aus.

VBOG. Hoss: Unsere Soldaten sollen ja dort nicht mehr Krieg führen, sondern nur die Grenzen zwischen Gross-Russland und der Ukraine sichern, aber auch das darf nicht geschehen. (zahlreiche Zwischenrufe „Man weiss schon warum“). Wir aber bestehen darauf, und verlangen, dass von dort endlich auch für uns Lebensmittel eingeführt werden. Unsere Soldaten werden durch die Vorgänge im Hinterland und im Parlament nur irregeführt und ich kann mir nicht denken, dass Männer wie Sie, die so viel ausgehalten haben, jetzt, wo es sich um das letzte Durchhalten handelt, sich weigern sollten, vorzugehen. Endlich verlangt auch der Referent die Ausgestaltung des Volksernährungsamtes zu einem selbstständigen Ministerium.

VBOG. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Stein: Der Referent hat zu Beginn erklärt, dass es sich um eine zentrale Bewirtschaftung des Fleisches handelt, eines Artikels, der uns in den letzten Monaten noch in halbwegs erträglichem Ausmasse übrig geblieben war. Als nun bekannt wurde, dass auch das Fleisch zentral bewirtschaftet werden sollte, war es ebenso verschwunden, wie vorher alle anderen Artikel und sofort hat der schon bekannte Schleichhandel zu den unerschwinglichen Preisen eingesetzt. Es genügt ja heute der blosse Name „Zentrale“, um in der Bevölkerung Gefühle von Wut und Hass auszulösen. Ist ja doch die Wirtschaft der Zentralen eine der traurigsten Erscheinungen dieses Krieges. Trotzdem soll wieder eine Zentrale errichtet werden und diesmal ist es die Gemeinde, die man dazu zwingt, hilfreiche Hand dabei zu bieten. Man beruft sich darauf, dass die Zustimmung der Fleischhauer hierzu einstimmig erfolgt sei in Wirklichkeit sind aber 90 % von ihnen dagegen, weil sie nicht wollen dass sie wie blosses Fleischhändler degradiert werden. Ich erkläre, dass ich im wohlverstandenen Interesse der bürgerlichen Gesellschaft niemals meine Hand zu solchen Anträgen bieten werde und verlange, um den Fleischhauern Gelegenheit zu geben, in einer neuerlichen Abstimmung ihre wirklichen Ansichten zum Ausdruck zu bringen, den Antrag auf Vertagung zu betrachten.

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

GR. Eder: Die Schaffung der neuen Zentrale der Grossschlachtungs-Gesellschaft ist gewiss ein Eingriff in die Gewerberechte der Fleischhauer. Nicht bloss 90 sondern 100 % der Fleischhauer sind gegen die Errichtung der Grossschlachtungs-Gesellschaft, aber unter dem Zwange der Verhältnisse und in der Befürchtung, dass eine Grossschlachtungs-Gesellschaft ohne Fleischhauer, haben die Fleischhauer einstimmig der Gründung der Grossschlachtungs-Gesellschaft zugestimmt. In dieser Zentrale werden zum Unterschied von allen anderen Zentralen auch Fachleute sitzen und ein mächtiges Wort dreinzureden haben. Auf diese Errungenschaft ist die Genossenschaftsleitung stolz. Unter den 24. Aufsichtsräten befinden sich 12 Fleischhauer, unter den vielen Geschäftsführern 3 Fleischhauer. Die derzeitige Fleischnot in Wien hat folgende Ursache: In Ungarn wurde eine Zentrale für die Aufbringung des Viehes geschaffen. Der freie Einkauf in Ungarn, durch Wiener Fleischhauer hat aufgehört. Während früher monatlich ungefähr 10.000 Rinder aus Ungarn nach Wien kamen, kommen jetzt nur mehr 3000 und weiter 100 aus Kroatien. Aber auch die Qualität der Rinder hat sich bedeutend verschlechtert, weil die Fleischhauer einen Stolz darein setzen, und ein Interesse daran hatten, Rinder besserer Qualität nach Wien zu bringen. Der Preis der früher K 7.50 per kg Lebendgewicht für Qualitätsvieh betrug,

stellt sich jetzt auf K 9.- für minderwertiges Vieh, das heisst das Fleischverteuert sich mindestens um K 3.- per kg. Infolge der Sendung dieses minderwertigen Viehes ist auch die Fleischausbeute sehr gering, es verringert sich also auch dadurch die Quantität. Ich glaube auch nicht, dass durch die Zentralschlachtung eine Ersparung an Sossen herbeigeführt werden wird. Auch eine bessere Verwendung der Nebenprodukte ist ausgeschlossen, denn die Wiener Fleischhauer wussten ja schon bisher Haut und Fett

zu festgesetzten Preisen abliefern. Diese Preise sind so niedrig, dass die Fleischhauer sie beim Verkaufe des Fleisches einkalkulieren mussten, so dass dieses auch dadurch in die Höhe stieg. In der letzten Zeit hat sich auch die Gewohnheit eingebürgert, dass aus den Kronländern, insbesondere aus Böhmen kein Vieh sondern nur mehr Fleisch nach Wien geschickt wird. Abgesehen davon dass dieses Fleisch sehr minderwertig ist, entgehen uns durch diesen Vorgang auch die Nebenprodukte insbesondere Fett und Innereien.

Redner erklärt, die Fleischhauer hätten deshalb der Einführung der Grossschlachtungs-Gesellschaft nicht zugestimmt, weil sie der Ueberzeugung seien, dass diese Institution nur für den Krieg geschaffen sei und weil die Fleischhauer dadurch den richtigen Einfluss bekommen, ja befürchtet worden sei, dass man die Grossschlachtungs-Gesellschaft ohne den Fleischhauerstand mache. Es sei ein Unterschied zwischen den Zentralen, in denen Leute sitzen, die keine Ahnung vom Fache haben und solchen Zentralen, wo ausgesprochene Fachleute sitzen. Redner betont, dass die Fleischhauer das lebhafteste Interesse daran hätten, dass für die konsumierende Bevölkerung etwas rechtes geschaffen werde und um dies zu erreichen, seien sie an die Gemeinde Wien herangetreten, die, wie der Referent richtig betont habe, das Zünglein an der Waage bilden sollte, da die andere Hälfte

57

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 28. Februar 1918. Nr. 57.

Vertrauliche Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung den Bürgerschuldirektoren i.R. Lorenz Manner und Ernst Wohlbach und dem Oberlehrer i.R. Theodor Klettenhofer das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen; den Armenräten Rudolf Kern, Johann Kopestinsky, August Bawlik, Franz Penet - Goos, Anton Schiessbuehl, Gottlieb Spinka und Johann Schlögl (Margarethe), Andreas Deutsch und Martin Eibensteiner (Alsergrund), Theodor Fasching, Karl Kauders, Karl Mennert, Ferdinand Ressel und Eduard Salzborn (Mariahilf), ferner den Bezirks- und Armenräten Rudolf Broneder, Michael Groyer und Ludwig Gustine (Mariahilf) die goldene Salvator-Medaille verliehen.

Ernennungen. Der Gemeinderat hat im Stande der Beamten der Lagerhäuser der Stadt Wien Oskar Follek zum Oberoffizial, Emmerich Armruster, Wilhelm Grasser und Ludwig Wiedmann zu Offizialen, Rudolf Schwetz zum Bauaufsichtsoffizial ernannt. - Der Stadtrat hat den Magistratsoberkommissär Dr. Josef Förster zum Magistratssekretär, Dr. Karl Asperger und Josef Kirner zu Magistratsoberkommissären, Dr. Leo Mikocki zum Magistratskommissär ernannt.

Lehrerernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Robert Hager zum Bürger-schullehrer, Eduard Foltin zum Volksschullehrer 1. Klasse, Olga Bazant zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Anton Bertl, Karl Fillweis und Alfred Schalko zu Volksschullehrern 2. Klasse, Berta Brunner, Anna Edelmüller, Aloisia Hammerschmidt, Marie Junginger, Cäzilie Knöttner, Wilhelmine Lichtenegger, Louise Luza, Margarethe Präger, Luise Smola und Anna Sramek zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Butterpreise. Die Kleinverkaufspreise für Butter stellen sich vom Beginne der nächsten Woche angefangen auf K 2.08 für 12 dkg paketierte Ware.

Gemeindevermittlungsämtler. Bei den Gemeindevermittlungsämtlern Mariahilf und Josefstadt finden am 6., 13., 20. und 27. März 1.J. Verhandlungen statt.

Die Kartoffelversorgung Wiens. In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde ein Bericht des Bezirkswirtschaftsamtes (Kartoffelabgabestelle) erstattet, in welchem mitgeteilt wird, dass die im Besitze der Gemeinde Wien sich befindlichen Kartoffelvorräte derart zusammengeschrumpft sind, dass die Einhaltung der 1½ kg Quote für die nächste Woche nicht mehr möglich sein wird. Die Erwartung, dass die Zufuhren an Kartoffeln bereits in dieser Woche beginnen werden, hat sich nicht erfüllt, in Galizien herrschte noch bis 22. Februar Frostwetter. Ein Beamter der Gemeinde Wien wurde nach Galizien gesendet, um die Aufbringung der Vertrags-Kartoffeln durchzuführen und es ist zu erwarten, dass die Verladung nunmehr vor sich gehen kann. Der Bericht schildert sodann die zur Aufbringung von Kartoffeln in Niederösterreich, Böhmen, Mähren und Schlesien getroffenen Massnahmen.

An den Bericht knüpfte sich eine Debatte, an welcher sich die Stadträte von Steiner, Dr. Hein, Hohensinner, Knoll, Fraß und Spalowsky beteiligten. Letzterer stellte den Antrag, den Bürgermeister zu ersuchen, er möge gemeinsam mit den Mitgliedern der Obmänner Konferenz bei der Regierung vorstellig werden, um rascheste Zuschübe von Kartoffeln nach Wien zu erwirken.

Ueber die endgiltige Festsetzung der Kartoffelkopfquote für die nächste Woche wird Bürgermeister Dr. Weiskirchner am Samstag die Entscheidung treffen.

Ausgabe neuer amtlicher Einkaufscheine. Montag, den 4. März beginnt die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufscheine. Der Tag ihrer Inkrafttretung wird besonders verlautbart werden. Die neuen Einkaufscheine der Mindetsbemittelten werden in grüner, blauer und gelber Farbe, die anderen in weisser Farbe ausgegeben. Die Besitzer der neuen Einkaufscheine sind verpflichtet, sich bei ihrem bisherigen Zucker- bzw. Kaffeeverkäufer innerhalb zweier Tage nach Erhalt der Einkaufscheine in die Kundenliste eintragen zu lassen. Bei der Eintragung ist dergelbe Vorgang vorgeschrieben, wie das vorige Mal. Die Abstempelung der Einkaufscheine durch die Verkaufstellen für Wohlfahrtsfleisch wird mit Anfang April beginnen. Konsumentenorganisationen haben ihren Stempel rechts neben den diesbezüglichen Text beizusetzen. Das quadratförmige Feld oberhalb hat bis auf weitere Weisung freizubleiben. Die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufscheine findet bei den zuständigen Brot- und Mehlkommission, bzw. für Haushalte mit über 14 Personen bei der Konscriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes statt. Die bisherigen Einkaufscheine sind mitzubringen. Sie werden nach Einsichtnahme dem Besitzer zurückgestellt und bleiben bis auf weiteres in Kraft. Die Ausgabe der neuen Scheine findet in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags für die Buchstaben A - E am 4., F.-H am 5., I - L am 6., N - Q am 7., R, S, Sch am 8., St, T bis Z am 9. März statt.

(Eine Verordnung liegt bei.)